

# Bericht

## Bericht

---

## Die Sozialwirtschaft in Schleswig-Holstein

mit besonderem Fokus auf die Freie Wohlfahrtspflege

### Auftraggeber



Landes-Arbeitsgemeinschaft  
der freien Wohlfahrtsverbände  
Schleswig-Holstein e.V.

Nürnberg, im Januar 2017

xit GmbH  
Frauentorgraben  
90443 Nürnberg

Telefon: +49 911 20227-0  
Telefax: +49 911 20227-77  
E-Mail: [info@xit-online.de](mailto:info@xit-online.de)  
[www.xit-online.de](http://www.xit-online.de)



## Inhaltsverzeichnis

- Zusammenfassung.....4**
- 1 Ausgangslage und Studienkonzept ..... 5**
  - 1.1 Hintergrund ..... 5
  - 1.2 Aufbau des Berichts ..... 5
  - 1.3 Studiendesgin ..... 6
  - 1.4 Der Social Return on Investment (SROI) ..... 6
- 2 Ergebnisse ..... 8**
  - 2.1 Leistungen und Kapazitäten der Sozialwirtschaft ..... 8
    - 2.1.1 Altenhilfe ..... 10
    - 2.1.2 Gesundheitshilfe (Krankenhäuser) ..... 11
    - 2.1.3 Kinder- und Jugendhilfe..... 11
    - 2.1.4 Behindertenhilfe..... 12
  - 2.2 Arbeitsmarkt Sozialwirtschaft..... 13
  - 2.3 Gesellschaftliche und volkswirtschaftliche Beiträge der Freien Wohlfahrtspflege ..... 16
    - 2.3.1 Freie Wohlfahrtspflege insgesamt..... 17
      - 2.3.1.1 Finanzierungsstruktur ..... 17
      - 2.3.1.2 Transferanalyse..... 20
      - 2.3.1.4 Wirtschaftsfaktor Freie Wohlfahrtspflege ..... 23
      - 2.3.1.5 Nachfragestruktur der Freien Wohlfahrtspflege ..... 25
    - 2.3.2 Altenhilfe ..... 26
      - 2.3.2.1 Finanzierungsstruktur ..... 26
      - 2.3.2.2 Transferanalyse..... 27
    - 2.3.3 Gesundheitshilfe (Krankenhäuser) ..... 28
      - 2.3.3.1 Finanzierungsstruktur ..... 29
      - 2.3.3.2 Transferanalyse..... 29
    - 2.3.4 Behindertenhilfe..... 31
      - 2.3.4.1 Finanzierungsstruktur ..... 31
      - 2.3.4.2 Transferanalyse..... 32
      - 2.3.4.3 Alternativbetrachtung stationäres Wohnen..... 33
      - 2.3.4.4 Alternativbetrachtung Werkstätten für Menschen mit Behinderungen ..... 36
    - 2.3.5 Kinder- und Jugendhilfe..... 40
      - 2.3.5.1 Finanzierungsstruktur ..... 40
      - 2.3.5.2 Transferanalyse..... 41
      - 2.3.5.3 Alternativbetrachtung Kindertagesbetreuung..... 42



**Abbildungsverzeichnis** ..... 45

**Tabellenverzeichnis** ..... 47

**Literatur** ..... 48

**Anhang**..... 50

    Anhang 1:    Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008..... 50

    Anhang 2:    Begriffsdefinitionen ..... 51

    Anhang 3:    Kindertagesbetreuung ..... 52

    Anhang 4:    Teilzeitquoten ..... 52

    Anhang 5:    Ausgewählte Arbeitsmarktdaten nach Zielberufen ..... 53

    Anhang 6:    Elternbefragung ..... 54

## Zusammenfassung

Die primäre Wirkung der Sozialwirtschaft zielt auf bessere Lebensqualität, bessere Teilhabechancen, die Entwicklung der Leistungsempfänger und in ein besseres, solidarischeres Sozialklima. Es lassen sich jedoch auch volkswirtschaftliche Wirkungen feststellen. Im Zuge der Sozialwirtschaftsstudie, deren Ergebnisse hier vorliegen, wurden diese für 2014 genauer untersucht, ein besonderer Fokus lag dabei auf der Freien Wohlfahrtspflege.

### Sozialwirtschaft Schleswig-Holstein insgesamt

In der Sozialwirtschaft in Schleswig-Holstein (inkl. Krankenhäuser) arbeiten 2014 insgesamt knapp 149.500 Menschen (Erwerbstätige). Etwa 128.000 davon sind 2014 in der Sozialwirtschaft sozialversicherungspflichtig beschäftigt (bzw. 131.000 in 2015). Die Branche ist in dieser Hinsicht größer als beispielsweise der Einzelhandel (88.000 Beschäftigte) oder das Gastgewerbe (66.500 Beschäftigte). Die Mitarbeiterzahlen (summierte Vollzeitäquivalente im Jahresverlauf) in der Freien Wohlfahrtspflege sind von 2009 bis 2015 um 24 % gewachsen. Ursache dafür sind gestiegene Hilfe- und Unterstützungsbedarfe. Es deutet alles auf mittelfristig weiterhin wachsende Hilfe- und Unterstützungsbedarfe und somit auch einem Zuwachs an Arbeitskräften in einigen Bereichen hin.

### Freie Wohlfahrtspflege Schleswig-Holstein

Die Freie Wohlfahrtspflege beschäftigt ca. 59.500 Personen in Schleswig-Holstein, die meisten davon in Kindertagesstätten, der Pflege, der Behindertenhilfe und in Krankenhäusern. Weitere 39.500 Arbeitsplätze werden durch die Nachfrage der Anbieter und ihrer Mitarbeiter<sup>1</sup> induziert.

Der Gesamtumsatz liegt bei 2,5 Milliarden Euro im Jahr 2014 und setzt sich zu 79 % aus Vergütungen und sonstigen Mitteln der öffentlichen Hand und zu 21 % aus weiteren Umsätzen zusammen. Zu jedem Euro, den die Freie Wohlfahrtspflege von der öffentlichen Hand erhält, kommen demnach durchschnittlich etwa 27 Cent von Selbstzahlern, an Eigenmitteln und wirtschaftlichen Erträgen hinzu.

Die Freie Wohlfahrtspflege ist nicht nur Empfänger öffentlicher Gelder, sondern auch Steuer- und Beitragszahler. Rund 52 % der öffentlichen Mittel, die Einrichtungen und Dienste erhalten, fließen so an die öffentliche Hand und die gesetzlichen Sozialversicherungen zurück. Rechnet man die im Wirtschaftskontext induzierten Steuer- und Sozialabgaben hinzu, so erhöhen sich die öffentlichen Rückflüsse auf insgesamt 2,02 Mrd. € und liegen damit sogar etwas (6 %) über der Gesamtsumme der öffentlich investierten Zuflüsse von 1,9 Mrd. €.

Die Freie Wohlfahrtspflege spart gesellschaftliche Kosten: Durch die Leistungen der Wohlfahrtspflege können Folgekosten von sozialen Problemen oder Kosten für alternative Leistungen eingespart werden. Dies kann am Beispiel der Angebote für Menschen mit Behinderungen gezeigt werden: Die Leistungen der Wohlfahrtspflege vermeiden gesellschaftliche Mehrkosten aus alternativen Versorgungsformen in Höhe von 48 Mio. € jährlich (WfbM 10 Mio. €, stat. Eingliederungshilfe 38 Mio. €).

Die Freie Wohlfahrtspflege ermöglicht Wachstum: Durch die diversen Hilfs- und Betreuungsangebote werden Menschen und Unternehmen entlastet und es wird eine höhere Beschäftigung ermöglicht. Durch die Betreuungsangebote für Kinder beispielsweise stehen Eltern früher dem Arbeitsmarkt zur Verfügung. Den gesellschaftlichen Nettokosten von 116 Mio. € jährlich für Kindertagesstätten stehen zusätzlich ermöglichte Einkommen aus der Erwerbstätigkeit der Eltern in Höhe von 523 Mio. € (Nettoeinkommen) und Rückflüsse an die öffentliche Hand in Höhe von 543 Mio. € gegenüber.

<sup>1</sup> Wir verwenden in diesem Bericht für Personengruppen in der Regel die männliche Form, damit der Text leichter zu lesen ist. Männer und Frauen bzw. Jungen und Mädchen sind gleichermaßen gemeint.

# 1 Ausgangslage und Studienkonzept

## 1.1 Hintergrund

Unternehmen der Sozialwirtschaft erbringen vielfältige Leistungen und Angebote zur Unterstützung hilfebedürftiger Menschen. Sie leisten damit einen wichtigen Beitrag für die Lebensqualität der einzelnen Person, die Hilfen erhält. Aber auch die gesellschaftliche, die kollektive Lebensqualität wird maßgeblich durch die Angebote der Sozialwirtschaft mitgestaltet.

Die Sozialbranche leistet damit einen wichtigen Beitrag zur gesellschaftlichen Solidarität, zur Verwirklichung von Menschenrechten und ist kollektiv organisierter Ausdruck von Nächstenliebe. Sie ist jedoch auch ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Die sozialen Leistungen und die damit beauftragten Organisationen lassen sich auch in wirtschaftlichen, finanziellen Kategorien beschreiben.

Gleichzeitig sieht sich die Sozialwirtschaft zunehmend der Herausforderung gegenüber, ihre eigene Arbeit vor dem Hintergrund von Wirtschaftlichkeits- und auch gesellschaftlichen Wirkungsaspekten zu legitimieren. Dass Anbieter in der Sozialwirtschaft auch eine Rolle als Wirtschaftsunternehmen und Nachfrager spielen, wird dabei oft übersehen.

Der Wohlfahrtsstaat – und damit die sozialen Dienstleistungen – werden oft als Kostenfaktor, nicht aber als Wertschöpfungsbeitrag und Beitrag zur Lebensqualität der Bevölkerung angesehen. Dabei verursachen die sozialen Leistungen nicht nur Kosten, sondern eben auch Erträge für die Sozialsysteme. Diese entstehen durch direkte finanzielle Rückflüsse. Sie entstehen aber auch indirekt als vermiedene Kosten, die im Falle alternativer Versorgungsformen anfielen.

Die Studie Sozialwirtschaft in Schleswig-Holstein, die von Mai 2015 bis Mai 2016 durchgeführt wurde, bringt die Perspektiven der sozialen und finanziellen Wirkung zusammen und nimmt erstmals eine umfassende empirische Beschreibung der Sozialwirtschaft in Schleswig-Holstein vor.

Ein besonderer Fokus liegt dabei auf der Beschreibung der Leistungen der Freien Wohlfahrtspflege in Schleswig-Holstein. Es gibt jedoch auch einige Statistiken, die ausgewiesene Leistungen und Kapazitäten der verschiedenen Trägergruppen nicht differenzieren. Wenn wir im weiteren Verlauf von der *Sozialwirtschaft* sprechen, meinen wir also Organisationen der Freien Wohlfahrtspflege *und* Organisationen in öffentlicher oder privater Trägerschaft in Schleswig-Holstein, die sich am Angebot sozialer Dienstleistungen beteiligen.

## 1.2 Aufbau des Berichts

Der vorliegende Bericht fasst die Ergebnisse der Sozialwirtschaftsstudie Schleswig-Holstein zusammen. In Abschnitt 1.3 erläutern wir zunächst das Studiendesign und im Anschluss das Konzept des Social Return on Investment (SROI) (1.4). Dieses Grundwissen ist wichtig für das Verständnis der Analysen zu den gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Beiträgen der Sozialwirtschaft in Abschnitt 2.3, die in Teilen auf das Konzept des SROI zurückgreifen. Zuvor beschreiben wir in den Abschnitten 2.1 und 2.2 die unter Rückgriff auf amtliche Datenquellen ermittelten Leistungen und Kapazitäten der Sozialwirtschaft sowie die Sozialwirtschaft als Arbeitsmarkt.

Der Bericht schließt mit einem Fazit in Abschnitt 3 und hält im Anhang weiterführendes Material bereit.

### 1.3 Studiendesgin

Die Sozialwirtschaft als Branche umfasst sehr verschiedene Teilbranchen. Neben den großen Bereichen der Altenhilfe, der Kinder- und Jugendhilfe und der Behindertenhilfe gehören auch vielseitige Beratungsangebote, die Gefährdetenhilfe, Familienhilfe und weitere Themenfelder dazu. Auch die Krankenhäuser als ein Teil des Gesundheitswesens zählen wir an dieser Stelle hinzu.

Eine allgemein gültige Branchenabgrenzung existiert nicht. Amtliche Fachstatistiken liegen für einige, aber nicht für alle Bereiche vor. Diese amtlichen Statistiken unterscheiden sich zudem vielfach in ihren Inhalten und auch in den Erhebungs- und Veröffentlichungsintervallen. Daher ist es besonders verdienstvoll, mit dieser Studie „Sozialwirtschaft in Schleswig-Holstein“ Struktur in die Datenlage zu bringen.

Durch die Aufbereitung verschiedener verfügbarer Statistiken (amtliche Fachstatistiken, Beschäftigtenstatistik, Daten der Berufsgenossenschaften etc.) und einer umfassenden Stichprobenerhebung bei 67 Einrichtungen und Diensten der Freien Wohlfahrtspflege können wir ein empiriebasiertes Bild der Sozialwirtschaft in Schleswig-Holstein zeichnen. Im Rahmen der Stichprobenerhebungen haben die beteiligten Organisationen einen Organisationsfragebogen bearbeitet. Die Daten wurden genutzt, um über eine Hochrechnung Aussagen für die Freie Wohlfahrtspflege in Schleswig-Holstein insgesamt treffen zu können. Die Stichprobe wurde geschichtet nach Arbeitsfeldern und Angebotsformen.

### 1.4 Der Social Return on Investment (SROI)

Das vorrangige Ziel von sozialen Organisationen ist die Erfüllung des gesellschaftlichen Auftrags am Menschen. Es gibt jedoch auch wirtschaftliche Effekte sozialer Organisationen. Sozialausgaben sind Investitionen öffentlicher Mittel, die auf verschiedenen Ebenen Mehrwerte erzeugen – sozial und wirtschaftlich. Diese Wirkungen werden mit Hilfe des SROI<sup>2</sup> aufgedeckt.

Der methodische Ansatz des SROI ist eine spezielle volkswirtschaftliche Betrachtung von sozialen Dienstleistungsangeboten. Sie fragt danach, welche Werte aus einer Investition in soziale Projekte und Dienstleistungen entstehen – ausgedrückt in Geld oder in ideellen Werten. Der Ansatz kommt ursprünglich aus den USA und wurde in den letzten Jahren mehr und mehr in Deutschland bekannt. Prof. Dr. Bernd Halfar von der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt, Prof. Dr. Klaus Schellberg von der Evangelischen Hochschule Nürnberg haben in Entwicklungsgemeinschaft mit der xit GmbH diesen Ansatz auf die Situation des deutschen Wohlfahrtsstaats adaptiert und für Analysen praktikabel gemacht.

Soziale Dienstleistungen zeigen auf verschiedenen Ebenen und für mehrere Interessengruppen ihre Wirkung. Dem trägt der xit-Ansatz Rechnung, indem die Effekte sozialer Dienstleistungen differenziert nach verschiedenen SROI-Perspektiven abgebildet werden. Weiterhin geht der xit-Ansatz grundsätzlich von sozialen Grundwerten aus und stellt nicht das wohlfahrtsstaatliche System in Frage.

---

<sup>2</sup> Vgl. grundlegend dazu Wagner, B., Halfar, B. (2011)

- **SROI 1:** Die erste Perspektive fragt, welcher Anteil öffentlicher Finanzierung über Sozialversicherungsbeiträge und Steuern direkt an die öffentliche Hand zurückfließt.
- **SROI 2:** In der zweiten Perspektive interessiert, welchen Beitrag Klienten von ihren individuell erhaltenen Sozialleistungen aufgrund einer erhaltenen sozialen Dienstleistung über Kostenbeiträge, Steuern und Sozialbeiträge wieder an die öffentliche Hand zurückzahlen.
- **SROI 3:** Diese Perspektive berechnet, welche Kosten für die öffentliche Hand entstehen würden, wenn es die Angebote nicht gäbe. Ohne die Angebote der Sozialwirtschaft wären andere, in der Regel ebenfalls kostenauslösende Betreuungs- und Förderangebote notwendig bzw. betreuende Angehörige könnten nicht in der gleichen Weise erwerbstätig sein.
- **SROI 4:** Hier steht die soziale Organisation als Wirtschaftsfaktor im Fokus. Sie holt Aufträge in die Region und schafft Arbeitsplätze, sie sorgt direkt für Nachfrage und Einkommen und stößt damit (induzierte) Nachfrage und Einkommen bei den Vorleistern an. Daraus entstehen ebenfalls Einnahmen und Ersparnisse für die öffentliche Hand.
- **SROI 5:** In dieser Betrachtung steht die Lebensqualität der Leistungsnehmer (Klienten) im Mittelpunkt. Lebensqualität umfasst sowohl die objektiven Lebensumstände als auch wie die Leistungsnehmer diese nach subjektiven Maßstäben beurteilen.

Nach dem Social Return on Investment zu fragen bedeutet, Sozialausgaben der öffentlichen Hand nicht als „versunkene Kosten“ oder staatlichen Konsum zu betrachten, sondern als Investitionen. Der SROI stellt die Frage: Welchen Ertrag erhält die Gesellschaft für ihre Investitionen in soziale Dienstleistungen? „Ertrag“ meint dabei sowohl soziale Erträge als auch monetäre Erträge.

Die vorliegende Sozialwirtschaftsstudie für Schleswig- Holstein ist zunächst eine Darstellung von Umfang und Leistungen der Sozialwirtschaft. Ihr liegen gleichzeitig der Grundansatz und die Denkweise des SROI zugrunde, da immer wieder die Frage nach den sozialen und monetären Erträgen für die Gesellschaft gestellt wird (vgl. Abschnitt 2.3).

## 2 Ergebnisse

### 2.1 Leistungen und Kapazitäten der Sozialwirtschaft

Die Sozialwirtschaft erbringt Leistungen in verschiedenen Arbeitsfeldern. Zunächst werden die vielseitigen Leistungen und Kapazitäten der Sozialwirtschaft auf der Grundlage amtlicher Daten skizziert.

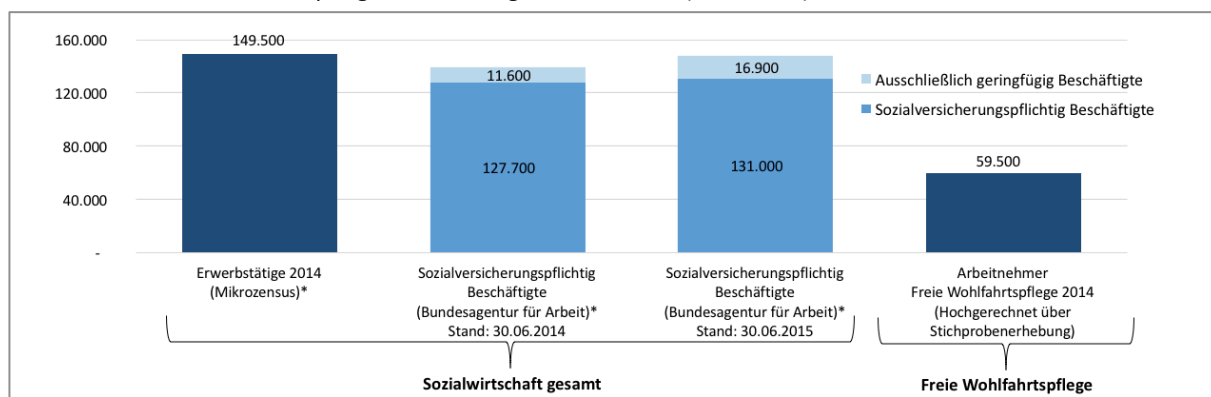
Verschiedene amtliche Statistiken nutzen eine Differenzierung nach Wirtschaftszweigen, sodass hier ein naheliegender Zugang zur Beschreibung der Sozialwirtschaft in Schleswig-Holstein vorliegt. Die aktuellste Version ist die Klassifikation der Wirtschaftszweige in der Ausgabe von 2008 (WZ 2008). Gleichwohl gibt es „die Sozialwirtschaft“ als amtlich klassifizierten Wirtschaftszweig nicht. Eine Annäherung über die WZ 2008 ist jedoch möglich (vgl. Anhang 1).<sup>3</sup>

Soweit es die jeweiligen Statistiken erlauben, werden Daten auf Ebene folgender Gruppen ausgewertet (in Klammern: WZ-2008-Code): Kindergärten und Vorschulen (85.1), Krankenhäuser (86.1), Pflegeheime (87.1), Stationäre Einrichtungen zur psychosozialen Betreuung, Suchtbekämpfung u. Ä. (87.2), Altenheime/Alten- und Behindertenwohnheime (87.3), Sonstige Heime (ohne Erholungs- und Ferienheime) (87.9), soziale Betreuung älterer Menschen und Behinderter (88.1), Sonstiges Sozialwesen (ohne Heime) (88.9).<sup>4</sup>

#### Tätige Personen in der Sozialwirtschaft

Soziale Dienstleistungen werden durch Menschen erbracht. Insofern ist die Zahl der tätigen Personen ein Hinweis auf die Leistungsstärke der Sozialwirtschaft. Insgesamt beläuft sich die Zahl der Erwerbstätigen in der Sozialwirtschaft in Schleswig-Holstein im Jahr 2014 auf ca. 150.000. Davon sind ungefähr 128.000 Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Die Zahl der Arbeitnehmer in der Freien Wohlfahrtspflege beträgt nach unserer Hochrechnung knapp 60.000 Personen (vgl. Abbildung 1).<sup>5</sup>

Abbildung 1: Tätige Personen in sozialwirtschaftlich relevanten Wirtschaftszweigen/Freier Wohlfahrtspflege in Schleswig-Holstein 2014 (bzw. 2015)



\* Dies umfasst nach WZ 2008: 85.1 Kindergärten und Vorschulen, 86.1 Krankenhäuser, 87.1 Pflegeheime, 87.2 Stationäre Einrichtungen zur psychosozialen Betreuung usw., 87.3 Altenheime, Alten- und Behindertenwohnheime, 87.9 Sonstige Heime, 88.1 Soziale Betreuung älterer Menschen und Behinderter, 88.9 Sonstiges Sozialwesen (ohne Heime)

Quelle: Mikrozensus, Bundesagentur für Arbeit, Hochrechnung auf Basis der Stichprobe, eigene Berechnung und Darstellung  
 Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Beschäftigungsstatistik; Statistisches Landesamt Hamburg und Schleswig-Holstein, Mikrozensus; BGW

<sup>3</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt (2007)

<sup>4</sup> Eine Nutzung von Daten auf Ebene der Gruppen der WZ 2008 ist jedoch nicht immer möglich, da je nach Statistik z. T. Daten nur als übergeordnete Abschnitte oder Abteilungen dargestellt werden (vgl. Anhang 1). Wenngleich der Grad der Unschärfe in dem Fall zunimmt, so bleibt es jedoch bisher die größtmögliche statistische Annäherung.

<sup>5</sup> Zur Definition und Abgrenzung der Konzepte zu Erwerbstätigkeit und Beschäftigung vgl. Anhang 2.



Die Differenz zu den Gesamtzahlen der Sozialwirtschaft erklärt sich durch öffentliche und private Träger. In dieser Studie werden auch die Krankenhäuser mit betrachtet, obwohl diese gemeinhin nicht als Teil der Sozialwirtschaft gelten. Allein in diesem Bereich sind ca. 29.000 Personen bei öffentlichen oder privaten Trägern tätig. Ähnlich sieht es in der ambulanten und stationären Pflege aus, wo knapp 26.000 Personen bei öffentlichen oder privaten Trägern tätig sind.

Kombiniert man die verschiedenen verfügbaren amtlichen Statistiken und die Ergebnisse der Stichprobenerhebung, so ergibt sich für das Jahr 2014 für Schleswig-Holstein folgendes Bild für die verschiedenen Bereiche der Freien Wohlfahrtspflege.

Tabelle 1: Tätige Personen in verschiedenen Bereichen der Freien Wohlfahrtspflege in Schleswig-Holstein (2014)

		Bereich	Tätige Personen
Hochrechnung auf Basis amtlicher Daten		Altenhilfe/Pflege – stationär	8.900
		Altenhilfe/Pflege – ambulant	4.900
		Gesundheitshilfe – Krankenhäuser	8.200
Hochrechnung auf Basis der Stichprobenerhebung		Kinder- und Jugendhilfe (Kindertagesstätten u. Kinder/Jugendhilfe stationär)	17.200
		Beratung	3.000
		Familienhilfe – stationär	500
		Eingliederungshilfe Wohnen (stationär/ambulant)	8.000
		Eingliederungshilfe WfbM/Tagesförderung	3.400
	Sonstige Hilfebereiche/nicht zuordenbar	5.900	

Quelle: Stichprobenerhebung, Statistisches Bundesamt, Landesamt für Statistik Hamburg und Schleswig-Holstein, eigene Berechnung

Die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege sind in verschiedenen Bereichen stark engagiert. Besonders hervorzuheben sind die Kinder- und Jugendhilfe, aber auch die Pflege und die Eingliederungshilfe als Tätigkeitsbereiche.

Hinzu kommt eine große Anzahl ehrenamtlicher Helfer, die eine zentrale Stütze der Sozialwirtschaft und insbesondere der Freien Wohlfahrtspflege darstellen. Im Jahr 2014 wurden von der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege für Schleswig-Holstein insgesamt fast 24.000 Versicherte erfasst, die als Ehrenamtliche in der Freien Wohlfahrtspflege tätig sind.<sup>6</sup> Die Anzahl aller Personen, die sich ehrenamtlich in der Freien Wohlfahrtspflege Schleswig-Holsteins engagieren dürfte jedoch erheblich höher sein. Die Bundesarbeitsgemeinschaft für Freie Wohlfahrtspflege geht von etwa drei Millionen ehrenamtlichen Helfern in ihren Einrichtungen und Diensten aus.<sup>7</sup> Demnach kommen auf einen hauptamtlichen Beschäftigten im Bundesdurchschnitt etwa zwei ehrenamtliche Helfer.

Nachfolgend skizzieren wir Leistungen und Kapazitäten für jene ausgewählten Bereiche der Sozialwirtschaft, für die amtliche Daten vorliegen. Soweit es die jeweiligen Statistiken erlauben, werden dabei auch Trägergruppen ausgewiesen. Ansonsten beziehen sich die Daten auf die gesamte Sozialwirtschaft Schleswig-Holsteins.

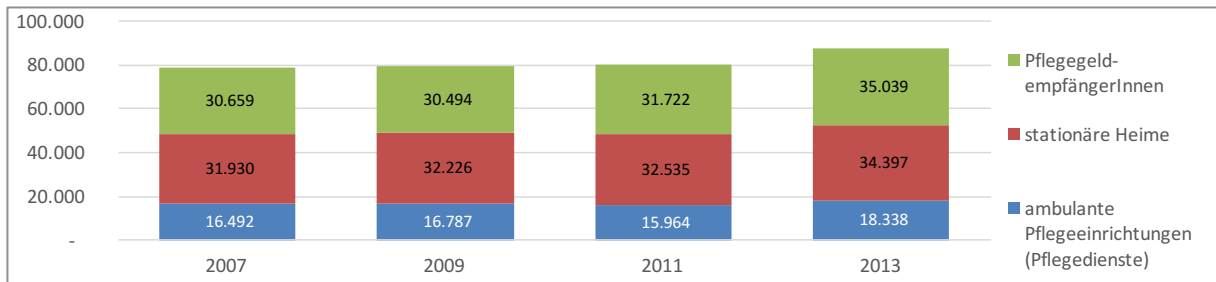
<sup>6</sup> Vgl. Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (2016)

<sup>7</sup> Vgl. Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (2015)

### 2.1.1 Altenhilfe

Laut Pflegestatistik<sup>8</sup> beziehen Ende 2013 knapp 88.000 Menschen Pflegeleistungen nach dem SGB XI. Rund 52.000 Menschen empfangen professionelle Pflegeleistungen von Pflegeeinrichtungen und Pflegediensten. Die Zahl der Empfänger von Pflegeleistungen (im Sinne des SGB XI) hat von 2007 bis 2013 insgesamt um 11 % zugenommen. Der geringste prozentuale Zuwachs an Pflegebedürftigen wurde in der stationären Pflege verzeichnet (ca. 8 %), gefolgt von den ambulanten Pflegeeinrichtungen (11 %). Der größte anteilige Zuwachs fällt auf Pflegegeldempfänger (14 %).

Abbildung 2: Pflegebedürftige in Schleswig-Holstein (jeweils zum 15.12. des Jahres)

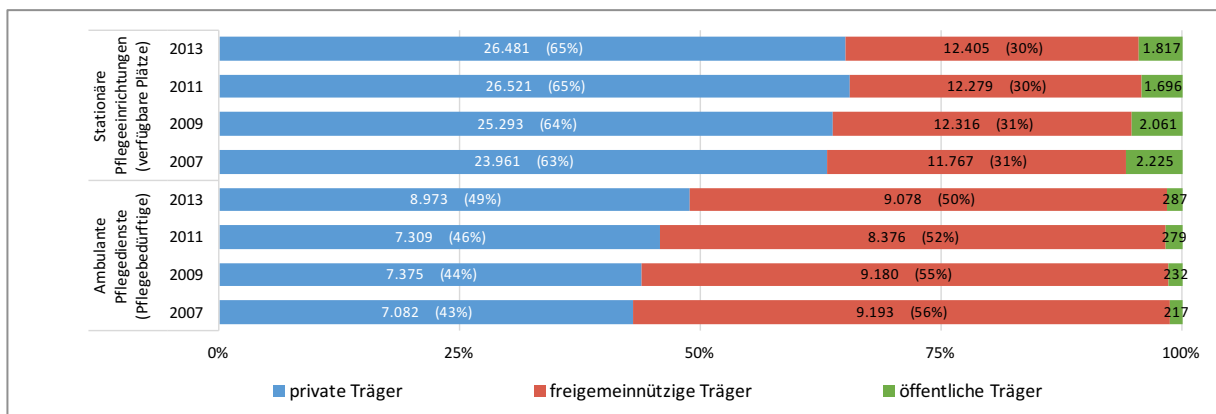


Quelle: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (2013 und 2015a) eigene Darstellung

Mit 39.700 tätigen Personen ist die Altenhilfe/Pflege der größte Sektor innerhalb der Sozialwirtschaft. Gut 10.000 Mitarbeiter sind in 407 ambulanten Pflegediensten tätig und 29.700 in 670 stationären Pflegeeinrichtungen.

Das Engagement freigemeinnütziger Träger spielt in der Pflege eine große Rolle. Ende 2013 versorgen ambulante Pflegeeinrichtungen in freigemeinnütziger Trägerschaft 9.078 pflegebedürftige Menschen. Dies entspricht 50 % aller ca. 18.338 ambulant versorgter Pflegebedürftiger. Die Zahl der durch freigemeinnützige Träger versorgten Pflegebedürftigen im Bereich der ambulanten Pflege hat sich trotz einer insgesamt wachsenden Zahl an Pflegebedürftigen seit 2007 praktisch nicht erhöht, der Marktanteil in der ambulanten Pflege für freigemeinnützige Träger hat seit 2007 um sechs Prozentpunkte abgenommen. In der stationären Pflege verzeichnen freigemeinnützige Träger auf der Basis verfügbarer Plätze von 2007 bis 2013 einen Zuwachs um gut 600 Plätze auf 12.405 verfügbare Plätze. Allerdings führt dies Zunahme an Plätzen nicht zu einem höheren Marktanteil, der sich 2007 bis 2001 für die freigemeinnützigen Träger stabil bei ca. 30-31 % bewegt.

Abbildung 3: Versorgung in der Pflege nach Trägerschaft in Schleswig-Holstein (jeweils zum 15.12. des Jahres)



Quelle: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (2013 und 2015), eigene Berechnung und Darstellung

<sup>8</sup> Vgl. Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (2015a)

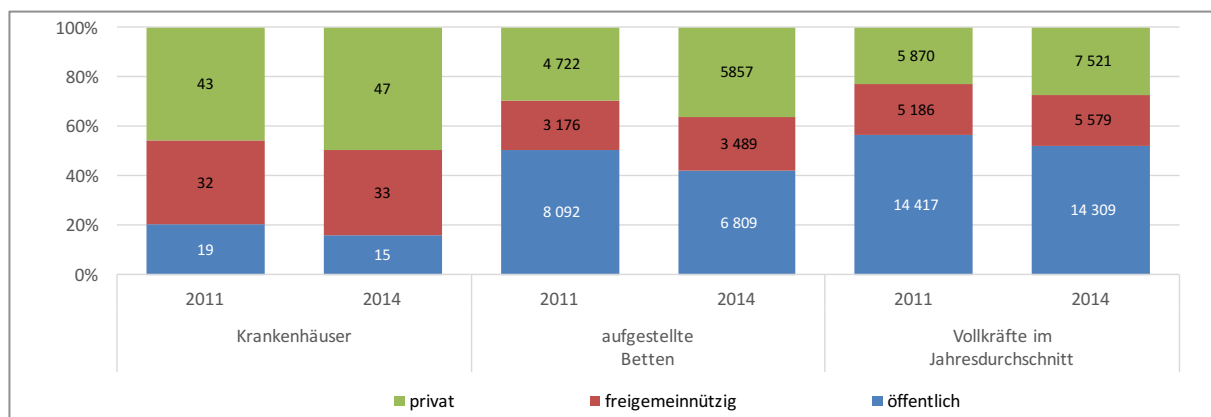
### 2.1.2 Gesundheitshilfe (Krankenhäuser)

Der Krankenhausbereich ist mit 37.300 Beschäftigten der zweitgrößte Sektor innerhalb der Sozialwirtschaft Schleswig-Holsteins. In insgesamt 95 Krankenhäusern wurden im Jahr 2014 ca. 600.000 Menschen versorgt.<sup>9</sup> Damit handelt es sich um den Bereich der Sozialwirtschaft mit der größten Breitenwirkung bei direkten Leistungsempfängern. Ein knappes Drittel der Krankenhäuser ist in freigemeinnütziger Trägerschaft (33 Häuser). Allerdings handelt es sich um eher kleinere Häuser, weshalb sie zusammen nur knapp 22 % der aufgestellten Betten auf sich vereinigen.

Insgesamt ist im Krankenhausbereich nur noch geringes Wachstum der Einrichtungen und Betten (ca. 1 %) zu beobachten, aber Wachstum in der Beschäftigung (ca. 8 %). Die Behandlung und Pflege wird also personalintensiver.

Die Bettenzahl der freigemeinnützigen Träger steigt dabei von 2011 bis 2014 um 10 %, die der privaten Anbieter um 24 %. Die Privatisierung öffentlicher Häuser geht somit zu ca. 1/3 an freigemeinnützige Träger und zu 2/3 an private Träger.

Abbildung 4: Krankenhäuser nach Trägerschaft in Schleswig-Holstein (jeweils zum 15.12. des Jahres)



Quelle: Statistisches Bundesamt (2013a und 2015a), Grunddaten der Krankenhäuser 2011 und 2014, eigene Darstellung

2014 beträgt die durchschnittliche Verweildauer in freigemeinnützigen Krankenhäusern beträgt 8,6 Tage und ist damit höher als in öffentlichen (7,0 Tage) oder privaten Krankenhäusern (7,7 Tage).

### 2.1.3 Kinder- und Jugendhilfe

Die Kinder- und Jugendhilfe ist ein breites Feld der Sozialwirtschaft. Allein die Kindertagesstätten bilden mit ca. 21.000 tätigen Personen im Jahr 2015 den drittgrößten Sektor der Sozialwirtschaft. Hinzu kommen über 7.000 Mitarbeiter<sup>10</sup> in weiteren Jugendhilfeangeboten.

Die Kindertagesbetreuung wurde auch in Schleswig-Holstein in den vergangenen Jahren ausgebaut. Zum 01.03.2015 gibt es in Schleswig-Holstein 1.765 Tageseinrichtungen für Kinder. Den Großteil der Angebote machen Tageseinrichtungen für Kinder aller Altersgruppen aus. Den größten relativen Zuwachs verzeichnen Angebote für Kinder im Alter von 0 bis 3 Jahren. Vergleichsweise stabil sind Angebote für Schulkinder. Der Anteil der Einrichtungen freier Träger hält sich auf einem Niveau von etwas mehr als drei Vierteln. Ähnlich ist der Anteil der Kinder, die durch freie Träger betreut werden.<sup>11</sup>

<sup>9</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt (2015a)

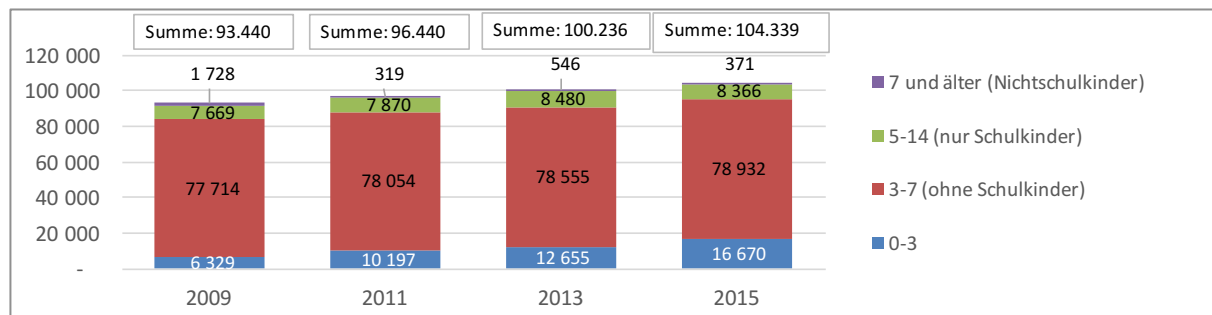
<sup>10</sup> Das Statistische Bundesamt weist hier für 2014 6.580 Vollzeitstellen in Schleswig-Holstein aus. Die Zahl der Mitarbeiter fällt somit höher aus. Genauere Angaben sind mit der verfügbaren amtlichen Statistik jedoch nicht möglich (Vgl. Statistisches Bundesamt (2016))

<sup>11</sup> Vgl. Anhang 3.

Immer mehr Einrichtungen bieten Betreuung für alle Altersgruppen an. Ein Rückgang bei den Angeboten ist nur für 3- bis 7-Jährige zu beobachten.<sup>12</sup>

Insgesamt werden am 01.03.2015 in Schleswig-Holstein 104.339 Kinder in Kindertageseinrichtungen betreut. Das sind knapp 11.000 mehr als noch 2009 (93.440 betreute Kinder), was einem Zuwachs um knapp 12 % entspricht (vgl. Abbildung 5). Am größten ist der prozentuale Zuwachs in Betreuung von Kindern im Alter von null bis drei Jahren (+ 163 %). Relativ stabil ist hingegen die Betreuung von Kindern im Alter von drei bis sieben Jahren (+ 1 %).

Abbildung 5: Kinder in Tageseinrichtungen in Schleswig-Holstein, im Alter von ... bis unter ... Jahren (jeweils zum 01.03. des Jahres)



Quelle: Statistisches Bundesamt (2010, 2011, 2013, 2016): Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe, Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen (eigene Darstellung)

Die Kinderbetreuung ist dabei der größte Wachstumssektor in der Sozialwirtschaft. Die Zahl der betreuten Kinder nahm von 2009 bis 2015 um ca. 12 % zu. Die Zahl der Mitarbeitenden stieg um 41 %. Dies ist insbesondere auf die höhere Personalintensität der Betreuung von Kindern von bis zu drei Jahren zurückzuführen.

Durch Träger der Wohlfahrtspflege werden 2015 insgesamt 77.308 Kinder betreut. Diese Angebote erfolgen tendenziell in kleineren Einrichtungen. So werden in Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege durchschnittlich ca. 56 Kinder betreut, während es in öffentlichen durchschnittlich ca. 69 Kinder sind.

Auch in den weiteren Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe hat die Freie Wohlfahrtspflege den größten Anteil. Sie beschäftigt ca. 90 % der hier tätigen Personen (2010, in rechnerischen Vollzeitstellen) und bietet 96 % der angebotenen Plätze an.<sup>13</sup>

### 2.1.4 Behindertenhilfe

Die Statistik der Eingliederungshilfe weist für Schleswig-Holstein am Jahresende 2014 29.635 Empfänger von Leistungen der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen aus.<sup>14</sup> Den größten Teil machen Hilfen zum selbständigen Leben in betreuten Wohnmöglichkeiten aus: Bei den Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft werden 2014 insgesamt 15.110 Menschen mit Behinderungen gezählt, die Hilfen zum selbstbestimmten Leben in betreuten Wohnmöglichkeiten erhalten. Davon entfallen 8.372 auf das Wohnen in einer Wohneinrichtung, 5.562 auf ambulant

<sup>12</sup> Ebd.

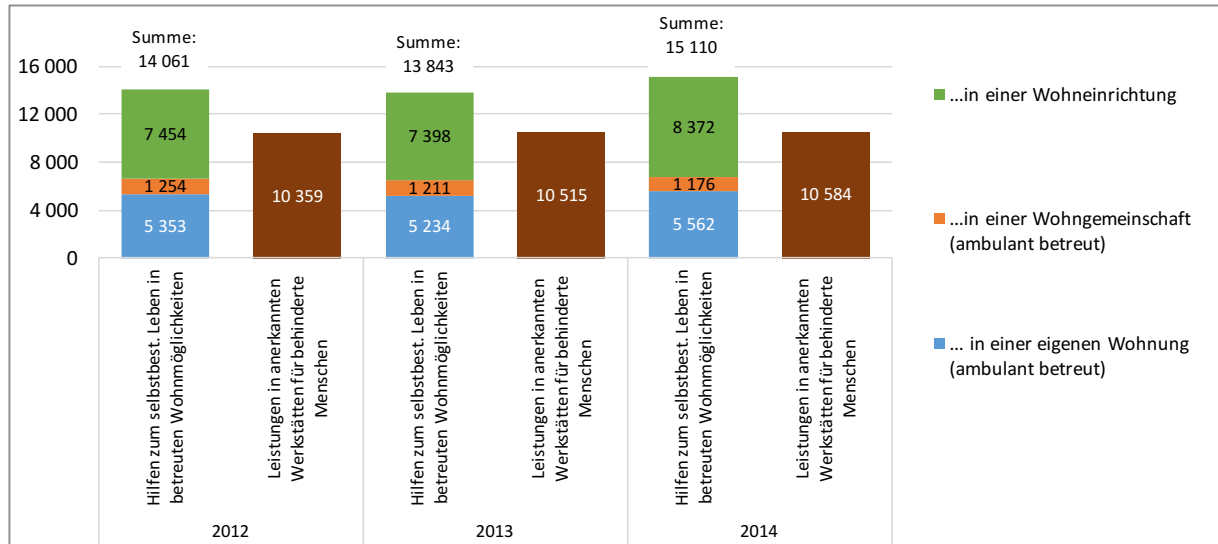
<sup>13</sup> Diese Zahl bezieht sich auf das Jahr 2010 und umfasst nicht die Zahl der Mitarbeiter, sondern die der rechnerischen Vollzeitstellen. Die Zahl der Mitarbeiter fällt somit höher aus. Genauerer Angaben sind mit der verfügbaren amtlichen Statistik jedoch nicht möglich. Die Statistik „Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe (ohne Tageseinrichtungen für Kinder)“ erscheint alle vier Jahre. Die Daten für 2014 werden voraussichtlich im Sommer/Herbst 2016 von Statistischem Bundesamt veröffentlicht. Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe.

<sup>14</sup> Sitz des Trägers, außerhalb von und in Einrichtungen, vgl. im Folgenden Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (2016)

betreutes Wohnen in einer eigenen Wohnung und 1.176 Hilfen auf das ambulant betreute Wohnen in einer Wohngemeinschaft.

Die Zahl der Menschen, die Leistungen in anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen erhalten, beläuft sich zum Jahresende 2014 auf 10.584.

Abbildung 6: Empfänger von Eingliederungshilfe für behinderte Menschen in Schleswig-Holstein – ausgewählte Hilfearten



Sitz des Trägers, am Jahresende, außerhalb von und in Einrichtungen, Empfänger(innen) mehrerer verschiedener Hilfen werden bei jeder Hilfeart (bzw. jedem Ort der Hilfestellung) gezählt.

Die Eingliederungshilfe ist eine weitere Domäne der freigemeinnützigen Träger. Hier arbeiten 11.400 Personen für die Unterstützung von Menschen mit Behinderung (8.000 Wohnen, 3.400 WfbM und Tagesförderung).<sup>15</sup>

## 2.2 Arbeitsmarkt Sozialwirtschaft

Die Sozialwirtschaft ist ein wichtiger Arbeitsmarktfaktor für Schleswig-Holstein und Menschen verschiedener Berufe und Anforderungsniveaus. In Abschnitt 2.1 wurde bereits skizziert, dass im Jahr 2014 ca. 150.000 Menschen in der schleswig-holsteinischen Sozialwirtschaft erwerbstätig waren, davon knapp 60.000 in der Freien Wohlfahrtspflege.

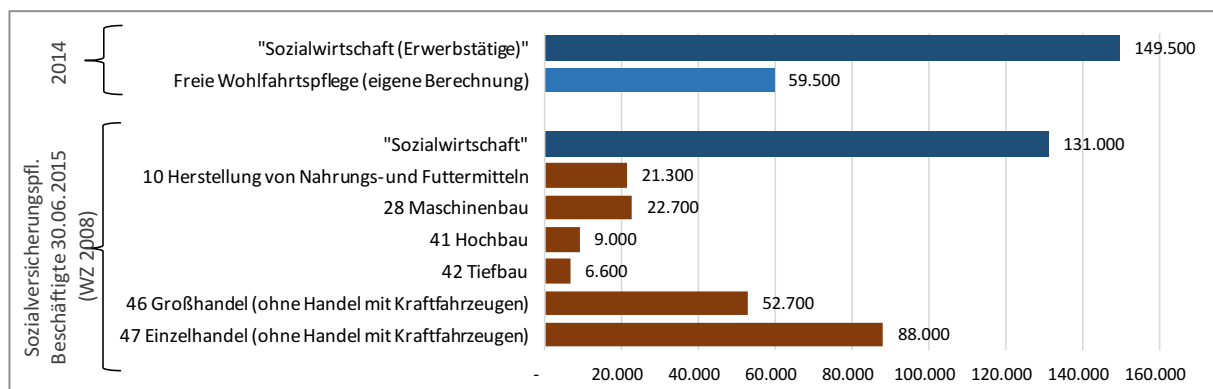
Ein Branchenvergleich auf Basis der Zahlen zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zeigt, dass in Schleswig-Holstein mehr Menschen in der Sozialwirtschaft arbeiten, als es bspw. Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte in den Branchen „Maschinenbau“, „Hochbau“ und „Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln“ gibt (Abb. 7).

In der Sozialwirtschaft finden sich mit 89 % ein hoher Anteil an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und nur ein geringer Anteil geringfügig Beschäftigter. Dieser bewegt sich in einschlägigen sozialen Berufen zwischen 10 % und 12 %. Im Durchschnitt aller Wirtschaftszweige beläuft sich der Anteil geringfügig Beschäftigter auf 23 %.<sup>16</sup>

<sup>15</sup> Hochrechnung aus der Stichprobenerhebung

<sup>16</sup> Vgl. Statistik der Bundesagentur für Arbeit: Beschäftigungsstatistik verschiedene Jahre, abrufbar unter: <https://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Themen/Beschaeftigung/Beschaeftigung-Nav.html>

Abbildung 7: Tätige Personen/Beschäftigte der Sozialwirtschaft in Schleswig-Holstein im Branchenvergleich

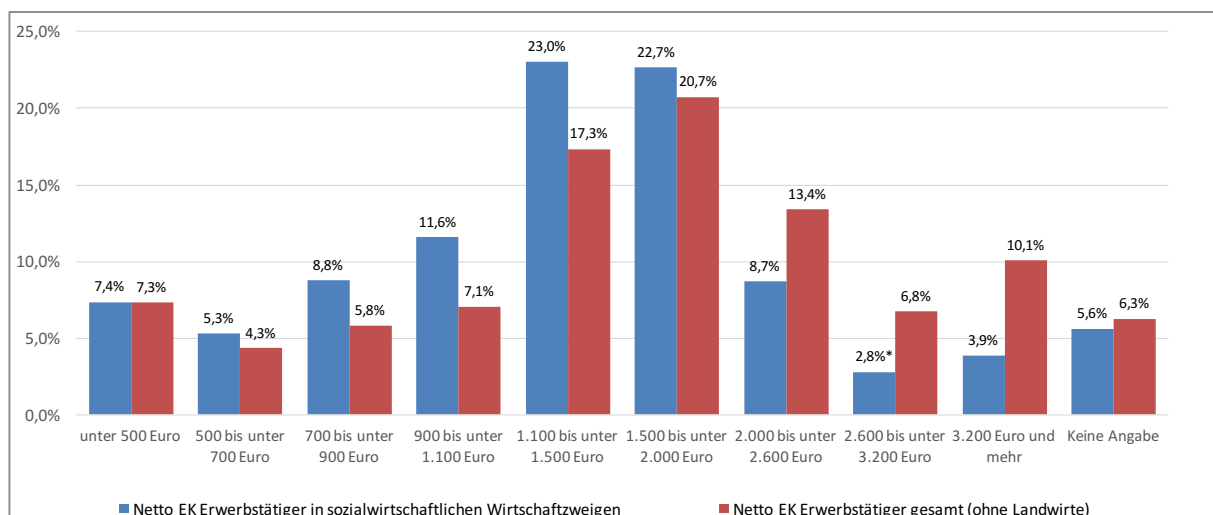


WZ 2008 „Sozialwirtschaft“: 85.1 Kindergärten und Vorschulen, 86.1 Krankenhäuser, 87.1 Pflegeheime, 87.2 Stationäre Einrichtungen zur psychosozialen Betreuung usw., 87.3 Altenheime, Alten- und Behindertenwohnheime, 87.9 Sonstige Heime, 88.1 Soziale Betreuung älterer Menschen und Behinderter, 88.9 Sonstiges Sozialwesen (ohne Heime)

Quelle: Bundesagentur für Arbeit: Beschäftigungsstatistik; Statistisches Landesamt für Hamburg und Schleswig-Holstein: Mikrozensus; Stichprobe für diese Studie (eigene Darstellung)

Die Durchschnittsverdienste (Bruttomonatsverdienste) in den sozialwirtschaftlich relevanten Wirtschaftszweigen Schleswig-Holsteins bewegen sich für Vollzeitbeschäftigte bei einem Bruttomonatsverdienst zwischen 2.700 Euro (Alten- und Behindertenwohnheime) und 3.800 Euro (Krankenhäuser).<sup>17</sup> Es zeigt sich jedoch auch, dass die Sozialwirtschaft durch den hohen Teilzeitanteil im gesamtwirtschaftlichen Vergleich sich eher im niedrigen und mittleren Einkommensbereich bewegt.<sup>18</sup>

Abbildung 8: Verteilung Einkommensklassen Nettomonatseinkommen 2014 in Schleswig-Holstein (Erwerbstätige)



Die hier betrachteten sozialwirtschaftlich relevanten Wirtschaftszweige setzen sich zusammen aus: 85.1 Kindergärten und Vorschulen, 86.1 Krankenhäuser, 87.1 Pflegeheime, 87.2 Stationäre Einrichtungen zur psychosozialen Betreuung usw., 87.3 Altenheime, Alten- und Behindertenwohnheime, 87.9 Sonstige Heime, 88.1 Soziale Betreuung älterer Menschen und Behinderter, 88.9 Sonstiges Sozialwesen (ohne Heime); \* Wert wg. des stat. Standardfehlers unter Vorbehalt

Quelle: Statistikamt für Hamburg und Schleswig-Holstein: Mikrozensus, eigene Berechnung

<sup>17</sup> Durchschnittliche Arbeitszeiten und Bruttostundenverdienste nach Wirtschaftszweigen und Leistungsgruppen, Detailauswertung Schleswig-Holstein, 4. Quartal 2014.

<sup>18</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt (2015)

Die Anteile an Teilzeitbeschäftigten sind in fast allen sozialwirtschaftlichen Wirtschaftszweigen überdurchschnittlich hoch, am höchsten im Bereich der Kindergärten (72 % in Teilzeit). Gesamtwirtschaftlich beläuft sich die Teilzeitquote der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Schleswig-Holstein auf 30 % (vgl. Anhang 4).

Neben einer hohen Teilzeitquote ist die Sozialwirtschaft vielfach auch durch hohe Anteile weiblicher Beschäftigter gekennzeichnet. Mitte 2015 beträgt der Frauenanteil unter den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Bereich Kindergärten und Vorschulen 91 %, in den Krankenhäusern 75 %, in den Pflegeheimen 80 % und im Sozialwesen (ohne Heime) 79 %. Für Schleswig-Holstein insgesamt beläuft sich der Frauenanteil unter den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf 48 %.<sup>19</sup>

Es zeichnet sich dabei ein zunehmender Fachkräftemangel auch in der Sozialwirtschaft in Schleswig-Holstein ab. Die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter von 20 bis 65 Jahren wird bis 2035 um 16 % sinken<sup>20</sup> und der Wettbewerb um Arbeitskräfte wird wachsen.

Arbeitsmarktengpässe zeichnen sich bereits jetzt in den Daten ab. So deutet die Gegenüberstellung von gemeldeten Stellen<sup>21</sup> und Arbeitslosen auf einen für Arbeitgeber engeren Arbeitsmarkt hin.

Tabelle 2: Gemeldete Arbeitsstellen in sozialwirtschaftlich relevanten Wirtschaftszweigen in Schleswig-Holstein

	März 2016	März 2015	März 2014	März 2013
85.1 Kindergärten und Vorschulen	110	109	100	106
86.1 Krankenhäuser	360	273	250	292
87.1 Pflegeheime	491	531	371	352
87.2 Station. Einr. z. psychosoz. Betreuung usw.	14	6	7	5
87.3 Altenheime; Alten- und Behindertenwohnheime	251	223	175	186
87.9 Sonstige Heime (ohne Erholungs- und Ferienheime)	114	78	66	59
88.1 Soziale Betreuung älterer Menschen und Behinderter	429	369	244	223
88.9 Sonstiges Sozialwesen (ohne Heime)	358	222	190	214
<b>Summe</b>	<b>2.127</b>	<b>1.811</b>	<b>1.403</b>	<b>1.437</b>

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, gemeldete Arbeitsstellen nach Wirtschaftszweigen

Tabelle 2 zeigt, dass die gemeldeten Stellen vor allen im Krankenhausbereich, aber auch bei Altenheimen und der sozialen Betreuung älterer Menschen und Behinderter zugenommen haben. Interessant ist weiterhin, dass flankierend zu einer vielfachen Zunahme der Zahl gemeldeter Arbeitsstellen die Zahlen der Arbeitslosen und Arbeitssuchenden in einschlägigen Zielberufen abgenommen haben (vgl. Anhang 5).

Auch die Ergebnisse der Stichprobenerhebung bei der Freien Wohlfahrtspflege zeigen, dass vor dem Hintergrund wachsender Bedarfe in der Freien Wohlfahrtspflege mittelfristig ein weiterhin wachsender Bedarf an Arbeitskräften bestehen wird. Im Jahr 2013 wurden ca. 8.500 neue haupt-

<sup>19</sup> Jeweils 30.06.2015, Branchen nach WZ 2008, Quelle: Bundesagentur für Arbeit: Beschäftigungsstatistik, abrufbar unter: <https://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Themen/Beschaeftigung/Beschaeftigung-Nav.html>

<sup>20</sup> Eigene Berechnung auf Grundlage der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausrechnungen, Variante W1, Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein

<sup>21</sup> Gemeldete Arbeitsstellen: Beschäftigungsverhältnisse mit einer vorgesehenen Beschäftigungsdauer von mehr als sieben Kalendertagen, die von Arbeitgebern den Arbeitsagenturen und Trägern der Grundsicherung zur Vermittlung gemeldet werden. Die Arbeitsstellen umfassen nur ungeforderte Stellenangebote am sog. 1. Arbeitsmarkt (...) . Saisonstellen, Arbeitsstellen für Freiberufler und Selbstständige sowie Arbeitsstellen der Privaten Arbeitsvermittlung sind nicht enthalten. Quelle: Bundesagentur für Arbeit (<http://statistik.arbeitsagentur.de>).

amtliche Mitarbeiter eingestellt. Dem stehen rund 6.900 Abgänge gegenüber. Es gab also ein Wachstum um 1.600 Mitarbeiter. Das entspricht einer Zunahme der Gesamtmitarbeiterzahl von 2013 zu 2014 im Rahmen von knapp 3 %.

In den nächsten fünf Jahren erwartet die Freie Wohlfahrtspflege rund 16.000 Mitarbeiterabgänge, was rund einem Viertel der Mitarbeiter entspricht. Diese Stellen müssen wiederbesetzt werden. Die Freie Wohlfahrtspflege wird sich insofern in besonderer Weise dem Wettbewerb um gute Mitarbeiter stellen müssen. Bei etwas mehr als die Hälfte der zu besetzenden Stellen handelt es sich um Fachkraftstellen.

Die Sozialwirtschaft in Schleswig-Holstein erbringt nicht nur vielseitige und professionelle Hilfen, sondern ist auch ein relevanter Arbeitsmarkt, der vielen Menschen ebenso vielseitige und professionelle Beschäftigungsmöglichkeiten bietet.

Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Freien Wohlfahrtspflege als Arbeitsmarkt wird im nachfolgenden Kapitel näher ausgeführt.

## **2.3 Gesellschaftliche und volkswirtschaftliche Beiträge der Freien Wohlfahrtspflege**

Die Sozialwirtschaft leistet vom eigenen Anspruch her einen Beitrag zur Beseitigung von Armut und Ungerechtigkeit und leistet einen Beitrag zur Lebensqualität der Leistungsempfänger und zum Sozialklima. Auch die Gesellschaft sieht dies in der Regel als primäre Wirkung der Sozialwirtschaft.

Daneben wird in der öffentlichen Wahrnehmung die Sozialwirtschaft oft als Kostenfaktor gesehen.

Wenig gesehen wird die Rolle der Sozialwirtschaft und speziell der Freien Wohlfahrtspflege als Wirtschaftsfaktor. Diese Effekte stehen als Folge, gewissermaßen im Fahrwasser der sozialen Leistungen, sie sind nicht deren Hauptziel.

Dennoch sind sie ein Teil der (Neben-)Wirkungen der Wohlfahrtspflege, die in Wirtschaft und Gesellschaft eine höhere Beachtung verdienen.

Eine erste Idee des Ausmaßes dieser Wirkungsebene entsteht dann, wenn man den Gedanken zulässt, was passieren würde, wenn es die Einrichtungen und Dienste der Sozialwirtschaft nicht mehr gäbe: Die Sozialwirtschaft als Wirtschaftsfaktor und als Arbeitsgeber ginge verloren. Nicht nur in sozialen Organisationen selbst, sondern auch bei Zulieferern würden Arbeitsplätze wegfallen. Dabei beschafft die Sozialwirtschaft in besonderer Weise Güter des täglichen Lebens sowie Bauleistungen. Der Anteil der globalen Vernetzung ist insofern geringer, die regionale Wirkung höher.

Besonders abhängig von der Sozialwirtschaft sind deshalb Regionen mit schwacher Wirtschaftsstruktur. Dort wo ohnehin schon Unterbeschäftigung in hohem Maße herrscht, würde der Wegfall der direkten und indirekten Nachfrage (durch Einkommenseffekte) Kettenreaktionen in Gang setzen.

Weiterhin wird eine Gesellschaft mit sozialen Problemlagen in irgendeiner Form umgehen müssen. Dies gilt in sozialstaatlich geprägten, entwickelten Gemeinwesen wie in Deutschland in besonderer Weise. Das Nicht-Behandeln von sozialen Problemlagen verursacht ebenso Kosten wie andere, alternative Versorgungs- und Hilfeformen. Die Sozialwirtschaft trägt mit ihren Leistungen dazu bei, gesellschaftliche Kosten für andere Versorgungsformen zu sparen oder aber Potenziale für Beschäftigung und wirtschaftliches Wachstum freizusetzen.

Im Rahmen der Studie wurden daher zunächst die volkswirtschaftliche Bedeutung der Freien Wohlfahrtspflege in Schleswig-Holstein untersucht und am Beispiel einzelner Arbeitsfelder die vermiedenen Kosten und der Beitrag zu wirtschaftlichem Wachstum und Beschäftigung untersucht.



### 2.3.1 Freie Wohlfahrtspflege insgesamt

Grundlage der nachfolgenden Auswertungen sind Daten einer in den Jahren 2015 und 2016 durchgeführten Stichprobenerhebung, die insgesamt 67 Einrichtungen von Trägern der Freien Wohlfahrtspflege umfasst. Insgesamt wurden mehr als 4.000 Primärdaten erhoben. Der Umfang und die Tiefe der Erhebung und der daraus generierten Auswertung sind auf Landesebene einmalig.

Auswertungen dieses Kapitels beziehen sich, sofern nicht anders benannt, immer auf Angebote der Freien Wohlfahrtspflege in Schleswig-Holstein im Jahr 2014.

Tabelle 3: Zusammensetzung der Stichprobe aus Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege Schleswig-Holstein

Arbeitsfeld	Angebotsform	Einrichtungen/Dienste
<b>Altenhilfe</b>	ambulante Dienste	6
	stationäre Angebote	7
	Tageseinrichtungen für Senioren	2
<b>Beratung</b>	Beratungs- und Betreuungsstellen	5
<b>Familienhilfe</b>	stationäre Angebote	2
<b>Gesundheitshilfe</b>	stationäre Angebote	6
<b>Hilfe für Menschen mit Behinderung/ psychischer Erkrankung</b>	WfbM	9
	ambulant betreutes Wohnen	5
	stationäre Angebote	8
	Tageseinrichtungen	3
<b>Kinder- und Jugendhilfe</b>	stationäre Angebote	3
	Kindertageseinrichtungen	11
<b>Summe</b>		<b>67</b>

Die Stichprobe verteilt sich auf sechs Tätigkeitsfelder der Freien Wohlfahrtspflege mit insgesamt zwölf unterschiedlichen Angebotsformen. Es handelt sich um eine mehrfach geschichtete Stichprobe, demzufolge wurde die Anzahl der für eine Angebotsform zu erhebenden Einrichtungen und Dienste vorher festgelegt. Maßgebend hierfür waren die jeweils geflossenen Arbeitsentgelte, wobei zwei Einrichtungen und Dienste die Mindestgröße je Angebotsform bildete. Durch die Stichprobe werden so, gemessen an den Arbeitsentgelten, rund 85 % aller Leistungen der Freien Wohlfahrtspflege in Schleswig-Holstein abgedeckt. Gemeinsam erwirtschafteten die 67 erhobenen Einrichtungen im Jahr 2014 rund 500 Millionen Euro Jahresumsatz und beschäftigten 8.600 Mitarbeiter. Damit bilden sie zwischen 15 % und 20 % der gesamten Freien Wohlfahrtspflege in Schleswig-Holstein ab.

Nach Abschluss der Datenerhebung erfolgte, nach Angebotsformen getrennt und auf Basis der Arbeitsentgelte, die Hochrechnung der Stichprobe auf Landesebene.<sup>22</sup>

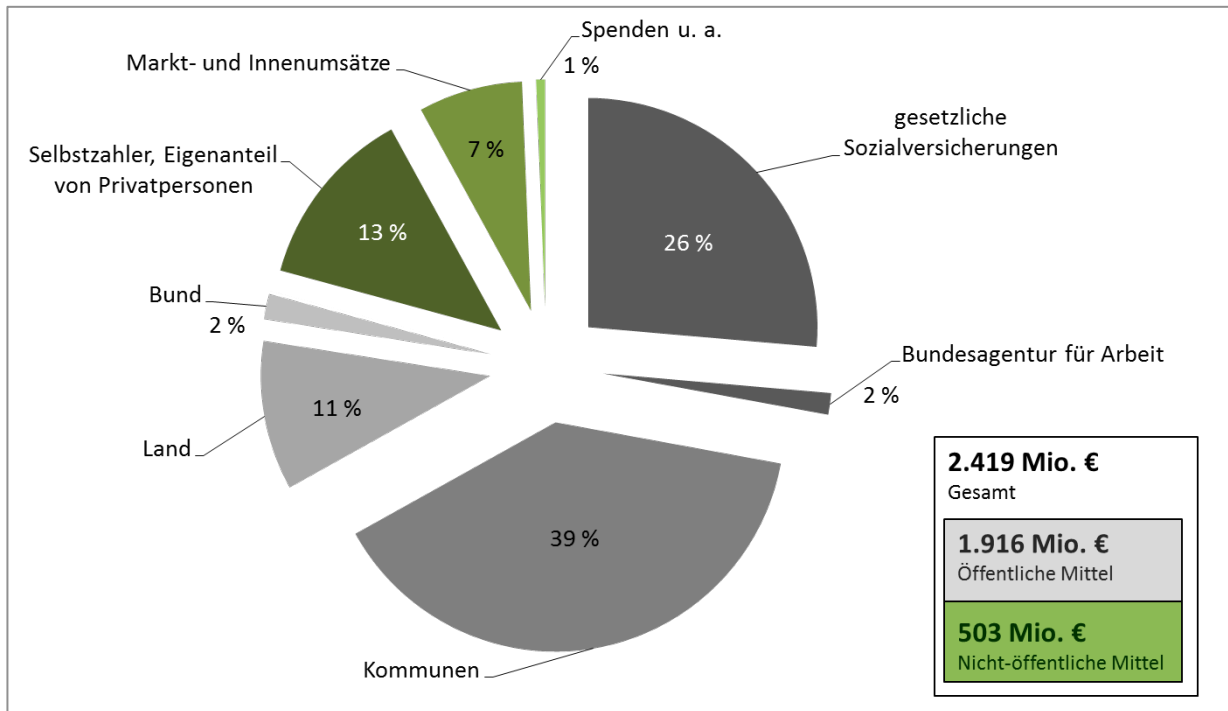
#### 2.3.1.1 Finanzierungsstruktur

Die Freie Wohlfahrtspflege erbringt zum großen Teil sozialstaatliche Leistungen und ist daher Empfänger von Leistungsentgelten, Zuwendungen, Projektmitteln und anderer öffentlicher Mittel.

<sup>22</sup> Als Datengrundlage für die Konzeption und Hochrechnung der Stichprobe dienten Sonderauswertungen der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege. Ergänzend wurden amtliche Datenquellen hinzugezogen.

Sie ist als Unternehmen und Arbeitgeber jedoch gleichzeitig Steuer- und Beitragszahler. Stellt man die öffentlichen Mitteln, die Träger der Freien Wohlfahrtspflege erhalten, den erzeugten Rückflüssen gegenüber, erhält man die gesellschaftlichen „Nettokosten“ für die Leistungen der Freien Wohlfahrtspflege.

Abbildung 9: Finanzierungsstruktur der Freien Wohlfahrtspflege in Schleswig Holstein 2014 (Hochrechnung auf Basis der Stichprobe)

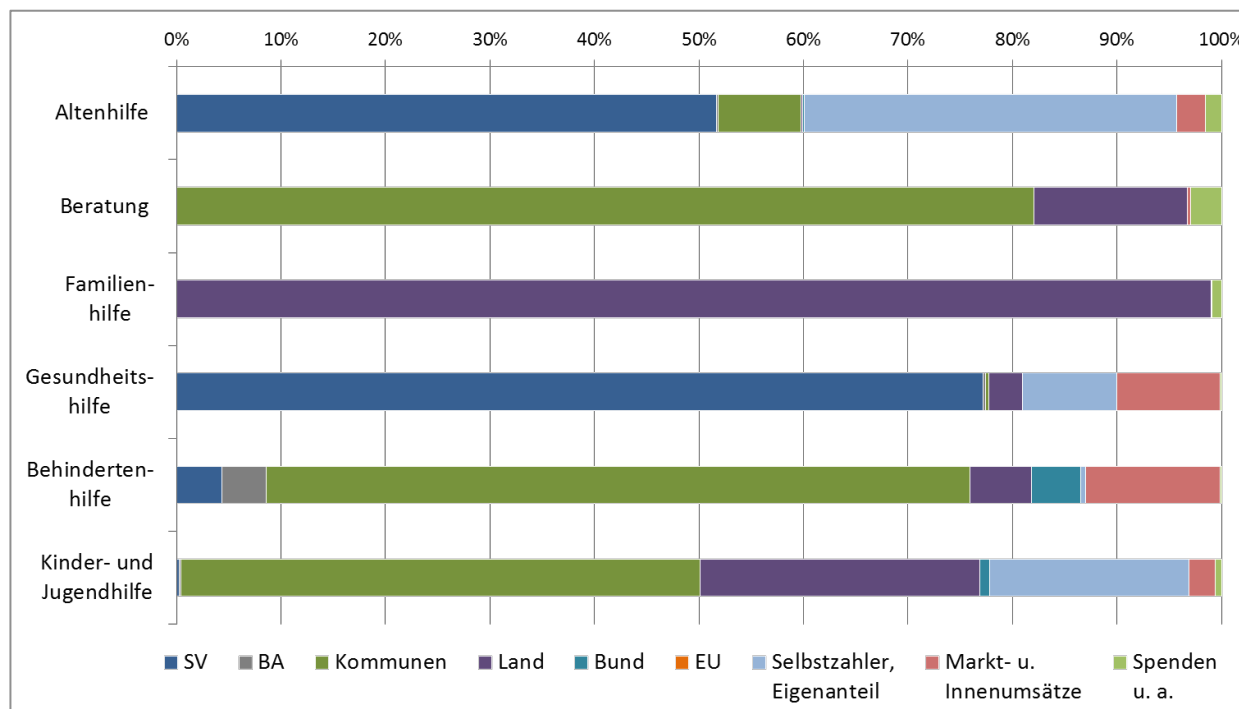


Insgesamt generierte die Freie Wohlfahrtspflege im Jahr 2014 einen Umsatz von insgesamt 2.419 Millionen Euro. Betrachtet man die Umsätze der Freien Wohlfahrtspflege in Schleswig-Holstein im Detail, so wird deutlich, dass neben öffentlichen Mitteln auch nicht-öffentliche Mittel einen wesentlichen Anteil (21 %) zur Finanzierung der Leistungen beitragen. Hierzu gehören vor allem Beiträge von Selbstzahlern und Eigenanteile von Privatpersonen (13 %; zum Beispiel Elternbeiträge im Kindergarten oder Eigenbeiträge in der Pflege), sowie Erträge aus wirtschaftlichen Nebenbetrieben (7 %).

Öffentliche Mittel erhalten die Träger der Freien Wohlfahrtspflege vor allem durch die gesetzlichen Sozialversicherungen (26 %), die Kommunen (39 %<sup>23</sup>) und des Landes/der Länder (11 %). Vergleichsweise gering ist der Anteil des Bundes (2 %) und der Bundesagentur für Arbeit (1 %).

<sup>23</sup> Hierin enthalten sind Ausgaben der Kommunen für Leistungen der Sozialhilfe, die zu großen Teilen vom Land refinanziert werden.

Abbildung 10: Finanzierungsstruktur der Freien Wohlfahrtspflege in Schleswig-Holstein 2014 nach Arbeitsfeldern (Hochrechnung auf Basis der Stichprobe)



Betrachtet man die Finanzierungsstruktur der einzelnen Arbeitsfelder, so stellt man deutliche Unterschiede fest:

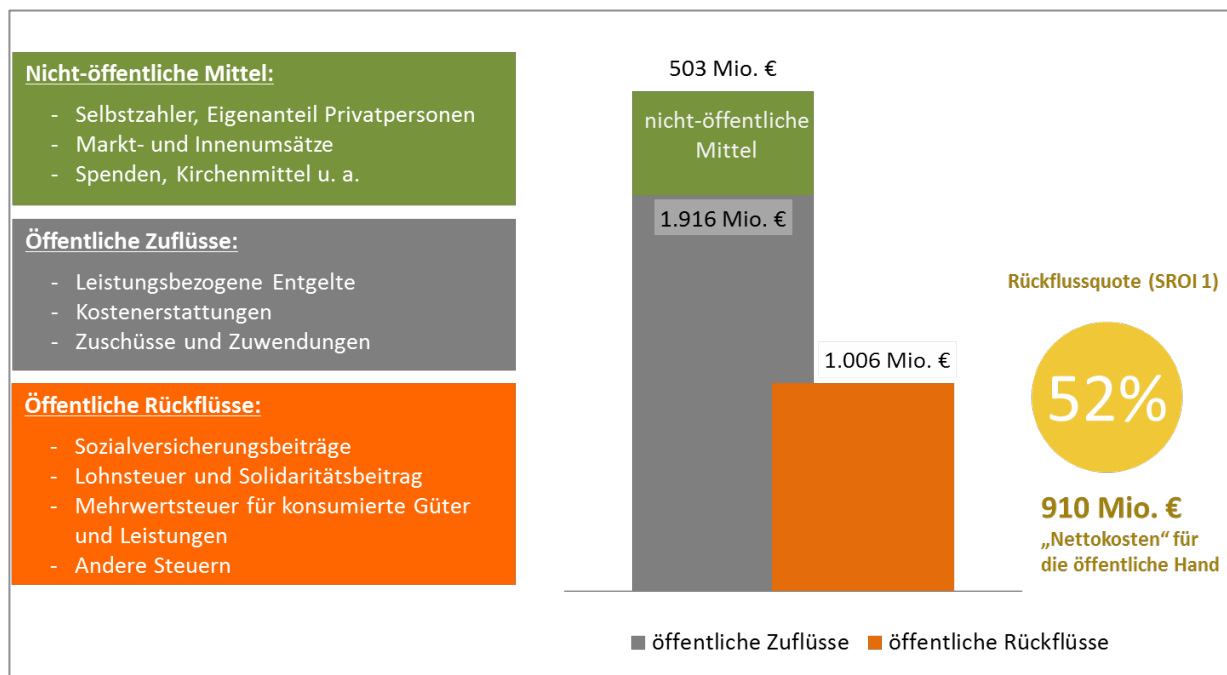
- Die Altenhilfe finanziert sich größtenteils durch Entgelte der Pflegeversicherung und Eigenbeiträge, die durch den Klienten und dessen Angehörige geleistet werden.
- Hauptkostenträger der Beratungsangebote sind die Kommunen.
- Die Familienhilfe finanziert sich fast ausschließlich aus Landesmitteln.<sup>24</sup>
- Die Angebote im Bereich der Gesundheitspflege erhalten den größten Anteil ihrer Mittel von den Sozialversicherungen.
- Im Bereich der Behindertenhilfe fließen die meisten Gelder von den Kommunen an die Einrichtungen und Dienste, wobei das Land Schleswig-Holstein seinen Kommunen den größten Anteil erstattet.<sup>25</sup>
- In der Kinder- und Jugendhilfe stammen ein Großteil der Umsätze aus Mitteln der Kommunen und des Landes/der Länder, darüber hinaus tragen die Elternbeiträge, die in Kindertagesstätten anfallen, etwa 20 % zur Gesamtfinanzierung bei.

<sup>24</sup> Die Stichprobe umfasst hier lediglich zwei Einrichtungen. Abweichungen unbekanntes Ausmaßes sind hier nicht auszuschließen.

<sup>25</sup> Im Berichtsjahr 2014 finanzierte das Land die Leistungen der Eingliederungshilfe in stationären Einrichtungen und in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen komplett. Seit 2015 finanziert das Land 79 % aller Leistungen der Eingliederungshilfe. (vgl. § 8 AG-SGB XII)

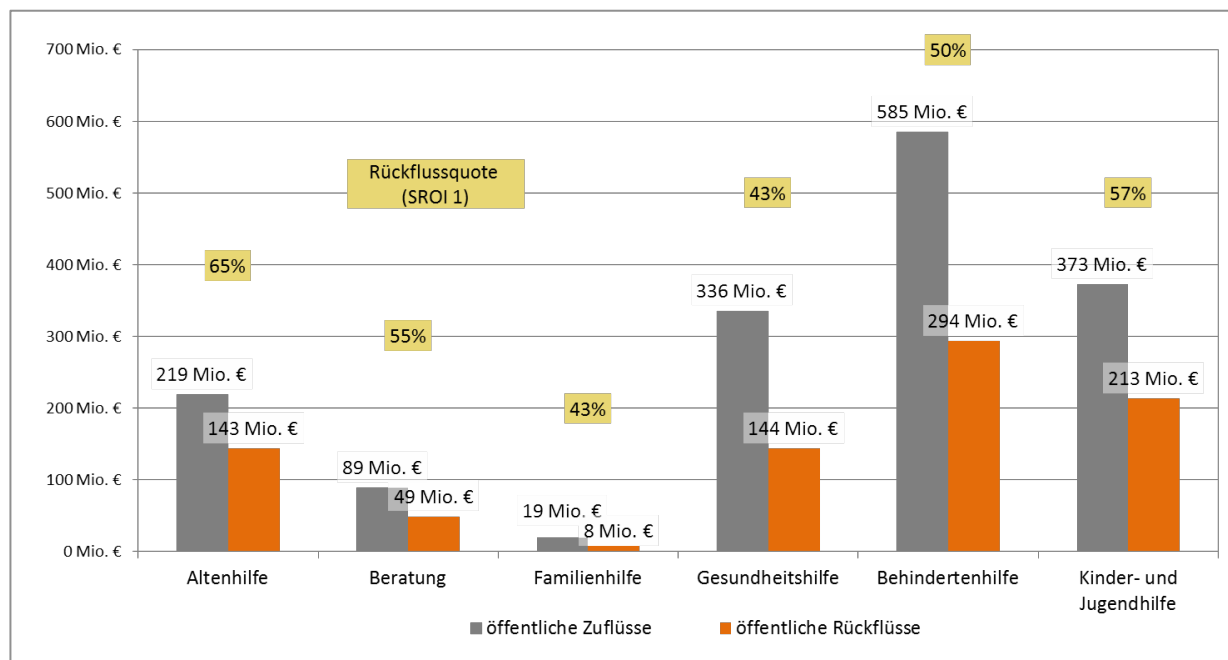
### 2.3.1.2 Transferanalyse

Abbildung 11: Gegenüberstellung der öffentlichen und nichtöffentlichen Zuflüsse und Rückflüsse der Freien Wohlfahrtspflege in Schleswig-Holstein 2014 (Hochrechnung auf Basis der Stichprobe)



Stellt man die öffentlichen Zuflüsse, die Organisationen der Freien Wohlfahrtspflege in Schleswig-Holstein erhalten, den erzeugten Rückflüssen gegenüber, so wird deutlich, dass die gesellschaftlichen „Nettokosten“ wesentlich geringer sind als es auf den ersten Blick den Anschein hat. Insgesamt erhielt die Freie Wohlfahrtspflege in Schleswig-Holstein im Jahr 2014 rund 1,9 Milliarden Euro von der öffentlichen Hand. Dem gegenüber stehen Rückflüsse in Höhe von einer Milliarden Euro. Das entspricht einer Rückflussquote von 52 % (SROI 1) und verbleibenden gesellschaftlichen „Nettokosten“ von 910 Millionen Euro.

Abbildung 12: Öffentlichen Zuflüsse und Rückflüsse der Freien Wohlfahrtspflege in Schleswig-Holstein 2014 nach Arbeitsfeldern (Hochrechnung auf Basis der Stichprobe)

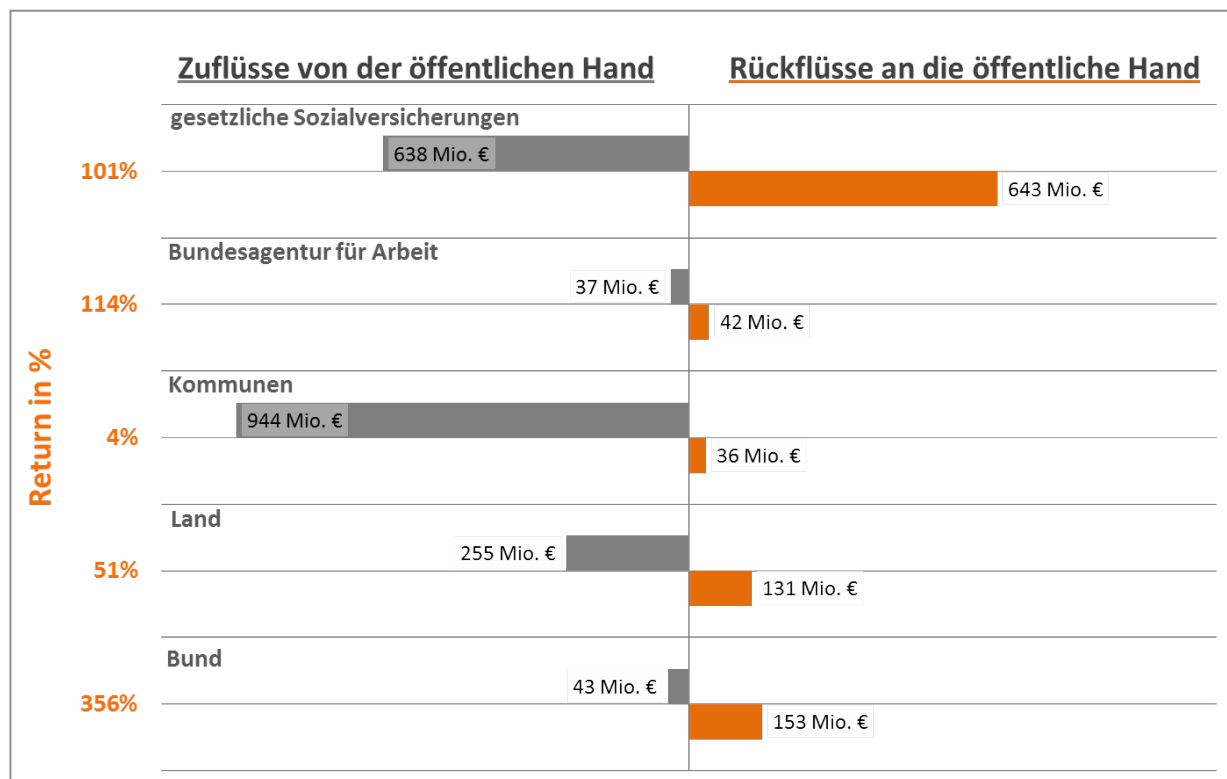


Ein Blick auf die Ergebnisse der einzelnen Arbeitsfelder zeigt: die Höhe der Rückflussquote variiert stark. Eine hohe Rückflussquote entsteht üblicherweise durch einen hohen Anteil nicht-öffentlicher Mittel und einem hohen Personalkostenanteil.

Mit Rückflüssen in Höhe von 65 % der Zuflüsse weist die Altenhilfe die höchste Quote auf. Grund hierfür sind die in diesem Arbeitsbereich üblicherweise hohen Finanzierungsanteilen an nicht-öffentlichen Mitteln. Deren Hauptbestandteil sind die von den Pflegebedürftigen und deren Angehörigen selbst getragenen Eigenanteile an den Pflegekosten und die Kosten für Unterkunft, Verpflegung und Investitionen.

Bekanntermaßen tritt der Staat auf politischer Ebene nicht als ein einzelner Akteur in Erscheinung. Die Verwaltungsgliederung Deutschlands und die parafiskalischen Institutionen bilden eine Vielzahl verschiedener öffentlicher Akteure mit jeweils eigenen Interessen und eigenen Haushalten. Um dem Rechnung zu tragen, bedarf es einer Aufgliederung der Zu- und Rückflüsse nach verschiedenen öffentlichen Stakeholdern.

Abbildung 13: Gegenüberstellung der Zuflüsse und Rückflüsse der Freien Wohlfahrtspflege in Schleswig-Holstein 2014 nach öffentlichen Akteuren (Hochrechnung auf Basis der Stichprobe)



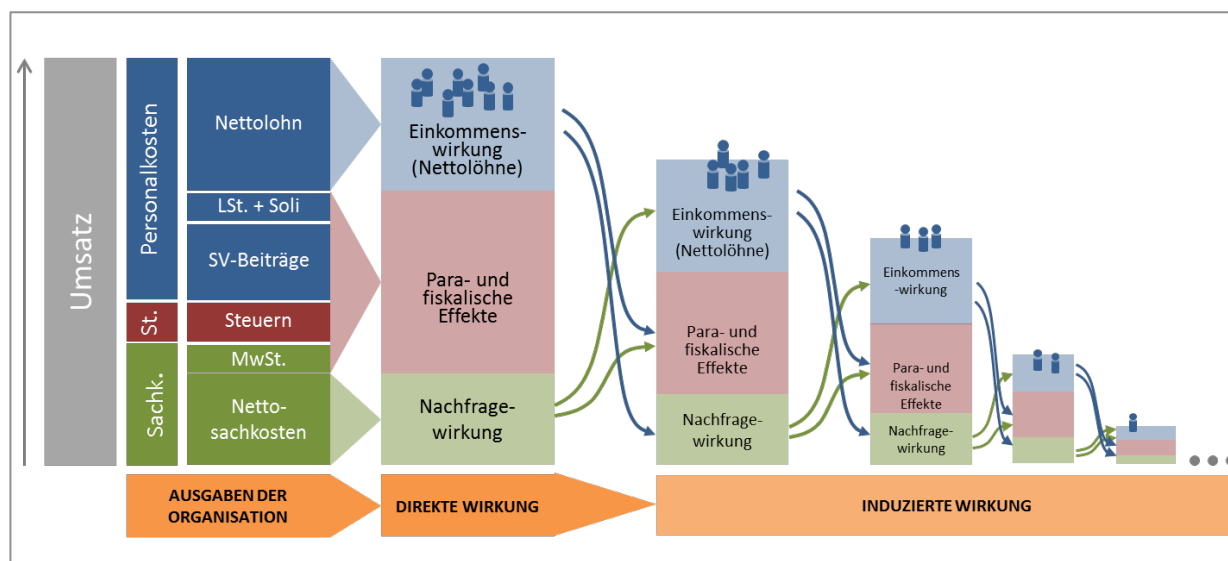
Im Ergebnis offenbart sich ein System der indirekten Querfinanzierung mit Profiteuren auf der einen und Financiers auf der anderen Seite.

- Ein sehr ausgeglichenes Ergebnis erhalten in der Gesamtheit die Sozialversicherungen. Sie tragen einen wesentlichen Anteil der Kosten (638 Millionen Euro), erhalten aber etwa denselben Betrag durch Sozialversicherungsbeiträge.
- Ein ähnliches Bild ergibt sich für die Bundesagentur für Arbeit, sie trägt 37 Millionen Euro zur Finanzierung bei und erhält 43 Millionen Euro.
- Den größten Anteil an der Finanzierung tragen die Kommunen bei. Wobei diesen mitunter Gelder vom Land erstattet werden (bspw. in der Eingliederungshilfe). Den kommunalen Zuflüssen von fast einer Milliarde Euro stehen lediglich 36 Millionen Euro an öffentlichen Rückflüssen gegenüber.
- Direkt vom Land fließen 255 Millionen Euro an die Freie Wohlfahrtspflege. Etwas mehr als die Hälfte erhält es im Gegenzug an Abgaben.
- Der direkte Anteil des Bundes ist mit 43 Millionen Euro eher gering. Allerdings erstattet dieser auch Kosten des Landes und der Kommunen. Mit insgesamt 153 Millionen Euro erhält der Bund den zweitgrößten Anteil der Rückflüsse.

### 2.3.1.4 Wirtschaftsfaktor Freie Wohlfahrtspflege

Die Freie Wohlfahrtspflege ist jedoch nicht nur Quell öffentlicher Rückflüsse, sondern auch ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Sie untergliedert sich in verschiedene Träger, die mit zahlreichen Angeboten und Einrichtungen unternehmerisch tätig werden: sie beschäftigen Menschen, beziehen Güter und Dienstleistungen von Zulieferern, zahlen Steuern und führen Sozialversicherungsbeiträge ab. Es entstehen so unmittelbar aus dem Primärimpuls (Gesamtumsatz) die direkten wirtschaftlichen Effekte Freien Wohlfahrtspflege.

Abbildung 14: Schematische Darstellung des verwendeten Modells zur Abbildung regionalökonomischer Multiplikatoreffekte



Die direkten Effekte wiederum dienen als Impuls, die auf der nachgelagerten Stufe weitere Effekte induzieren. Die Einkommen der Mitarbeiter werden verausgabt (induzierte Nachfrage), aus den Umsätzen der Zulieferer werden Personalkosten gedeckt (induzierte Einkommen/Beschäftigung und parafiskalische Effekte), Steuern abgeführt (induzierte fiskalische Effekte) und Gewinne erzielt.

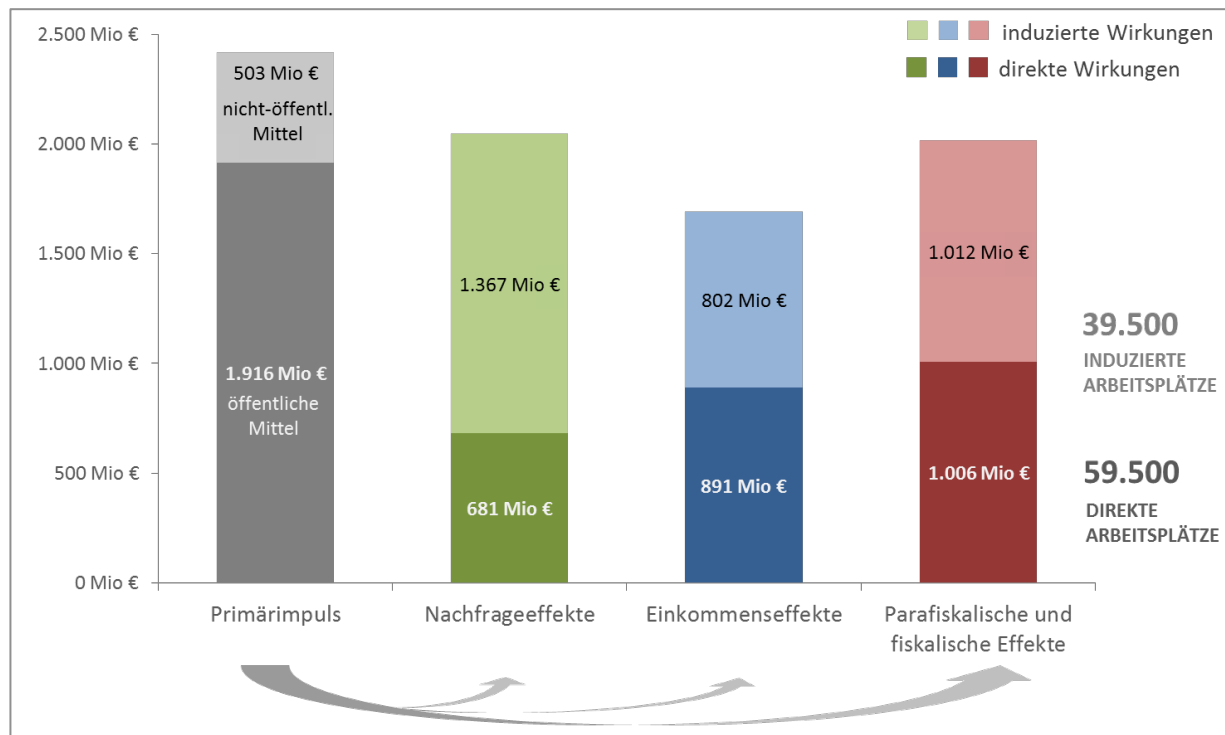
**Praxisbeispiel:**

- Frau M. ist als Sozialpädagogin in einer Wohneinrichtung für Menschen mit Behinderung beschäftigt. Die Wohneinrichtung gehört zu einem Träger der Freien Wohlfahrtspflege.
- Aus dieser Tätigkeit erhält Frau M., nach Abzug von Steuern und Sozialversicherungen (direkter fiskalischer Effekt), ein Nettoeinkommen (direkter Einkommenseffekt).
- Den Großteil ihres Nettoeinkommens verkonsumiert Frau M. in der Region. Die Unternehmen, bei denen Frau M. einkauft, führen einen Teil der Einnahmen als Umsatzsteuer an den Staat ab (induzierter fiskalischer Effekt).
- Den Rest der Einnahmen (induzierter Nettonachfrageeffekt) verwenden die Unternehmen unter anderem dafür, zusätzliches Personal einzustellen (induzierter Einkommens- und Beschäftigungseffekt), um der gestiegenen Nachfrage nachkommen zu können.

Die induzierten Effekte werden naturgemäß immer kleiner, da von Stufe zu Stufe einige Anteile dem wirtschaftlichen Kreislauf entzogen werden (bspw. durch Sparen der privaten Haushalte und Unternehmergewinne). Die Betrachtung reicht hier bis Stufe 16, danach sind die weiteren induzierten Effekte im Verhältnis zum Ausgangsimpuls verschwindend gering. Führt man alle induzierten Effekte

zusammen, die dem Ausgangsimpuls zu Grunde liegen, können diese die direkten Effekte sogar noch übersteigen.

Abbildung 15: Primärimpuls sowie direkte und induzierte wirtschaftliche Effekte der Freien Wohlfahrtspflege in Schleswig-Holstein 2014 (Hochrechnung auf Basis der Stichprobe)



Nimmt man die direkten Effekte und die Summe der induzierten Effekte der Freien Wohlfahrtspflege in Schleswig-Holstein zusammen, so wird deren wirtschaftliche Gesamtwirkung deutlich in Form von:

- 2,4 Milliarden Euro Nachfrage (nach Abzug von Steuern)
- 99.000 Arbeitsplätze
- 1,7 Milliarden Euro Nettoeinkommen aus Beschäftigung
- 2 Milliarden Euro parafiskalischer und fiskalischer Effekte

Diese Effekte werden überwiegend in der Region und in Schleswig-Holstein wirksam, denn im Vergleich zur Branchengröße ist die Sozialwirtschaft relativ kleinteilig organisiert. So werden benötigte Güter und Dienstleistungen vorwiegend aus der Region bezogen.

Die Freie Wohlfahrtspflege ist also nicht nur von volkswirtschaftlicher Bedeutung, sondern vor allem auch ein Standortfaktor. Durch sie werden öffentliche und private Mittel angezogen und schaffen vor Ort Arbeitsplätze und Wachstumsimpulse.

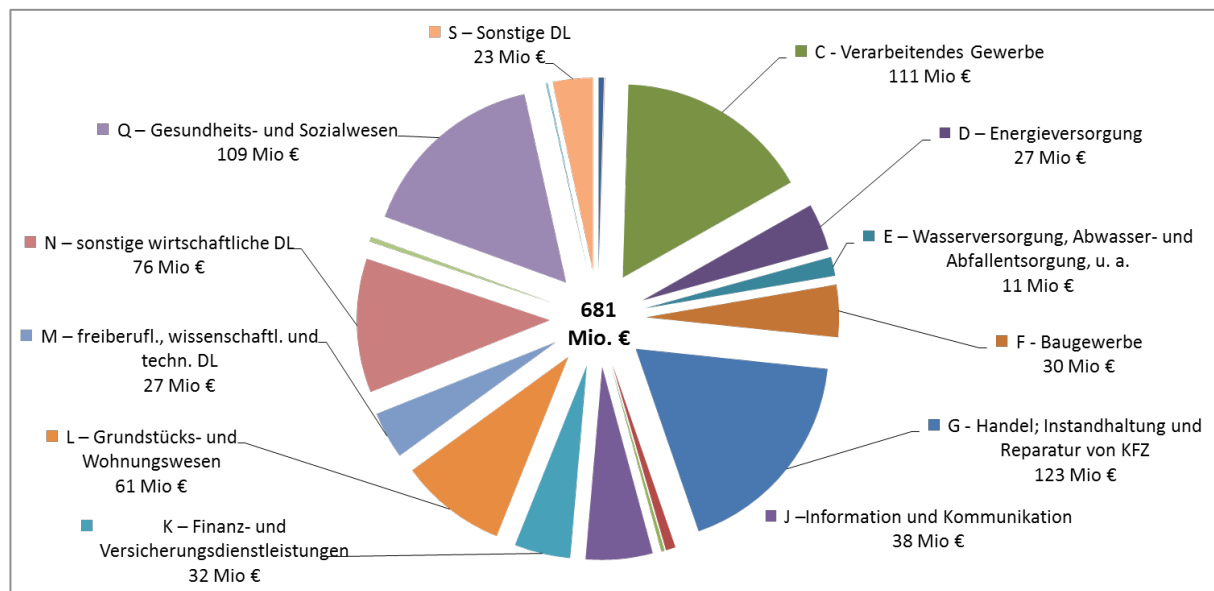
Gerade im ländlichen Raum und strukturschwachen Regionen ist die Freie Wohlfahrtspflege damit oft der größte Arbeitsgeber und von existenzieller Bedeutung für ortsansässige Unternehmen.



### 2.3.1.5 Nachfragestruktur der Freien Wohlfahrtspflege

Nicht alle Branchen profitieren in gleichem Maße von der Nachfrage der Freien Wohlfahrtspflege. Während die induzierten Effekte in ihrer Struktur dem durchschnittlichen privaten Konsumverhalten gleichen, zeigt die direkte Nachfrage ein für die Sozialwirtschaft charakteristisches Bild:

Abbildung 16: Nachfragestruktur der Freien Wohlfahrtspflege in Schleswig-Holstein 2014 (Hochrechnung auf Basis der Stichprobe)



Insgesamt fragt die Freie Wohlfahrtspflege Schleswig-Holsteins im Jahr 2014 Güter und Dienstleistungen mit einem Nettowert von rund 681 Millionen Euro nach. Am stärksten profitieren dabei folgende Branchen (Abschnitte nach WZ 2008)<sup>26</sup>:

1. Abschnitt G: Handel, Instandhaltung und Reparatur von KFZ (18 % der Nachfrage durch die Freie Wohlfahrtspflege), davon:
  - 13 % Großhandel
  - 5 % Einzelhandel
2. Abschnitt C: verarbeitendes Gewerbe (16 % der Nachfrage durch die Freie Wohlfahrtspflege), davon:
  - 7 % Nahrungsmittel- und Getränke
  - 3 % Pharmazeutische Erzeugnisse
  - 3 % Herstellung von Möbeln und sonstigen Waren
  - 3 % Sonstiges
3. Abschnitt Q: Gesundheits- und Sozialwesen (16 % der Nachfrage durch die Freie Wohlfahrtspflege), davon:
  - 15 % Dienstleistungen des Gesundheitswesens
  - 1 % Dienstleistungen von Heimen und des Sozialwesens

<sup>26</sup> Eigene Berechnung auf Grundlage der Stichprobenerhebung und den Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Input-Output-Rechnung. Quelle: Vgl. Statistisches Bundesamt (2014)

4. Abschnitt N: Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen, davon:

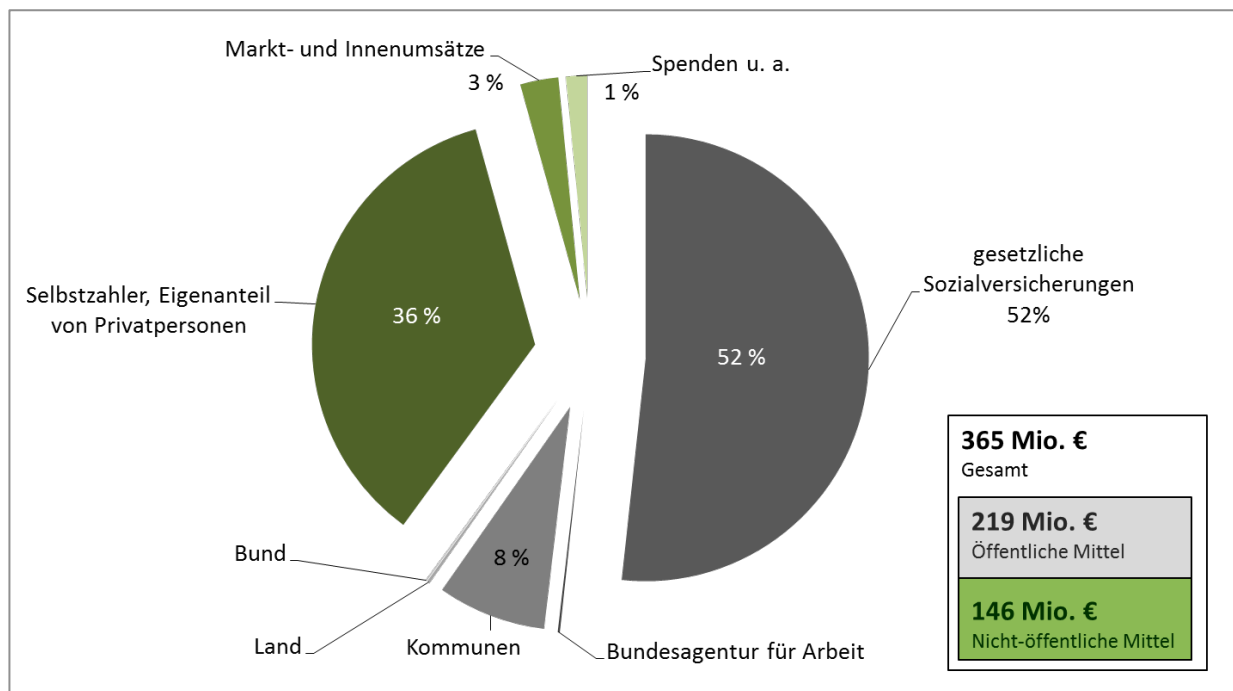
- 7 % Reinigung und Verwaltung von Gebäuden, Garten und Landschaftsbau, Sekretariats- und Bürodienste, Sonstiges
- 2 % Dienstleistung der Vermietung von beweglichen Sachen
- 2 % Sonstiges

**2.3.2 Altenhilfe**

Die Altenhilfe zählt, gemessen an den Mitarbeiterzahlen und Umsatzvolumina, zu einem der größten Arbeitsfelder der Freien Wohlfahrtspflege. Die Stichprobe umfasst hier insgesamt 15 Einrichtungen, darunter 6 ambulante Dienste, 7 stationäre Einrichtungen und 2 Tageseinrichtungen für Senioren. Hochgerechnet auf die gesamte Freie Wohlfahrtspflege in Schleswig-Holstein ergibt sich für das Jahr 2014 ein Gesamtumsatz von 365 Millionen Euro.

**2.3.2.1 Finanzierungsstruktur**

Abbildung 17: Finanzierungsstruktur in der Altenhilfe der Freien Wohlfahrtspflege in Schleswig-Holstein 2014 (Hochrechnung auf Basis der Stichprobe)



Die Finanzierungsstruktur in der Altenhilfe ist geprägt durch einen, für soziale Angebote vergleichsweise hohen Anteil von Eigenbeiträgen. Die gepflegten und betreuten Personen tragen zusammen mit ihren Angehörigen etwas mehr als ein Drittel der Kosten. Darunter fallen die Kosten für Unterkunft und Verpflegung genauso wie Pflegekosten, die über die Leistungen der Pflegeversicherung hinausgehen.

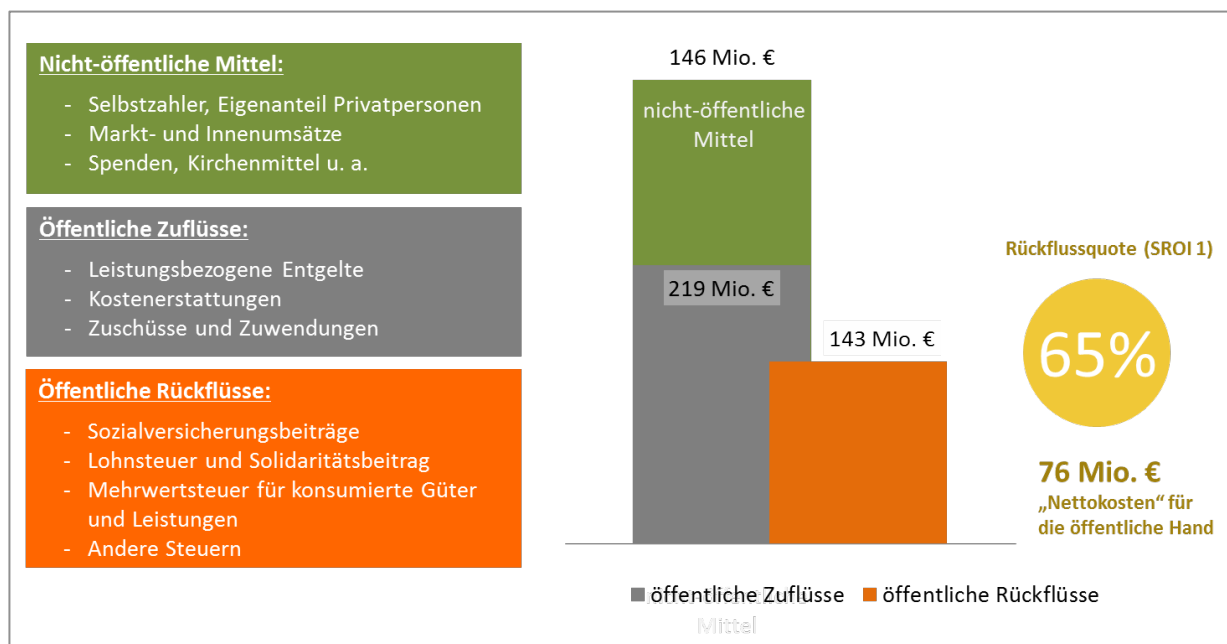
Können Pflegebedürftige diesen Beitrag aus eigenen Mitteln nicht aufbringen und sind auch unterhaltspflichtige Angehörige nicht finanzkräftig genug, leisten die Kommunen „Hilfe zur Pflege“ gemäß § 61 ff. SGB XII.<sup>27</sup> Die Träger der Freien Wohlfahrtspflege erzielen auf diese Weise rund 8 % ihres Umsatzes in der Altenhilfe.

<sup>27</sup> Im Berichtsjahr 2014 erhielten die Kommunen die Ausgaben für geleistete „Hilfe zur Pflege“ größtenteils vom Land zurück. Ab dem Jahr 2015 finanziert das Land die „Hilfen zur Pflege“ zu 79 % (vgl. § 8 AG-SGB XII), die restlichen 21 % der Kosten verbleiben bei der zuständigen Kommune.

Hauptkostenträger ist die Pflegeversicherung, sie trägt den größten Anteil an Pflegekosten und steuert so, gemeinsam mit den weiteren Sozialversicherungen, 52 % der Gesamtmittel in der Altenhilfe bei.

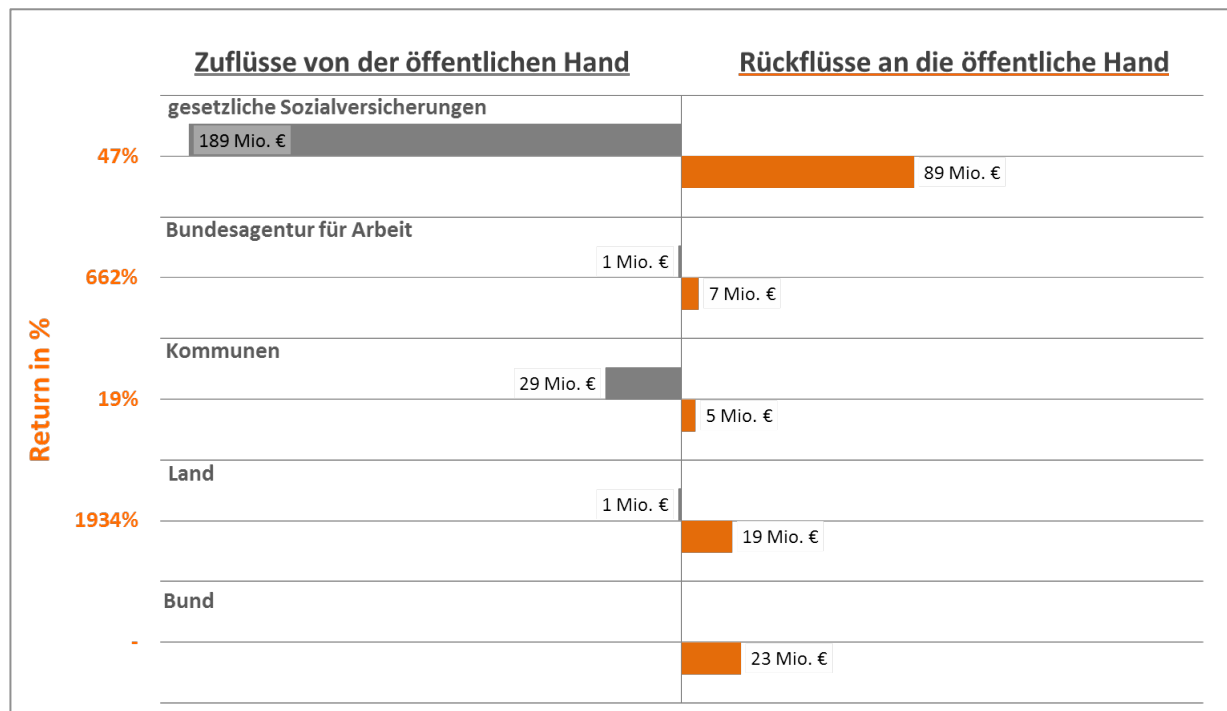
### 2.3.2.2 Transferanalyse

Abbildung 18: Gegenüberstellung der öffentlichen und nichtöffentlichen Zuflüsse und Rückflüsse für die Altenhilfe der Freien Wohlfahrtspflege in Schleswig-Holstein 2014 (Hochrechnung auf Basis der Stichprobe)



Für ihre Angebote im Bereich der Altenhilfe erhielten die Freie Wohlfahrtspflege in Schleswig-Holstein im Jahr 2014 etwa 219 Millionen Euro von der öffentlichen Hand. Dem gegenüber stehen fiskalische und parafiskalische Rückflüsse in Höhe von 143 Millionen Euro. Das entspricht einer Rückflussquote von 65 % (SROI 1) und gesellschaftlichen Nettokosten in Höhe von 76 Millionen Euro. Die Rückflussquote ist damit in diesem Arbeitsfeld am höchsten. Ursache hierfür sind die hohen Einnahmen aus Privatmitteln: 146 Millionen Euro, die zusätzlich zu den öffentlichen Mitteln wirtschaftliche und fiskalische Wirkung entfalten.

Abbildung 19: Gegenüberstellung der Zuflüsse und Rückflüsse für die Altenhilfe der Freien Wohlfahrtspflege in Schleswig-Holstein 2014 nach öffentlichen Akteuren (Hochrechnung auf Basis der Stichprobe)



Hauptfinanzier der Altenhilfe sind die Sozialversicherungen, gleichzeitig erhalten diese aber auch den größten Anteil der öffentlichen Rückflüsse und damit nahezu die Hälfte ihrer Ausgaben zurück.

Die Kommunen und das Land<sup>28</sup> tragen gemeinsam den Großteil der restlichen öffentlichen Zuflüsse, über Steuern und erhöhte Schlüsselzuweisungen fließen jedoch rund 80 % des Betrages wieder an sie zurück.

Die beste Transferbilanz weist der Bund auf, ohne sich an den Zuflüssen beteiligen zu müssen, erhält er 23 Millionen Euro an Rückflüssen. Auch die Bundesagentur für Arbeit profitiert: sie erhält Rückflüsse die ihre geleisteten Zuflüsse um mehr als 500 % übersteigen.

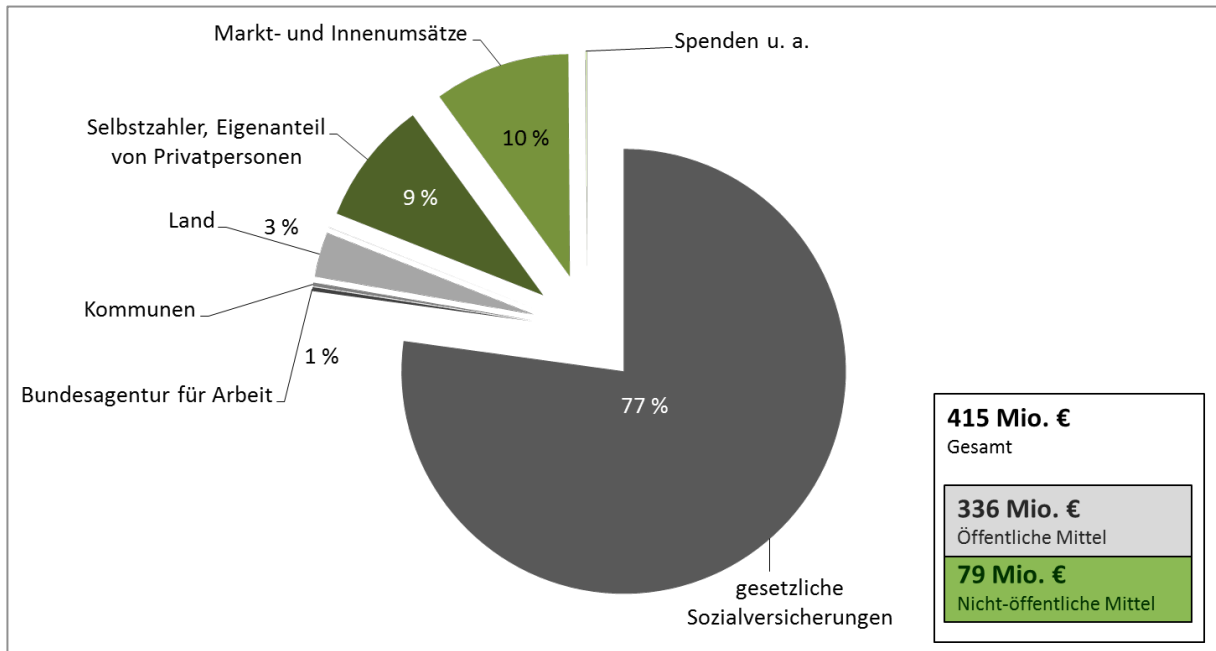
### 2.3.3 Gesundheitshilfe (Krankenhäuser)

Stationäre Angebote der Gesundheitshilfe bzw. Krankenhäuser stellen nur 1 % aller Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege in Schleswig-Holstein. Diese Einrichtungen sind jedoch so groß, dass sie rund 14 % aller erbrachten Arbeitsstunden und 15 % des Gesamtumsatzes der Freien Wohlfahrtspflege abbilden. Damit ist die Gesundheitshilfe das drittgrößte Arbeitsfeld der Freien Wohlfahrtspflege in Schleswig-Holstein.

<sup>28</sup> Im Berichtsjahr 2014 erhielten die Kommunen die Ausgaben für geleistete „Hilfe zur Pflege“ größtenteils vom Land zurück. Ab dem Jahr 2015 finanziert das Land die „Hilfen zur Pflege“ zu 79 % (vgl. § 8 AG-SGB XII), die restlichen 21 % der Kosten verbleiben bei der zuständigen Kommune.

**2.3.3.1 Finanzierungsstruktur**

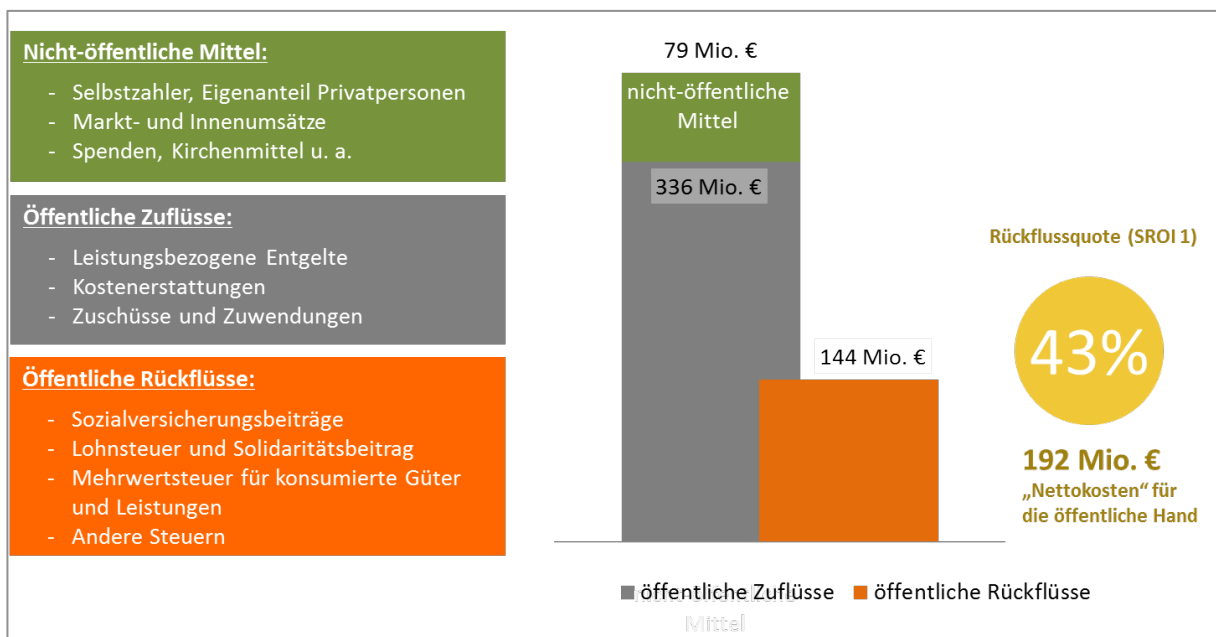
Abbildung 20: Finanzierungsstruktur in der Gesundheitshilfe der Freien Wohlfahrtspflege in Schleswig-Holstein 2014 (Hochrechnung auf Basis der Stichprobe)



Finanziert wird die Gesundheitshilfe überwiegend durch die Sozialversicherungsträger, sie tragen mehr als drei Viertel der Gesamtkosten. Jeweils etwa ein Zehntel der Gesamtfinanzierung erzielen die Einrichtungen durch Eigenbeiträge von Privatpersonen und Markt- und Innenumsätze.

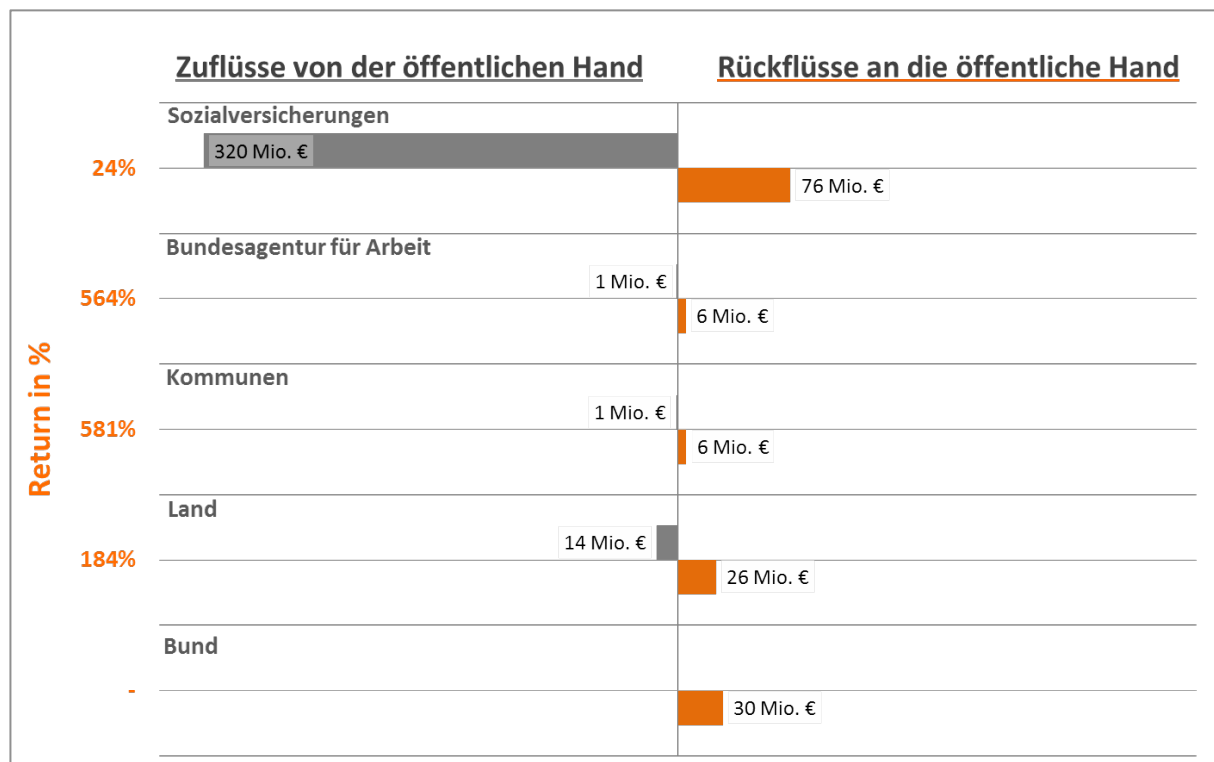
**2.3.3.2 Transferanalyse**

Abbildung 21: Gegenüberstellung der öffentlichen und nichtöffentlichen Zuflüsse und Rückflüsse für die Gesundheitshilfe der Freien Wohlfahrtspflege in Schleswig-Holstein 2014 (Hochrechnung auf Basis der Stichprobe)



Im Jahr 2014 erhielten die Krankenhäuser der Freien Wohlfahrtspflege in Schleswig-Holstein insgesamt 336 Millionen Euro an öffentlichen Mitteln. Dem gegenüber stehen Steuer- und Beitragszahlungen von 144 Millionen Euro. Somit betragen die gesellschaftlichen Nettokosten jährlich 192 Millionen Euro bei einer Rückflussquote von 43 %.

Abbildung 22: Gegenüberstellung der Zuflüsse und Rückflüsse für die Gesundheitshilfe der Freien Wohlfahrtspflege in Schleswig-Holstein 2014 nach öffentlichen Akteuren (Hochrechnung auf Basis der Stichprobe)



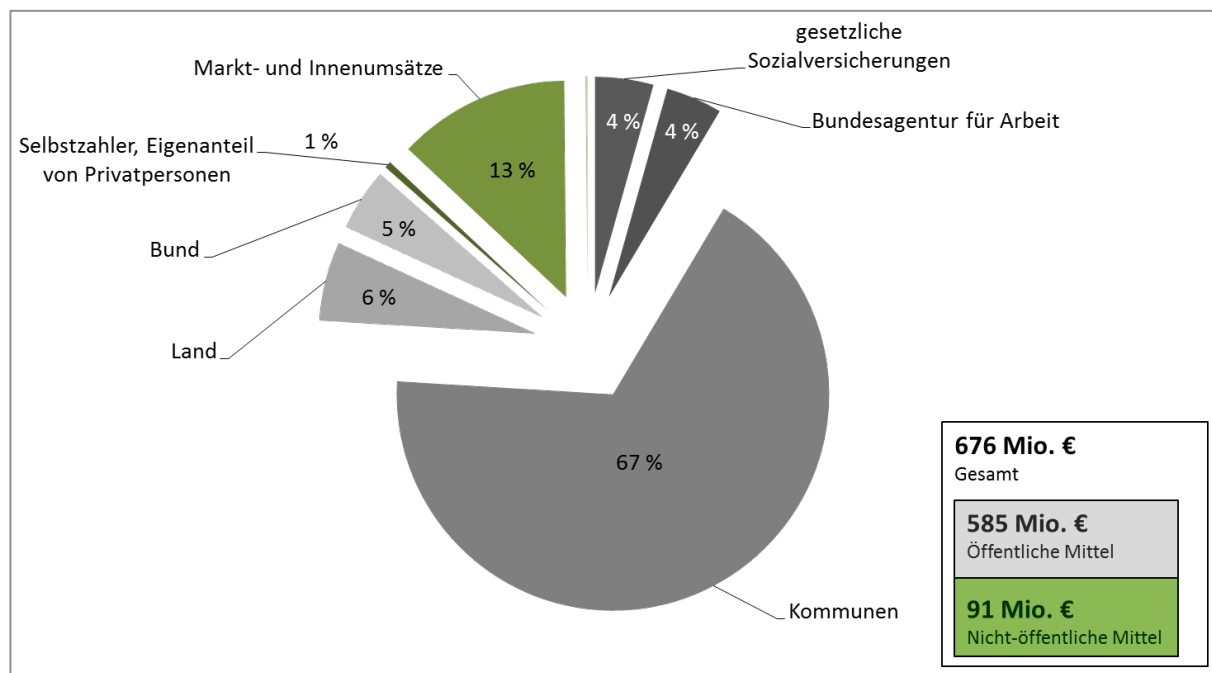
Während die Träger der gesetzlichen Sozialversicherungen jährlich 320 Millionen Euro an die Einrichtungen der stationären Gesundheitshilfe zahlen, erhalten sie von diesen 76 Millionen Euro an Beitragszahlungen. Das entspricht einer „Refinanzierungsquote“ von 24 %. Damit sind die Sozialversicherungsträger mit deutlichem Abstand größter Financier der Angebote, erhalten jedoch auch mehr als die Hälfte der gesamten öffentlichen Rückflüsse. Die Bundesagentur für Arbeit (+ 5 Millionen Euro), die Kommunen (+ 5 Millionen Euro), das Land (+ 12 Millionen Euro) und der Bund (+ 30 Millionen) Euro erhalten allesamt Rückflüsse die in ihrer Höhe jeweils deutlich über den geleisteten Finanzierungsbeiträgen liegen.

### 2.3.4 Behindertenhilfe

Die Behindertenhilfe ist 2014 mit nahezu 700 Millionen Euro Jahresumsatz das größte Arbeitsfeld der Freien Wohlfahrtspflege in Schleswig-Holstein. Zu ihr gehören Angebote im stationären und ambulanten Wohnen, Werkstätten für Menschen mit Behinderungen und Tagesförderangebote.

#### 2.3.4.1 Finanzierungsstruktur

Abbildung 23: Finanzierungsstruktur in der Behindertenhilfe der Freien Wohlfahrtspflege in Schleswig-Holstein 2014 (Hochrechnung auf Basis der Stichprobe)

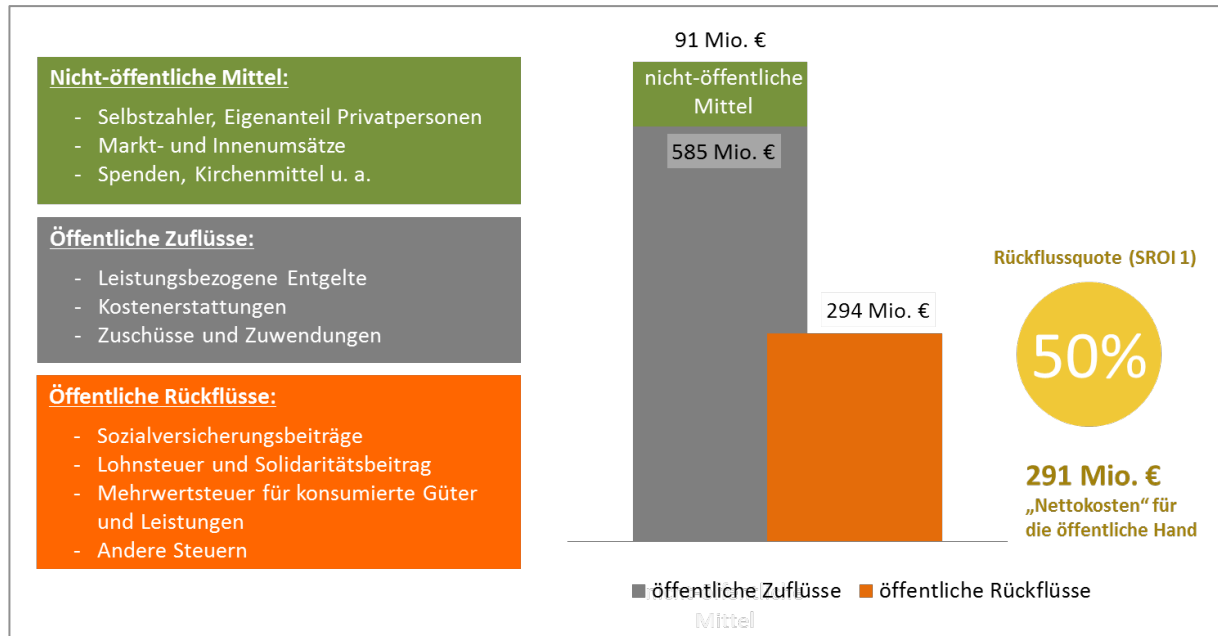


Die Leistungen der Behindertenhilfe werden in Schleswig-Holstein zu drei Vierteln von den Kommunen finanziert, diese Kosten werden den Kommunen jedoch überwiegend vom Land zurück-erstattet.<sup>29</sup> Weitere 13 % der Einnahmen in der Behindertenhilfe stammen aus Markt- und Innenumsätze, die größtenteils von Werkstätten für Menschen mit Behinderung durch die Vermarktung ihrer Produkte und Leistungen erzielt werden.

<sup>29</sup> Im Berichtsjahr 2014 finanzierte das Land die Leistungen der Eingliederungshilfe in stationären Einrichtungen und in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen komplett. Seit 2015 finanziert das Land 79 % aller Leistungen der Eingliederungshilfe. (vgl. § 8 AG-SGB XII)

**2.3.4.2 Transferanalyse**

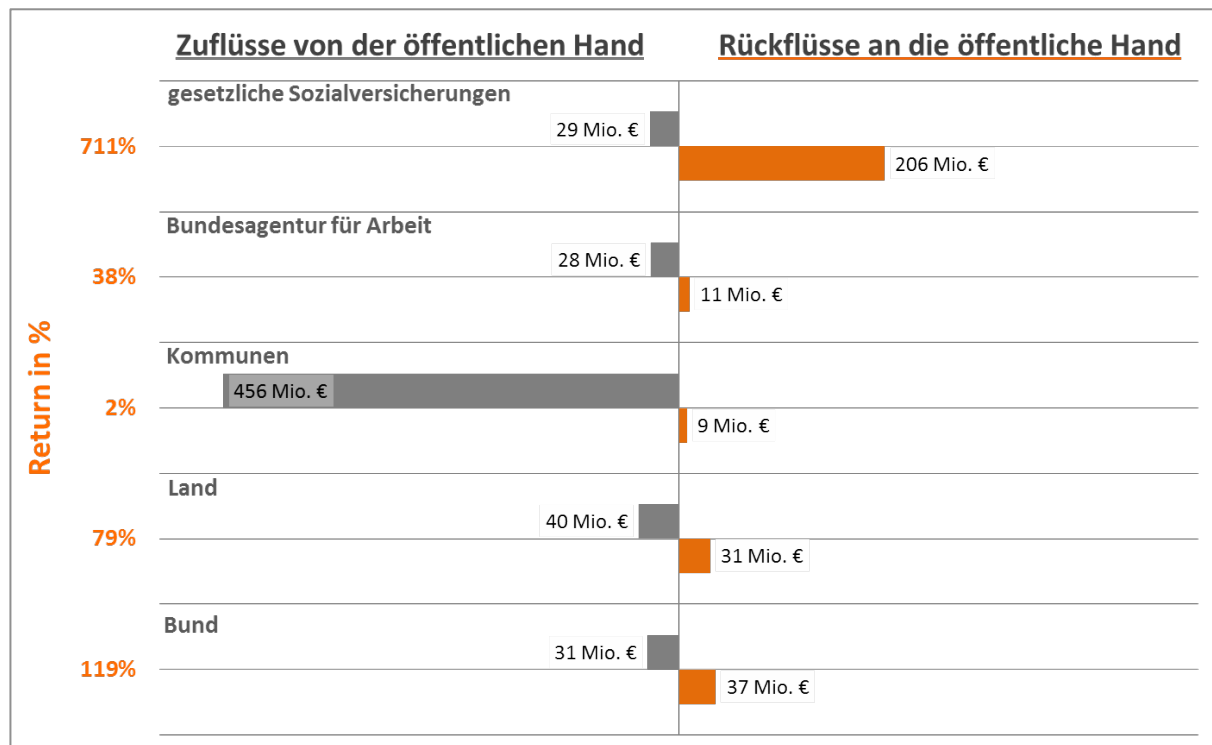
Abbildung 24: Gegenüberstellung der öffentlichen und nichtöffentlichen Zuflüsse und Rückflüsse für die Behindertenhilfe der Freien Wohlfahrtspflege in Schleswig-Holstein 2014 (Hochrechnung auf Basis der Stichprobe)



Nimmt man alle öffentlichen Akteure zusammen, so erhalten diese etwa 50 % der Mittel, die sie an Einrichtungen und Dienste der Behindertenhilfe zahlen, zurück. Die Kosten der öffentlichen Hand sinken damit von 585 Millionen Euro auf 291 Millionen Euro jährlich, wenn man die Rückflüsse in die Betrachtung einbezieht.



Abbildung 25: Gegenüberstellung der Zuflüsse und Rückflüsse für die Behindertenhilfe der Freien Wohlfahrtspflege in Schleswig-Holstein 2014 nach öffentlichen Akteuren (Hochrechnung auf Basis der Stichprobe)

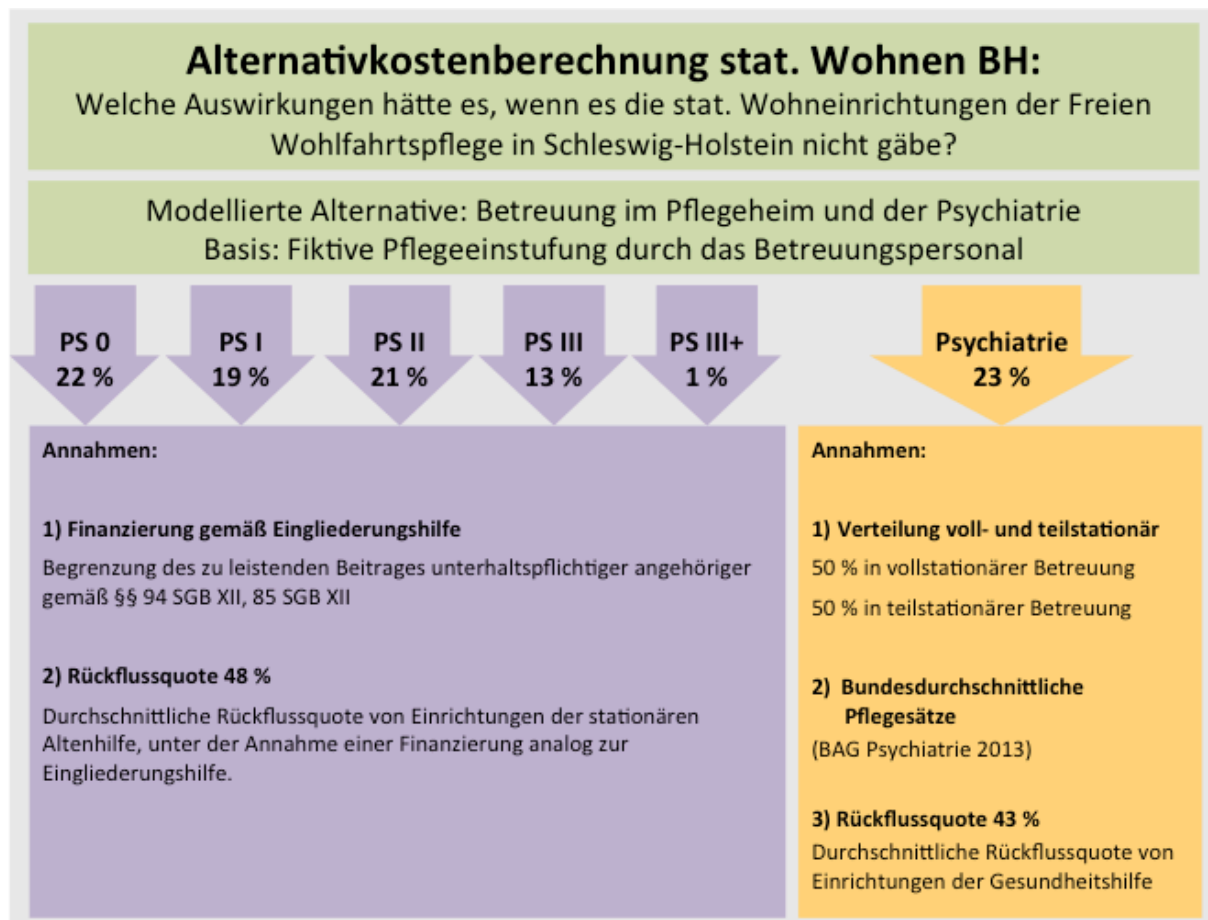


Auch für die Behindertenhilfe gilt: den größten Teil der öffentlichen Rückflüsse nehmen die Kassen der gesetzlichen Sozialversicherungen ein. Die Kommunen und das Land stemmen zusammen jährlich knapp eine halbe Milliarde Euro zur Finanzierung der Behindertenhilfe und erhalten 40 Millionen Euro an Steuereinnahmen.

### 2.3.4.3 Alternativbetrachtung stationäres Wohnen

Die Freie Wohlfahrtspflege in Schleswig-Holstein betreute im Jahr 2014 rund 7.800 Menschen mit Behinderungen in stationären Wohneinrichtungen. Als alternative Betreuungsform wurde die Betreuung dieser Personen in einem Pflegeheim modelliert. Dabei ist festzustellen, dass dies nur eine theoretische Alternative sein kann und keine bedarfsgerechte Versorgung darstellt.

Abbildung 26: Modellschema für die Alternativkostenberechnung

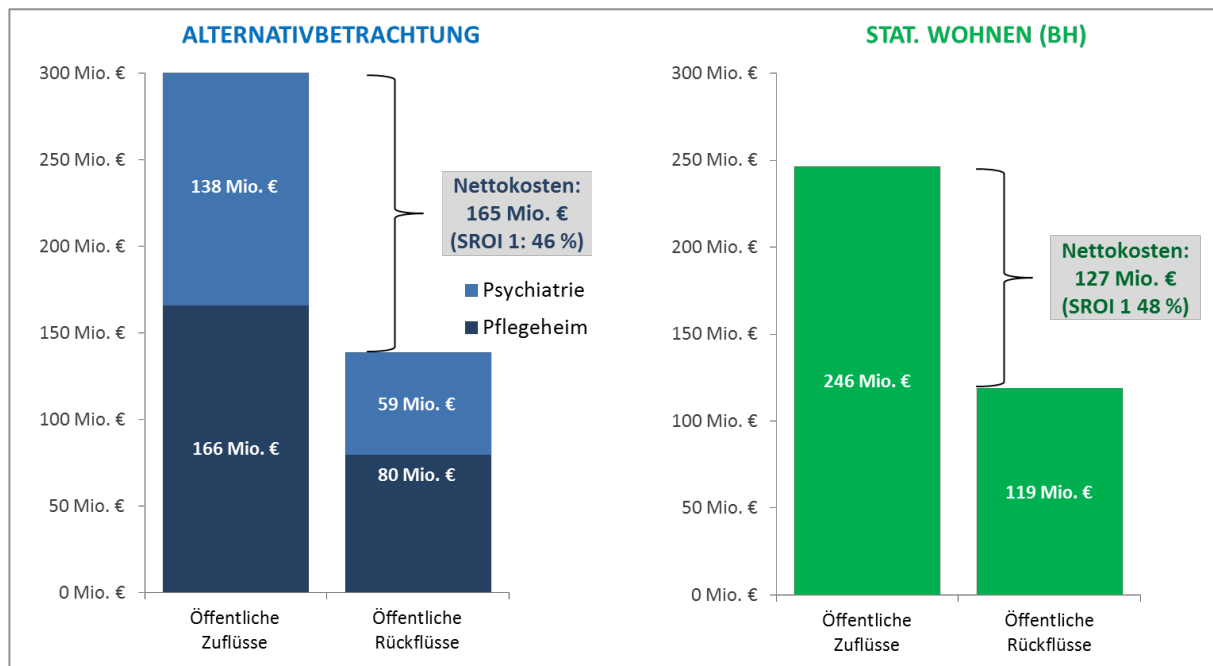


Basis des Alternativkostenmodells sind Klientendaten, die von den an der Stichprobenerhebung teilnehmenden stationären Wohneinrichtungen erhoben wurden. Das Betreuungspersonal in den Einrichtungen hat dafür eine Einschätzung vorgenommen, welche Pflegestufe jeweils angesetzt werden müsste, würden ihre Bewohner in ein Pflegeheim umziehen. Maßgebend für die Einstufung waren hierbei die Richtlinien des GKV-Spitzenverbandes zur Begutachtung von Pflegebedürftigkeit nach dem XI. Buch des Sozialgesetzbuches. Aus dieser Einschätzung ergibt sich, dass für jeweils rund ein Fünftel der Bewohner eine Einstufung in die Pflegestufen 0, 1 oder 2 erfolgen würde. Pflegestufe 3 wird nur noch für 13 % als passend erachtet und der Härtefall (Pflegestufe 3+) gar nur für jeden hundertsten Bewohner.

Bei den verbleibenden 23 % der Personen handelt es sich um Menschen mit seelischer Behinderung, für diese wurde die Alternativversorgung in der offenen Psychiatrie modelliert. Dabei wurde jeweils hälftig von vollstationärer und teilstationärer Betreuungsform ausgegangen.

Zur Modellierung der Zu- und Rückflüsse der öffentlichen Hand wurden jeweils Durchschnittswerte und amtliche Parameter herangezogen.

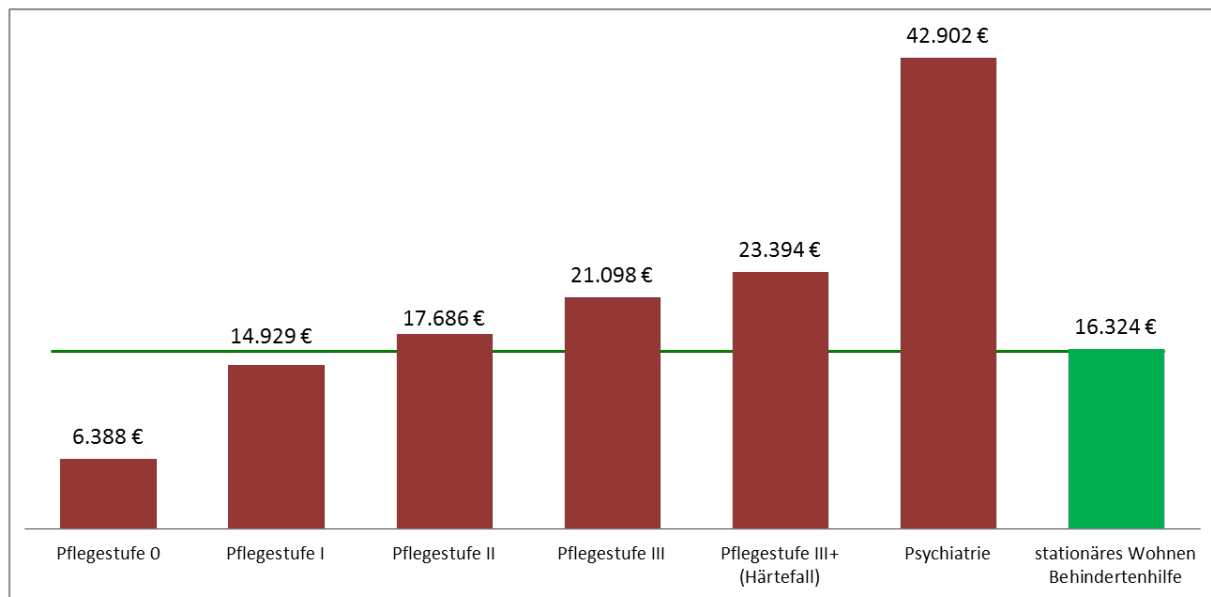
Abbildung 27: Alternativkostenvergleich für das stationäre Wohnen in der Behindertenhilfe der Freien Wohlfahrtspflege in Schleswig-Holstein 2014 (eigene Modellberechnung und Hochrechnung auf Basis der Stichprobe)



Durch eine alternative Betreuung im Pflegeheim entstünden für 77 % der Bewohner öffentliche Zuflüsse in Höhe von 166 Millionen Euro und öffentliche Rückflüsse in Höhe von 80 Millionen Euro. Die gesellschaftlichen Nettokosten lägen damit bei 86 Millionen Euro. Teurer hingegen wäre die Versorgung in psychiatrischen Einrichtungen: für gerade einmal 23 % der Personen entstünden gesellschaftliche Nettokosten in nahezu gleicher Höhe (79 Millionen Euro).

Gemeinsam weisen die betrachteten Alternativen mit 46 % eine Rückflussquote auf, die jener bei der Versorgung im stationären Wohnen (48 %) sehr nahe kommt. Die Alternative weist jedoch um 38 Millionen Euro höhere Nettokosten auf und wäre somit um 30 % teurer.

Abbildung 28: Vergleich der Alternativen zum stationären Wohnen in der Eingliederungshilfe hinsichtlich der jährlichen Nettokosten pro Fall (Zuflüsse abzüglich Rückflüsse) (Modell und Hochrechnung auf Basis der Stichprobe)



Betrachtet man die durchschnittlichen jährlichen Nettokosten pro Person, so zeigt sich, dass insbesondere die Versorgung in einer psychiatrischen Einrichtung erheblich teurer gegenüber stationären Wohneinrichtungen der Behindertenhilfe wäre.

In Pflegeeinrichtung ist es von der Pflegestufe abhängig ob die Alternative oder die bisherige Leistungsform günstiger ist. Dieser Befund darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass für das stationäre Wohnen ein Durchschnittswert gilt, der Personen mit ganz unterschiedlichem Betreuungsaufwand zusammenfasst. Eine Person mit Pflegestufe 0 bindet auch in einer stationären Wohneinrichtung der Behindertenhilfe für gewöhnlich weniger Ressourcen als eine Person für die Pflegestufe 3 angesetzt würde. Ein Wegfall der Personengruppe mit angenommener Pflegestufe 0 oder 1 hätte auf die Gesamtkosten im stationären Wohnen also einen geringeren Effekt als ein möglicher Wegfall anderer Personengruppen.

#### 2.3.4.4 Alternativbetrachtung Werkstätten für Menschen mit Behinderungen

Etwa 10.500 Menschen mit Behinderungen besuchten im Jahr 2014 den Berufsbildungs- oder Arbeitsbereich einer Werkstatt der Freien Wohlfahrtspflege. Diesen Menschen, denen der allgemeine Arbeitsmarkt zu diesem Zeitpunkt nicht zugänglich war, wird damit Teilhabe am Arbeitsleben ermöglicht. Durch ihre Arbeit werden Produktionswerte geschaffen, auch wenn dafür mitunter umfangreiche Betreuung notwendig ist. Würden diese Werkstätten und Arbeitsplätze durch Angebote zur Tagesbetreuung ersetzt, so ginge die Teilhabe der Werkstattbeschäftigten am Arbeitsleben ebenso verloren wie deren Arbeitsleistung.

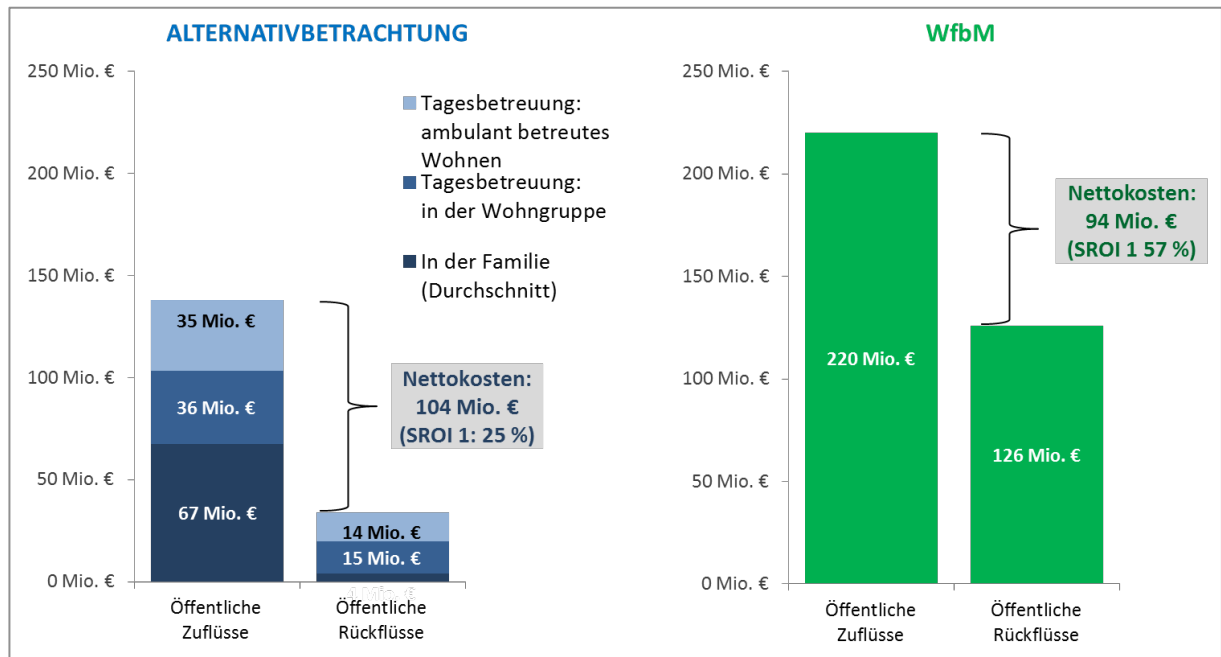
Um die monetäre Wirkung der Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben noch deutlicher herauszuarbeiten, gehen wir einen Schritt weiter und spannen eine – bewusst unrealistische – Alternativbetrachtung auf: Was wäre, wenn es die Werkstätten in Schleswig-Holstein nicht gäbe und die Menschen stattdessen den Tag ohne Arbeit zu Hause verbringen würden?

Abbildung 29: Modell der Alternativbetrachtung zur WfbM

<b>Alternativkostenberechnung WfbM:</b> Welche Auswirkungen hätte es, wenn es die WfbM der Freien Wohlfahrtspflege in Schleswig-Holstein nicht gäbe?		
Modellierte Alternative: Verbringen des Tages zu Hause Basis: Nettoarbeitszeit der Beschäftigten		
<b>Stationäres Wohnen</b> (26 % der Besch.)	<b>Ambulant b. Wo.</b> (15 % d. Besch.)	<b>In der Familie</b> (59 % der Besch.)
<b>Annahmen:</b> 100 % der Zeit Tagesbetreuung im Wohnen  35,25 € Mehrentgelt pro Tag, 365 Tage, Referenzwert aus SROI-Studie der BAG WfbM im Jahr 2013, mit Inflationsausgleich zu 2014	<b>Annahmen:</b> 30 % der Zeit über zusätzliche Fachleistungsstunden  (50 € Netto-FLS, mit 80 % Personalkostenanteil)	<b>Annahmen:</b> 1) 70 % der Zeit durch Angehörige abgedeckt (verhinderte Beschäftigung) Ø Pflegestufe I, mind. 90 Min. Pflegezeit pro Tag  2) <b>Unterscheidung zweier Gruppen</b> a. <b>40- bis 50-jährige Beschäftigte</b> Rüstige Eltern im Rentenalter können Betreuung ohne Einkommenseinbußen übernehmen. b. <b>Alle anderen</b> Mit einer Wahrscheinlichkeit von 85 % (Anteil Erwerbspersonen) muss das Familienmitglied, das die Betreuung übernimmt, die Erwerbstätigkeit um 70 % der ermittelten Ø-Werkstatt-Anwesenheitszeit verringern (Parameter: regionaler Ø-Lohn, Splittingtarif außer bei Alleinstehenden (Quote 40 %, Zensus 2011 Ø)). Bei Alleinstehenden: ggf. Aufstockung durch Grundsicherung.

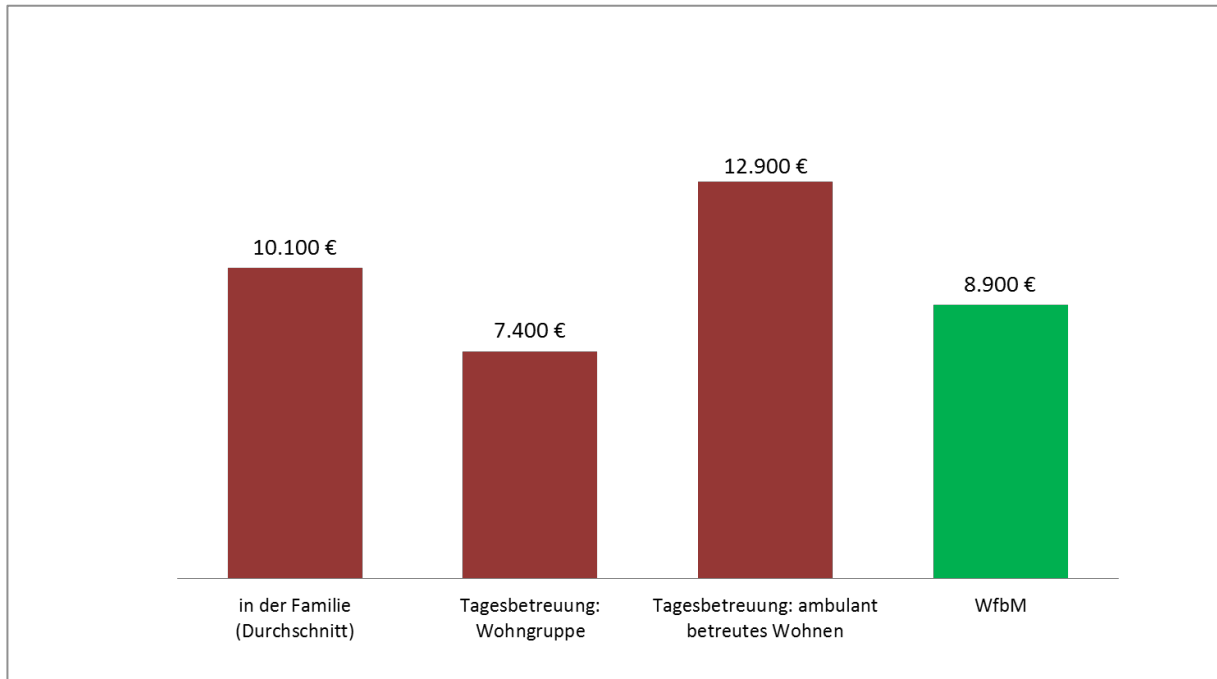
Bei der Modellierung der Alternative ist zwischen drei Settings zu unterscheiden, deren Struktur aus der Stichprobe gewonnen wurde: Erstens Personen, die in einer stationären Wohneinrichtung wohnen (26 %) und dort auch tagsüber betreut werden müssten, wenn sie nicht zur Werkstatt gingen. Zweitens Beschäftigte, die in einer eigenen Wohnung oder Wohngemeinschaft leben und ambulant betreut werden (15 %): Wären diese auch tagsüber Zuhause, bräuchten sie zusätzliche Betreuung über Fachleistungsstunden. Drittens Menschen mit Behinderungen die bei den Eltern wohnen (59 %): Hier müssten unter Umständen die Eltern oder andere Familienmitglieder tagsüber die Betreuung übernehmen. Je nachdem, in welchem Alter die Betreuungspersonen in der Familie sind, müssten sie dafür evtl. ihre eigene Erwerbstätigkeit einschränken.

Abbildung 30: Alternativkostenvergleich für die WfbM der Freien Wohlfahrtspflege in Schleswig-Holstein 2014 (eigene Modellberechnung und Hochrechnung auf Basis der Stichprobe)



Betrachtet man die öffentlichen Zu- und Rückflüsse der Alternativen und stellt sie denen der Werkstätten gegenüber, so stellt man fest, dass die Alternativen zwar wesentlich weniger öffentliche Mittel erhalten – auf den ersten Blick also günstiger scheinen, die Nettokosten mit 104 Millionen Euro jedoch sogar die der Werkstätten um 10 Millionen Euro übersteigen. Ursache hierfür ist, dass mehr als die Hälfte der Beschäftigten bei den Eltern wohnen und bei der Betreuung durch diese keine Rückflüsse (Steuer und Sozialabgaben) entstünden. Im Gegenteil: ist die Person, die fortan die Tagesbetreuung übernehmen müsste, eigentlich berufstätig, so wäre dies nur mit einer Einschränkung ihrer Berufstätigkeit denkbar. Dadurch würden Steuern und Sozialabgaben wegfallen, die Familie hätten weniger Arbeitseinkommen und müsste möglicherweise sogar zusätzliche staatliche Unterstützung in Anspruch nehmen.

Abbildung 31: Vergleich der Alternativen zur WfbM hinsichtlich der jährlichen Nettokosten pro Fall (Zuflüsse abzüglich Rückflüsse) (Modell und Hochrechnung auf Basis der Stichprobe)



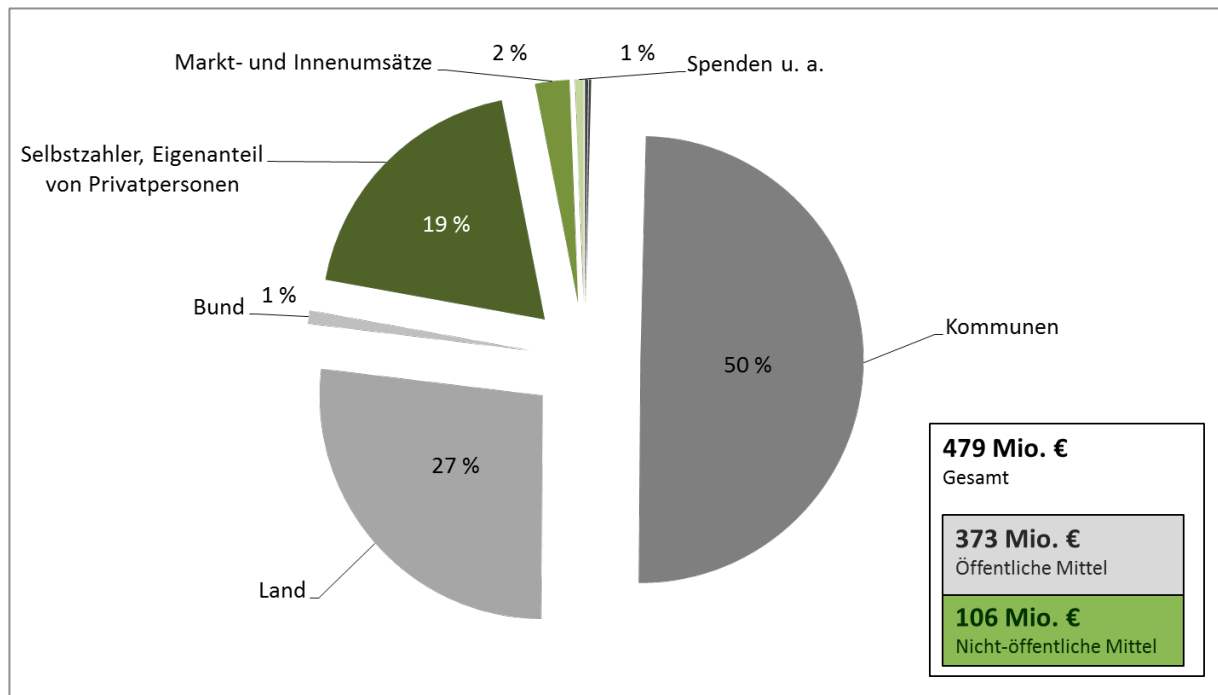
In der Einzelbetrachtung eines durchschnittlichen Falles pro Jahr ist die Betreuung in der Familie etwas teurer, die zusätzliche Tagesbetreuung in der stationären Wohngruppe etwas günstiger und die zusätzliche Betreuung im ambulant betreuten Wohnen deutlich teurer. Die Beschäftigung in Werkstätten der Freien Wohlfahrtspflege ist gesamtgesellschaftlich also günstiger als keine Werkstatteleistung anzubieten und ermöglicht den Beschäftigten zusätzlich am Arbeitsleben teilzuhaben.

### 2.3.5 Kinder- und Jugendhilfe

Knapp eine halbe Milliarde Euro setzen die Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege in Schleswig-Holstein im Jahr 2014 um und sind damit nach der Behindertenhilfe der umsatzstärkste Arbeitsbereich. Der Großteil der Umsätze – etwa 400 Millionen Euro – entsteht dabei in Kindertagesstätten (Kindergruppen, Kindergärten und Kinderhorten), in denen knapp 80.000 Kinder jede Woche durchschnittlich mehr als 30 Stunden betreut werden.

#### 2.3.5.1 Finanzierungsstruktur

Abbildung 32: Finanzierungsstruktur in der Kinder- und Jugendhilfe der Freien Wohlfahrtspflege in Schleswig-Holstein 2014 (Hochrechnung auf Basis der Stichprobe)

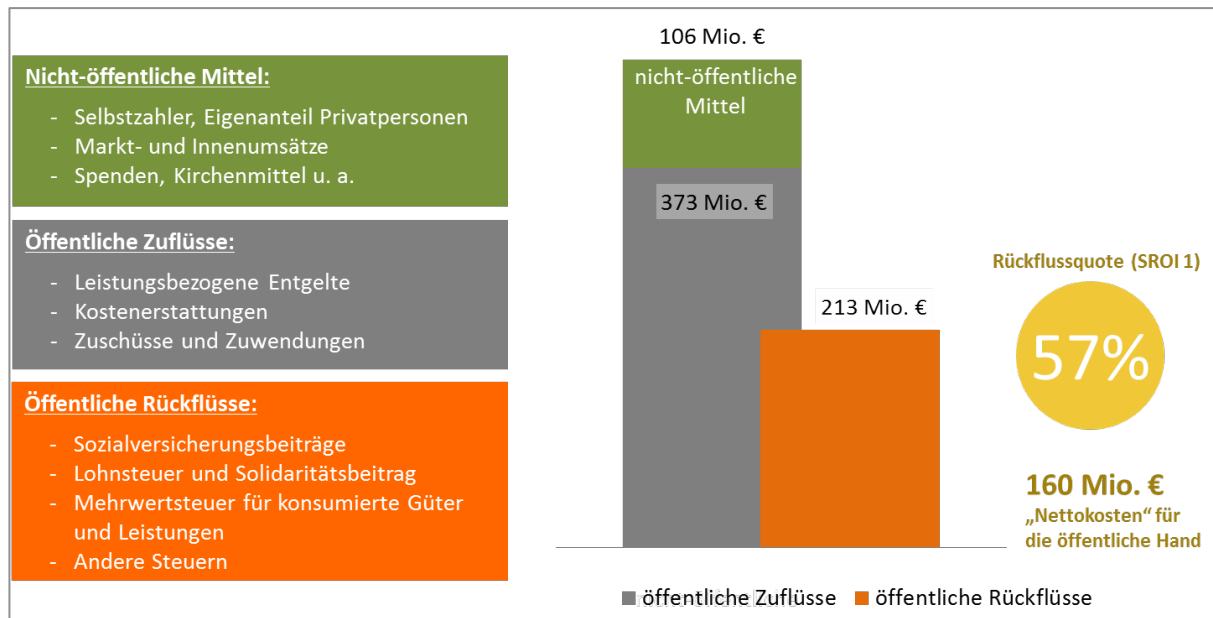


Die Finanzierung der Kinder- und Jugendhilfe baut im Wesentlichen auf drei Säulen auf: Anteile der Kommunen (50 %), Anteile des Landes (27 %) und Anteile von Selbstzahlern, Privatpersonen (19 %). Mehr als 80 % der Umsätze entstehen dabei in Kindertageseinrichtungen (Kindergruppe, Kindergarten und Kinderort); auf diese ist auch der hohe Anteil an nicht-öffentlichen Mitteln zurückzuführen: pro betreutem Kind in einer Kindertageseinrichtung zahlen die Eltern durchschnittlich rund 190 Euro pro Monat an die Einrichtung, von der öffentlichen Hand kommt durchschnittlich etwa das Dreifache hinzu.



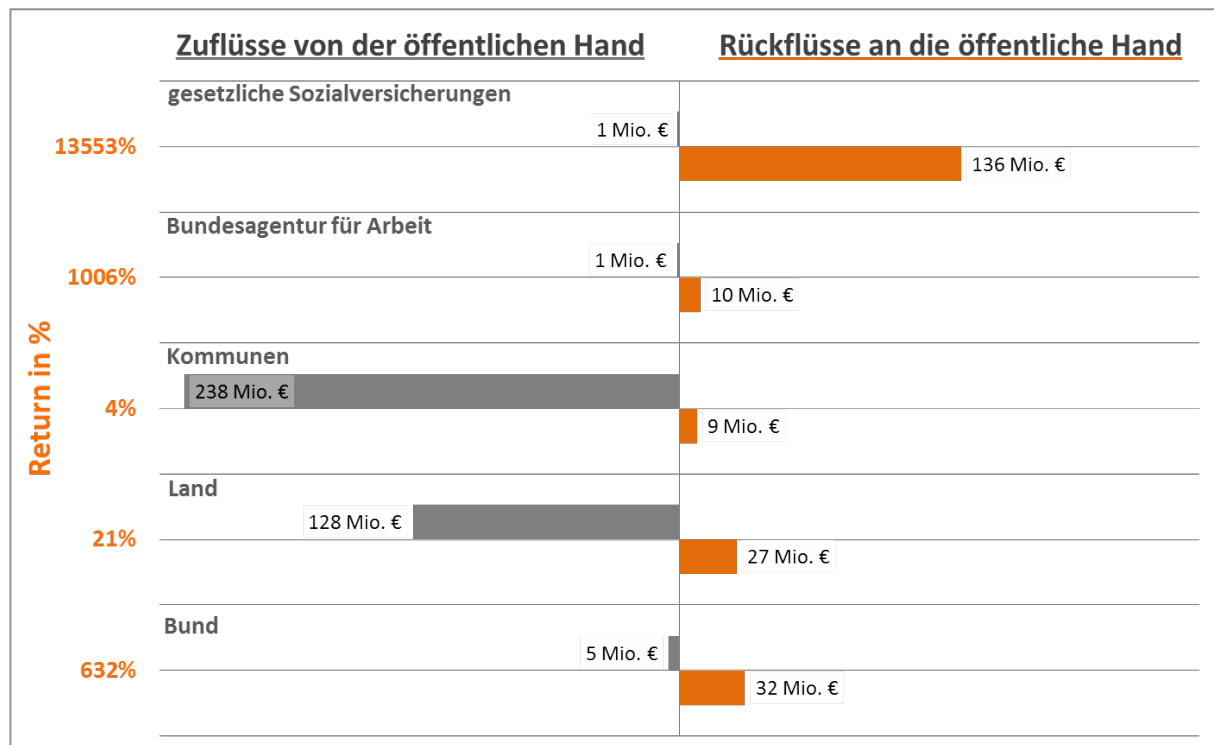
### 2.3.5.2 Transferanalyse

Abbildung 33: Gegenüberstellung der öffentlichen und nichtöffentlichen Zuflüsse und Rückflüsse für die Kinder- und Jugendhilfe der Freien Wohlfahrtspflege in Schleswig-Holstein 2014 (Hochrechnung auf Basis der Stichprobe)



Die Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege Schleswig-Holstein im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe erhielten im Jahr 2014 insgesamt 373 Millionen Euro an öffentlichen Mitteln. Hinzu kommen 106 Millionen Euro an nicht-öffentlichen Mitteln, die sich vor allem aus den Elternbeiträgen für Kindertageseinrichtungen speisen. Die Gesamtheit der öffentlichen Rückflüsse liegt bei 213 Millionen Euro. Die Nettokosten der öffentlichen Hand liegen also bei 160 Millionen Euro, was 43 % der Zuflüsse entspricht.

Abbildung 34: Gegenüberstellung der Zuflüsse und Rückflüsse für die Kinder- und Jugendhilfe der Freien Wohlfahrtspflege in Schleswig-Holstein 2014 nach öffentlichen Akteuren (Hochrechnung auf Basis der Stichprobe)



Die Transferanalyse - nach öffentlichen Stakeholdern differenziert – zeichnet ein deutliches Bild: Die gesetzlichen Sozialversicherungen erhalten 64 % der Rückflüsse, tragen aber nur minimal (0,3 %) zur Finanzierung bei. Umgekehrt verhält es sich bei den Kommunen, sie tragen den größten Anteil (64 %) der öffentlichen Zuflüsse, erhalten aber nur 4 % davon über Steuern zurück. Etwas günstiger ist die Bilanz für das Land; es erhält 21 % der gezahlten Mittel wieder.

### 2.3.5.3 Alternativbetrachtung Kindertagesbetreuung

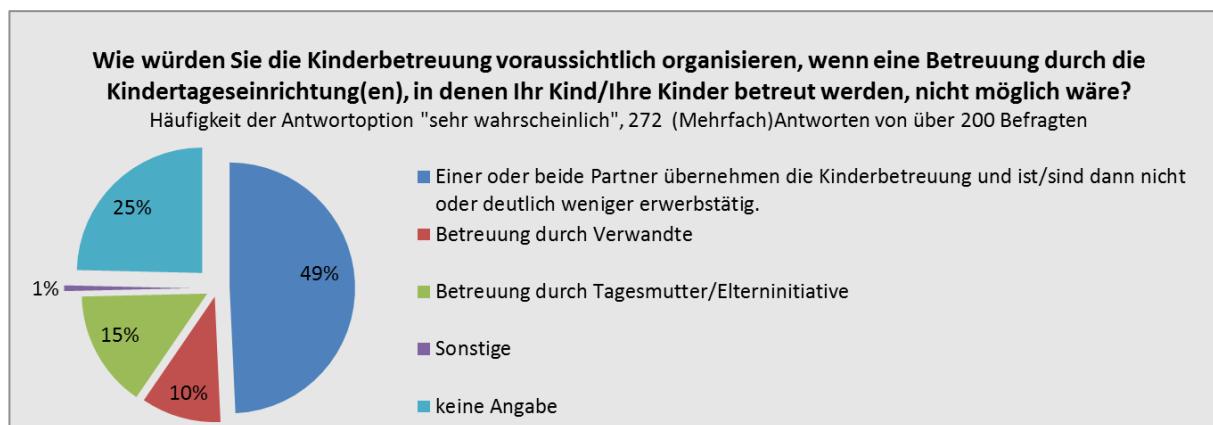
In dieser Studie wurde erstmals eine Berechnung der Kosten für alternative Formen der Kindertagesbetreuung durchgeführt, die eine Aussage auf der Ebene der Freien Wohlfahrtspflege eines Landes ermöglicht.

Hierfür wurden über 200 Familien, in denen mindestens ein Kind eine Kindertagesstätte der Freien Wohlfahrtspflege besucht, befragt. Sie schätzen ein, welche Auswirkungen es für die Familien hätte, wenn ihr Kind bzw. ihre Kinder nicht in einer Kindertageseinrichtung betreut werden könnten.

Der ausgegebene Fragenbogen umfasste neun Fragen, verteilt auf zwei DIN-A4-Seiten. Die Fragebögen wurden an jene Eltern ausgegeben, deren Kinder zum Erhebungszeitpunkt in einer der elf an der Strichprobenerhebung teilnehmenden Kindertagesstätten betreut wurden. Die anonyme Befragung erfolgte in papiergebunden („Paper-Pencil-Methode“) und lieferte über 200 gültige Datensätze.<sup>30</sup>

<sup>30</sup> Vgl. Anhang 6 (Fragebogen)

Abbildung 35: Befragungsergebnis: Einschätzung der Eltern bezüglich der alternativen Kinderbetreuung



Für den Fall, dass die Kinderbetreuung nicht durch eine Kindertageseinrichtung möglich wäre, gab knapp die Hälfte der befragten Eltern an, dass diese in der Folge ihre Erwerbstätigkeit einschränken müssten. Etwa ein Viertel würde die Kinderbetreuung anderweitig organisieren und das letzte Viertel machte hierzu keine Angaben.

Für diejenigen Eltern, die ihre Erwerbstätigkeit einschränken müssten, ginge damit in der Regel ein Verlust an Einkommen einher. Um die Einschränkung der Erwerbstätigkeit einerseits und den Verlust an Einkommen andererseits zu quantifizieren, wurden Angaben zum gegenwärtigen Umfang sowie der Erwerbstätigkeit beider Partner und den daraus resultierenden Einkommen abgefragt. Zusätzlich wurde um eine Einschätzung gebeten, in welchem Maße sich die Erwerbstätigkeit beider Elternteile jeweils verändern würde, wenn die Kinderbetreuung in der Kindertageseinrichtung nicht möglich wäre.

Tabelle 4: Befragungsergebnis: Einschätzung der Eltern bezüglich der Einschränkung ihrer Erwerbstätigkeit, wenn es keine Betreuung durch die Kindertageseinrichtung gäbe, ihre Angaben zum Nettoeinkommen und daraus errechnete Auswirkungen auf Steuern und Sozialversicherungsbeiträge sowie Hochrechnung auf die Freie Wohlfahrtspflege in Schleswig-Holstein (auf Basis der Stichprobe)

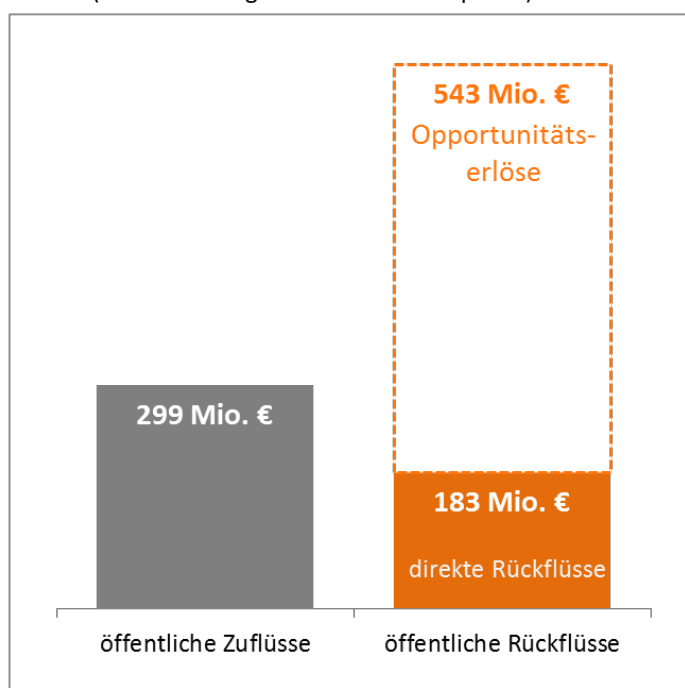
		pro Familie	Schleswig-Holstein FW gesamt
Arbeitszeit (in Wochenstd.)	mit KiTa	57	3.332.802
	ohne KiTa	41	2.368.734
	Differenz	17	964.068
Nettoeinkommen aus Erwerbstätigkeit (jährlich)	mit KiTa	45.224 €	2632 Mio. €
	ohne KiTa	36.235 €	2109 Mio. €
	Differenz	8.988 €	523 Mio. €
Einnahmen der öffentlichen Hand aus Erwerbstätigkeit (Steuern und Sozialversicherungsbeiträge) (jährlich)	mit KiTa	32.902 €	1915 Mio. €
	ohne KiTa	23.572 €	1372 Mio. €
	Differenz	9.330 €	543 Mio. €

Der Mittelwert über alle Befragten macht deutlich: die Einschränkung hätte deutliche Folgen für die Familien. Die gemeinsame wöchentliche Arbeitszeit (57 Stunden) würde um rund 30 % (17 Stunden)

sinken. Das Nettojahreseinkommen aus Erwerbstätigkeit ginge pro Familie im Durchschnitt um knapp 20 % (9.000 Euro zurück), diese Differenz läge damit deutlich über den eingesparten Elternbeiträgen. Durch die Einschränkung der Erwerbstätigkeit gingen auch Steuereinnahmen und Sozialversicherungsbeiträge verloren. Im Mittel würden diese um mehr als 9.000 Euro pro Familie jährlich sinken.

Hochgerechnet auf die gesamten Kindertageseinrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege in Schleswig-Holstein werden so fast eine Millionen Wochenarbeitsstunden, ein Jahres-Nettoeinkommen aus Erwerbstätigkeit von 523 Millionen Euro und jährlich 543 Millionen Euro an parafiskalischen und fiskalischen Abgaben ermöglicht.

Abbildung 36: Gegenüberstellung der öffentlichen Zuflüsse und direkte und indirekte (Opportunitätserlöse) Rückflüsse für die Kindertageseinrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege in Schleswig-Holstein 2014 (Hochrechnung auf Basis der Stichprobe)



Insgesamt stehen so den jährlichen Zuflüssen der öffentlichen Hand an die Kindertageseinrichtungen in Höhe von 299 Millionen Euro direkte und indirekte (Opportunitätserlöse) Rückflüsse in Höhe von 726 Millionen Euro gegenüber. Jeder Euro, den die öffentliche Hand in die Kinderbetreuung durch Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege investiert, ermöglicht demzufolge Rückflüsse an die öffentliche Hand in Höhe von 2 Euro und 43 Cent.

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Tätige Personen in sozialwirtschaftlich relevanten Wirtschaftszweigen/Freier Wohlfahrtspflege in Schleswig-Holstein 2014 (bzw. 2015).....	8
Abbildung 2:	Pflegebedürftige in Schleswig-Holstein (jeweils zum 15.12. des Jahres).....	10
Abbildung 3:	Versorgung in der Pflege nach Trägerschaft in Schleswig-Holstein (jeweils zum 15.12. des Jahres).....	10
Abbildung 4:	Krankenhäuser nach Trägerschaft in Schleswig-Holstein (jeweils zum 15.12. des Jahres).....	11
Abbildung 5:	Kinder in Tageseinrichtungen in Schleswig-Holstein, im Alter von ... bis unter ... Jahren (jeweils zum 01.03. des Jahres).....	12
Abbildung 6:	Empfänger von Eingliederungshilfe für behinderte Menschen in Schleswig-Holstein – ausgewählte Hilfearten.....	13
Abbildung 7:	Tätige Personen/Beschäftigte der Sozialwirtschaft in Schleswig-Holstein im Branchenvergleich .....	14
Abbildung 8:	Verteilung Einkommensklassen Nettomonatseinkommen 2014 in Schleswig-Holstein (Erwerbstätige) .....	14
Abbildung 9:	Finanzierungsstruktur der Freien Wohlfahrtspflege in Schleswig Holstein 2014 (Hochrechnung auf Basis der Stichprobe) .....	18
Abbildung 10:	Finanzierungsstruktur der Freien Wohlfahrtspflege in Schleswig-Holstein 2014 nach Arbeitsfeldern (Hochrechnung auf Basis der Stichprobe).....	19
Abbildung 11:	Gegenüberstellung der öffentlichen und nichtöffentlichen Zuflüsse und Rückflüsse der Freien Wohlfahrtspflege in Schleswig-Holstein 2014 (Hochrechnung auf Basis der Stichprobe).....	20
Abbildung 12:	Öffentlichen Zuflüsse und Rückflüsse der Freien Wohlfahrtspflege in Schleswig-Holstein 2014 nach Arbeitsfeldern (Hochrechnung auf Basis der Stichprobe).....	21
Abbildung 13:	Gegenüberstellung der Zuflüsse und Rückflüsse der Freien Wohlfahrtspflege in Schleswig-Holstein 2014 nach öffentlichen Akteuren (Hochrechnung auf Basis der Stichprobe).....	22
Abbildung 14:	Schematische Darstellung des verwendeten Modells zur Abbildung regionalökonomischer Multiplikatoreffekte.....	23
Abbildung 15:	Primärimpuls sowie direkte und induzierte wirtschaftliche Effekte der Freien Wohlfahrtspflege in Schleswig-Holstein 2014 (Hochrechnung auf Basis der Stichprobe).....	24
Abbildung 16:	Nachfragestruktur der Freien Wohlfahrtspflege in Schleswig-Holstein 2014 (Hochrechnung auf Basis der Stichprobe) .....	25
Abbildung 17:	Finanzierungsstruktur in der Altenhilfe der Freien Wohlfahrtspflege in Schleswig-Holstein 2014 (Hochrechnung auf Basis der Stichprobe).....	26
Abbildung 18:	Gegenüberstellung der öffentlichen und nichtöffentlichen Zuflüsse und Rückflüsse für die Altenhilfe der Freien Wohlfahrtspflege in Schleswig-Holstein 2014 (Hochrechnung auf Basis der Stichprobe) .....	27
Abbildung 19:	Gegenüberstellung der Zuflüsse und Rückflüsse für die Altenhilfe der Freien Wohlfahrtspflege in Schleswig-Holstein 2014 nach öffentlichen Akteuren (Hochrechnung auf Basis der Stichprobe).....	28
Abbildung 20:	Finanzierungsstruktur in der Gesundheitshilfe der Freien Wohlfahrtspflege in Schleswig-Holstein 2014 (Hochrechnung auf Basis der Stichprobe) .....	29
Abbildung 21:	Gegenüberstellung der öffentlichen und nichtöffentlichen Zuflüsse und Rückflüsse für die Gesundheitshilfe der Freien Wohlfahrtspflege in Schleswig-Holstein 2014 (Hochrechnung auf Basis der Stichprobe) .....	29



Abbildung 22: Gegenüberstellung der Zuflüsse und Rückflüsse für die Gesundheitshilfe der Freien Wohlfahrtspflege in Schleswig-Holstein 2014 nach öffentlichen Akteuren (Hochrechnung auf Basis der Stichprobe) ..... 30

Abbildung 23: Finanzierungsstruktur in der Behindertenhilfe der Freien Wohlfahrtspflege in Schleswig-Holstein 2014 (Hochrechnung auf Basis der Stichprobe) ..... 31

Abbildung 24: Gegenüberstellung der öffentlichen und nichtöffentlichen Zuflüsse und Rückflüsse für die Behindertenhilfe der Freien Wohlfahrtspflege in Schleswig-Holstein 2014 (Hochrechnung auf Basis der Stichprobe) ..... 32

Abbildung 25: Gegenüberstellung der Zuflüsse und Rückflüsse für die Behindertenhilfe der Freien Wohlfahrtspflege in Schleswig-Holstein 2014 nach öffentlichen Akteuren (Hochrechnung auf Basis der Stichprobe) ..... 33

Abbildung 26: Modellschema für die Alternativkostenberechnung ..... 34

Abbildung 27: Alternativkostenvergleich für das stationäre Wohnen in der Behindertenhilfe der Freien Wohlfahrtspflege in Schleswig-Holstein 2014 (eigene Modellberechnung und Hochrechnung auf Basis der Stichprobe) ..... 35

Abbildung 28: Vergleich der Alternativen zum stationären Wohnen in der Eingliederungshilfe hinsichtlich der jährlichen Nettokosten pro Fall (Zuflüsse abzüglich Rückflüsse) (Modell und Hochrechnung auf Basis der Stichprobe) ..... 36

Abbildung 29: Modell der Alternativbetrachtung zur WbfM ..... 37

Abbildung 30: Alternativkostenvergleich für die WfbM der Freien Wohlfahrtspflege in Schleswig-Holstein 2014 (eigene Modellberechnung und Hochrechnung auf Basis der Stichprobe) ..... 38

Abbildung 31: Vergleich der Alternativen zur WfbM hinsichtlich der jährlichen Nettokosten pro Fall (Zuflüsse abzüglich Rückflüsse) (Modell und Hochrechnung auf Basis der Stichprobe) ..... 39

Abbildung 32: Finanzierungsstruktur in der Kinder- und Jugendhilfe der Freien Wohlfahrtspflege in Schleswig-Holstein 2014 (Hochrechnung auf Basis der Stichprobe)..... 40

Abbildung 33: Gegenüberstellung der öffentlichen und nichtöffentlichen Zuflüsse und Rückflüsse für die Kinder- und Jugendhilfe der Freien Wohlfahrtspflege in Schleswig-Holstein 2014 (Hochrechnung auf Basis der Stichprobe)..... 41

Abbildung 34: Gegenüberstellung der Zuflüsse und Rückflüsse für die Kinder- und Jugendhilfe der Freien Wohlfahrtspflege in Schleswig-Holstein 2014 nach öffentlichen Akteuren (Hochrechnung auf Basis der Stichprobe) ..... 42

Abbildung 35: Befragungsergebnis: Einschätzung der Eltern bezüglich der alternativen Kinderbetreuung ... 43

Abbildung 36: Gegenüberstellung der öffentlichen Zuflüsse und direkte und indirekte (Opportunitätserlöse) Rückflüsse für die Kindertageseinrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege in Schleswig-Holstein 2014 (Hochrechnung auf Basis der Stichprobe) ..... 44

## Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Tätige Personen in verschiedenen Bereichen der Freien Wohlfahrtspflege in Schleswig-Holstein (2014) .....	9
Tabelle 2:	Gemeldete Arbeitsstellen in sozialwirtschaftlich relevanten Wirtschaftszweigen in Schleswig-Holstein .....	15
Tabelle 3:	Zusammensetzung der Stichprobe aus Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege Schleswig-Holstein .....	17
Tabelle 4:	Befragungsergebnis: Einschätzung der Eltern bezüglich der Einschränkung ihrer Erwerbstätigkeit, wenn es keine Betreuung durch die Kindertageseinrichtung gäbe, ihre Angaben zum Nettoeinkommen und daraus errechnete Auswirkungen auf Steuern und Sozialversicherungsbeiträge sowie Hochrechnung auf die Freie Wohlfahrtspflege in Schleswig-Holstein (auf Basis der Stichprobe) .....	43

## Literatur

Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (2015): Sonderauswertung Entgeltnachweis 2014. Hamburg.

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2011): Demenz-Report. Berlin.

Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (2016). Online verfügbar unter:

<http://www.bagfw.de/index.php?id=74> (abgerufen am 12.10.2016)

Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (2016): Statistischer Bericht. Kennziffer: K I 1 – j/14 Teil 2 SH. Sozialhilfe in Schleswig-Holstein 2014. Teil 2: Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt und von Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel SGB XII. Online verfügbar unter: [http://www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Statistische\\_Berichte/arbeit\\_und\\_soziales/K\\_I\\_1\\_j\\_S/K\\_I\\_1\\_j14\\_T2\\_SH.pdf](http://www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Statistische_Berichte/arbeit_und_soziales/K_I_1_j_S/K_I_1_j14_T2_SH.pdf) (abgerufen am 13.01.2017).

Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (2015a): Statistischer Bericht. Kennziffer: K II 8-2j/13 SH. Pflegestatistik 2013. Herausgegeben am 1. April 2015. Online verfügbar unter: [http://www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Statistische\\_Berichte/arbeit\\_und\\_soziales/K\\_II\\_8\\_2j\\_t/K\\_II\\_8\\_2j13\\_SH.pdf](http://www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Statistische_Berichte/arbeit_und_soziales/K_II_8_2j_t/K_II_8_2j13_SH.pdf) (abgerufen am 12.10.2016).

Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (2015b): Statistischer Bericht. Kennziffer: K I 1 – j/13 Teil 2 SH. Sozialhilfe in Schleswig-Holstein 2013. Teil 2: Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt und von Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel SGB XII. Online verfügbar unter: [http://www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Statistische\\_Berichte/arbeit\\_und\\_soziales/K\\_I\\_1\\_j\\_S/K\\_I\\_1\\_j13\\_T2\\_SH.pdf](http://www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Statistische_Berichte/arbeit_und_soziales/K_I_1_j_S/K_I_1_j13_T2_SH.pdf) (abgerufen am 13.01.2017).

Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (2014): Statistischer Bericht. Kennziffer: K I 1 – j/12 Teil 2 SH. Sozialhilfe in Schleswig-Holstein 2012. Teil 2: Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt und von Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel SGB XII. Online verfügbar unter: [https://www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Statistische\\_Berichte/arbeit\\_und\\_soziales/K\\_I\\_1\\_j\\_S/K\\_I\\_1\\_j12\\_T2\\_SH.pdf](https://www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Statistische_Berichte/arbeit_und_soziales/K_I_1_j_S/K_I_1_j12_T2_SH.pdf) (abgerufen am 13.01.2017).

Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (2013): Pflegestatistik für Hamburg und Schleswig-Holstein 2011. Kennziffer K II 8 – 2j/11. Online verfügbar unter: [https://www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Statistische\\_Berichte/arbeit\\_und\\_soziales/K\\_II\\_8\\_2j\\_t/K\\_II\\_8\\_2j11.pdf](https://www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Statistische_Berichte/arbeit_und_soziales/K_II_8_2j_t/K_II_8_2j11.pdf) (abgerufen am 12.10.2016).

Statistisches Bundesamt (2016): Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe. Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen und in öffentlich geförderter Kindertagespflege am 01.03.2015. Online verfügbar unter: [https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Soziales/KinderJugendhilfe/TageseinrichtungenKindertagespflege5225402157004.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Soziales/KinderJugendhilfe/TageseinrichtungenKindertagespflege5225402157004.pdf?__blob=publicationFile) (abgerufen am 13.01.2016).

Statistisches Bundesamt (2015a): Grunddaten der Krankenhäuser 2014. Wiesbaden. Online verfügbar unter: [https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Gesundheit/Krankenhaeuser/GrunddatenKrankenhaeuser2120611147004.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Gesundheit/Krankenhaeuser/GrunddatenKrankenhaeuser2120611147004.pdf?__blob=publicationFile) (abgerufen am 12.10.2016).

Statistisches Bundesamt (2015b): Mikrozensus. Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Stand und Entwicklung der Erwerbstätigkeit in Deutschland. Online verfügbar unter: [https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Arbeitsmarkt/Erwerbstaetige/StandEntwicklungErwerbstaetigkeit2010411147004.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Arbeitsmarkt/Erwerbstaetige/StandEntwicklungErwerbstaetigkeit2010411147004.pdf?__blob=publicationFile) (abgerufen am 13.01.2017)



Statistisches Bundesamt (2014): VGR des Bundes - Input-Output-Rechnung - Fachserie 18 Reihe 2 - 2012 (Revision 2014), , Stand: August 2015. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2013a): Grunddaten der Krankenhäuser 2011. Wiesbaden. Online verfügbar unter: [https://www.destatis.de/GPStatistik/servlets/MCRFileNodeServlet/DEHeft\\_derivate\\_00012209/2120611117004.pdf](https://www.destatis.de/GPStatistik/servlets/MCRFileNodeServlet/DEHeft_derivate_00012209/2120611117004.pdf) (abgerufen am 14.01.2017).

Statistisches Bundesamt (2013b): Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe. Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen und in öffentlich geförderter Kindertagespflege am 01.03.2013. Online verfügbar unter: [https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Soziales/KinderJugendhilfe/TageseinrichtungenKindertagespflege5225402137004.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Soziales/KinderJugendhilfe/TageseinrichtungenKindertagespflege5225402137004.pdf?__blob=publicationFile) (abgerufen am 13.01.2016).

Statistisches Bundesamt (2011): Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe. Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen und in öffentlich geförderter Kindertagespflege am 01.03.2011. Online verfügbar unter: [https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Soziales/KinderJugendhilfe/TageseinrichtungenKindertagespflege5225402117004.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Soziales/KinderJugendhilfe/TageseinrichtungenKindertagespflege5225402117004.pdf?__blob=publicationFile) (abgerufen am 13.01.2016).

Statistisches Bundesamt (2010): Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe. Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen und in öffentlich geförderter Kindertagespflege am 01.03.2009. Online verfügbar unter: [https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Soziales/KinderJugendhilfe/TageseinrichtungenKindertagespflege5225402097004.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Soziales/KinderJugendhilfe/TageseinrichtungenKindertagespflege5225402097004.pdf?__blob=publicationFile) (abgerufen am 13.01.2016).

Statistisches Bundesamt (2007): Gliederung der Klassifikation der Wirtschaftszweige Ausgabe 2008 (WZ 2008). Wiesbaden.

Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2015): Beschäftigungsstatistik, Geringfügig entlohnte Beschäftigte nach Wohn- und Arbeitsort, Stichtag 30. Juni 2015. Nürnberg.

Wagner, B., Halfar, B. (2011): Soziales wirkt. Teil 1: Der Social Return on Investment bewährt sich in der Praxis. In: Bank für Sozialwirtschaft (Hrsg.): BFS-Info 10/11.

## Anhang

### Anhang 1: Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008<sup>31</sup>

Die WZ 2008 unterscheidet folgende Gliederungsebenen:

Gliederungsebene	Anzahl	Kode
Abschnitte	21	A-U
Abteilungen	88	01-99
Gruppen	272	01.1-99.0
Klassen	615	01.11-99.00
Unterklassen	839	01.11.0-99.00.0

Die unteren Gliederungsebenen bieten einen größeren Detail- und Informationsgrad als größere Gliederungsebenen. Allerdings nutzen verschiedenen Statistiken einen unterschiedlichen Detailgrad. Oftmals bleibt es dabei auf der Ebene von Abschnitten. Wo möglich, nutzen wir im Folgenden kleinere Gliederungsebenen.

Wir vermuten „Randunschärfen“, etwa dass Mitarbeitende kirchlicher Sozialstationen oder Kindergärten in der Klasse „94.91 Kirchliche und sonstige religiöse Vereinigungen“ geführt werden. Diese haben wir nicht isolieren und in die Studie einbeziehen können. Die Zahlen unterschätzen insofern vermutlich die tatsächliche Größe.

„Die Sozialwirtschaft“ als amtlich klassifizierten Wirtschaftszweig gibt es nicht. Es ist nur eine Annäherung über die WZ 2008 möglich. Die abgebildete Tabelle zeigt die *sozialwirtschaftlich relevanten Wirtschaftszweige*.

WZ 2008 Kode	WZ 2008 – Bezeichnung
<b>P</b>	<b>ABSCHNITT P – ERZIEHUNG UND UNTERRICHT</b>
<b>85</b>	<b>Erziehung und Unterricht</b>
85.1	Kindergärten und Vorschulen
85.2	Grundschulen
85.3	Weiterführende Schulen
85.4	Tertiärer und post-sekundärer, nicht tertiärer Unterricht
85.5	Sonstiger Unterricht
85.6	Erbringung von Dienstleistungen für den Unterricht
<b>Q</b>	<b>ABSCHNITT Q – GESUNDHEITS- UND SOZIALWESEN</b>
<b>86</b>	<b>Gesundheitswesen</b>
86.1	Krankenhäuser
86.2	Arzt- und Zahnarztpraxen
86.9	Gesundheitswesen anderweitig nicht genannt.
<b>87</b>	<b>Heime (ohne Erholungs- und Ferienheime)</b>
87.1	Pflegeheime
87.2	Stationäre Einrichtungen zur psychosozialen Betreuung, Suchtbekämpfung u. Ä.
87.3	Altenheime; Alten- und Behindertenwohnheime
87.9	Sonstige Heime (ohne Erholungs- und Ferienheime)
<b>88</b>	<b>Sozialwesen (ohne Heime)</b>
88.1	Soziale Betreuung älterer Menschen und Behinderter
88.9	Sonstiges Sozialwesen (ohne Heime)

<sup>31</sup> Statistisches Bundesamt (2007)

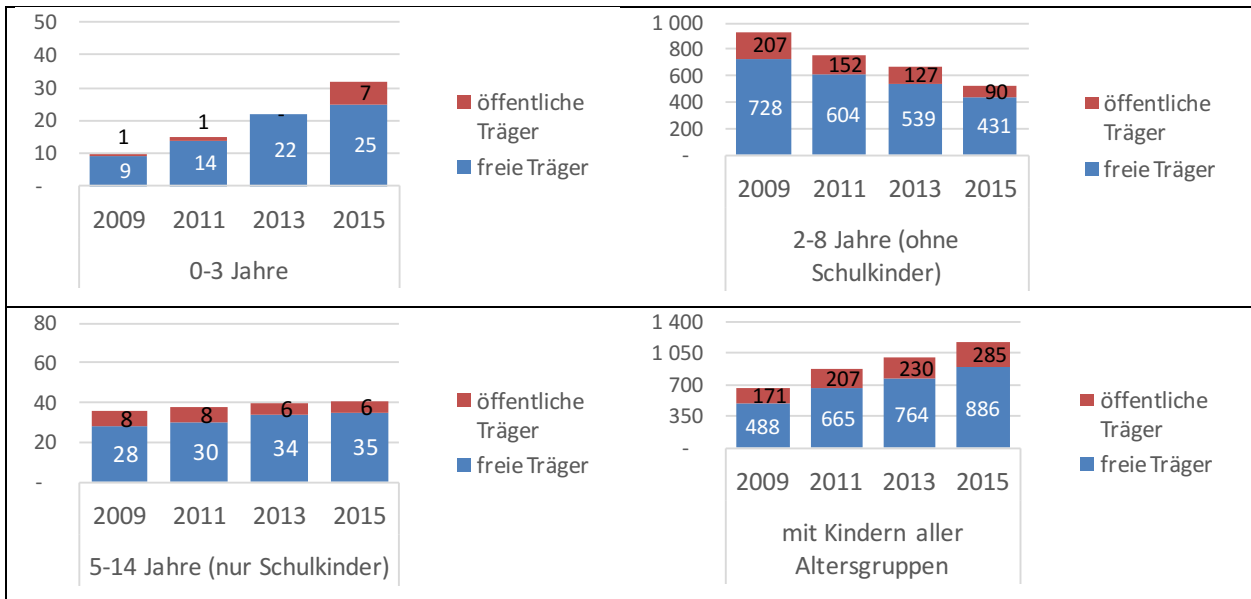
Soweit es die jeweiligen Statistiken erlauben, werden Daten auf Ebene der hellblau markierten Gruppen genutzt. Dies ist jedoch nicht immer möglich, da z. T. Daten nur als Abschnitte oder Abteilungen dargestellt werden. Wenngleich der Grad der Unschärfe in dem Fall zunimmt, so bleibt es jedoch bisher die größtmögliche statistische Annäherung.

## Anhang 2: Begriffsdefinitionen

Begriff	Definition
<b>Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte</b>	Als sozialversicherungspflichtig beschäftigt gelten Personen, bei denen eine Arbeitgebermeldung zur Sozialversicherung vorliegt. Die Beschäftigung ist versicherungspflichtig in mindestens einem der Zweige der Sozialversicherung (Rentenversicherung, Krankenversicherung/ Pflegeversicherung, Arbeitslosenversicherung). Es handelt sich um abhängige Beschäftigung bzw. Arbeit, die im Allgemeinen gegen Entgelt entrichtet wird. Zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen insbesondere Auszubildende, Altersteilzeitbeschäftigte, Praktikanten, Werkstudenten, Personen, die aus einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis zur Ableistung von gesetzlichen Dienstpflichten (z. B. Wehrübung) einberufen werden, Behinderte Menschen in anerkannten Werkstätten oder gleichartigen Einrichtungen (seit der Revision im August 2014), Personen in Einrichtungen der Jugendhilfe, Berufsbildungswerken oder ähnlichen Einrichtungen für behinderte Menschen (seit der Revision im August 2014) sowie Personen, die ein freiwilliges soziales, ein freiwilliges ökologisches Jahr oder einen Bundesfreiwilligendienst ableisten (seit der Revision im August 2014). Nicht zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gezählt werden im Rahmen der Beschäftigungsstatistik die geringfügig Beschäftigten, da für diese nur pauschale Sozialversicherungsabgaben zu leisten sind. Nicht einbezogen sind zudem Beamte, Selbstständige und mithelfende Familienangehörige, Berufs- und Zeitsoldaten, sowie Wehr- und Zivildienstleistende. Quelle: Bundesagentur für Arbeit
<b>Geringfügig Beschäftigte</b>	Eine geringfügig entlohnte Beschäftigung nach § 8 Abs. 1 Nr. 1 SGB IV liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt aus dieser Beschäftigung (§ 14 SGB IV) regelmäßig im Monat 450,- € nicht überschreitet. Bei Kombination einer sozialversicherungspflichtigen Hauptbeschäftigung mit einem Mini-Job bleibt dieser sozialversicherungsfrei. Geringfügig entlohnte Beschäftigte sind versicherungsfrei, der Arbeitgeber zahlt eine pauschale Abgabe von 30 Prozent (13 Prozent Krankenversicherung, 15 Prozent Rentenversicherung, 2 Prozent Pauschsteuer). Quelle: Bundesagentur für Arbeit
<b>Klassifikation der Berufe (KldB 2010)</b>	Auf nationaler Ebene wurde ab dem Jahr 2011 die Klassifikation der Berufe 2010 (KldB 2010) eingeführt. Die Angabe des Berufs oder der beruflichen Tätigkeit ist in allen Statistiken und Erhebungen zum Arbeitsmarkt oder zur sozioökonomischen Lage in Deutschland unverzichtbar. Der Beruf ist weiterhin ein dominierender Aspekt in der Beschreibung von Ausgleichsprozessen am Arbeitsmarkt. Auch in der Vermittlungsarbeit der Arbeitsverwaltung hat die Angabe des Berufs eine zentrale Bedeutung. Eine Berufsklassifikation schafft für die Vermittlung die Möglichkeit, über sinnvolle und praxisgerechte Zusammenfassungen von ähnlichen beruflichen Tätigkeiten zu verfügen. Quelle: Bundesagentur für Arbeit
<b>Erwerbstätige in der Definition der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der Länder VGRdL</b>	Als Erwerbstätige (Inland) werden alle Personen angesehen, die innerhalb eines Wirtschaftsgebietes einer Erwerbstätigkeit oder mehreren Erwerbstätigkeiten nachgehen, unabhängig von der Dauer der tatsächlich geleisteten oder vertragsmäßig zu leistenden wöchentlichen Arbeitszeit. Nach der Stellung im Beruf wird unterschieden zwischen Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen sowie Arbeitnehmern (Arbeiter und Angestellte, marginal Beschäftigte, Beamte). Bei den Erwerbstätigen (Inländer) wird die Erwerbstätigkeit im Gegensatz zum Inlandskonzept nicht nach dem Arbeitsort, sondern nach dem Wohnort festgestellt. Quelle: VGRdL

### Anhang 3: Kindertagesbetreuung

Tageseinrichtungen nach Art und Trägergruppen in Schleswig-Holstein (jeweils 01.03. des Jahres)  
**Tageseinrichtungen mit Kindern im Alter von ... bis unter ... Jahren**



Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe, verschiedene Jahre

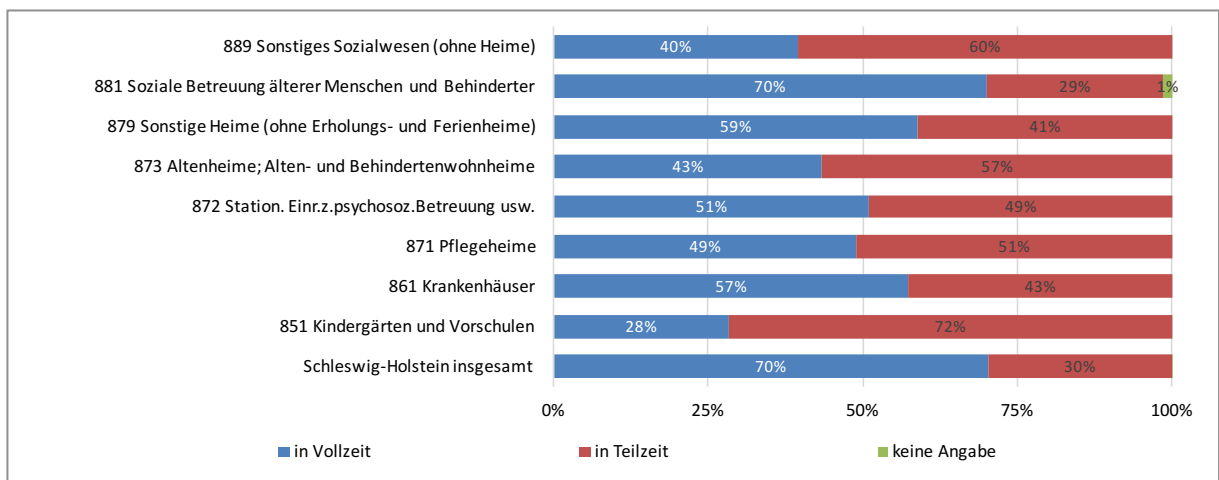
Tageseinrichtungen nach Art und Trägergruppen in Schleswig-Holstein (01.03.2015)

**Kinder in Tageseinrichtungen im Alter von ... bis unter ... Jahren**

Alter von ... bis unter ... Jahren	Öffentliche Träger	Freie Träger	gesamt
0-3	3.955	12.715	16.670
3-7 (ohne Schulkinder)	20.183	58.749	78.932
5-14 (Schulkinder)	2.818	5.548	8.366
7 und älter (Nichtschulkinder)	75	296	371
Summe	27.031	77.308	104.339

Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe

### Anhang 4: Teilzeitquoten

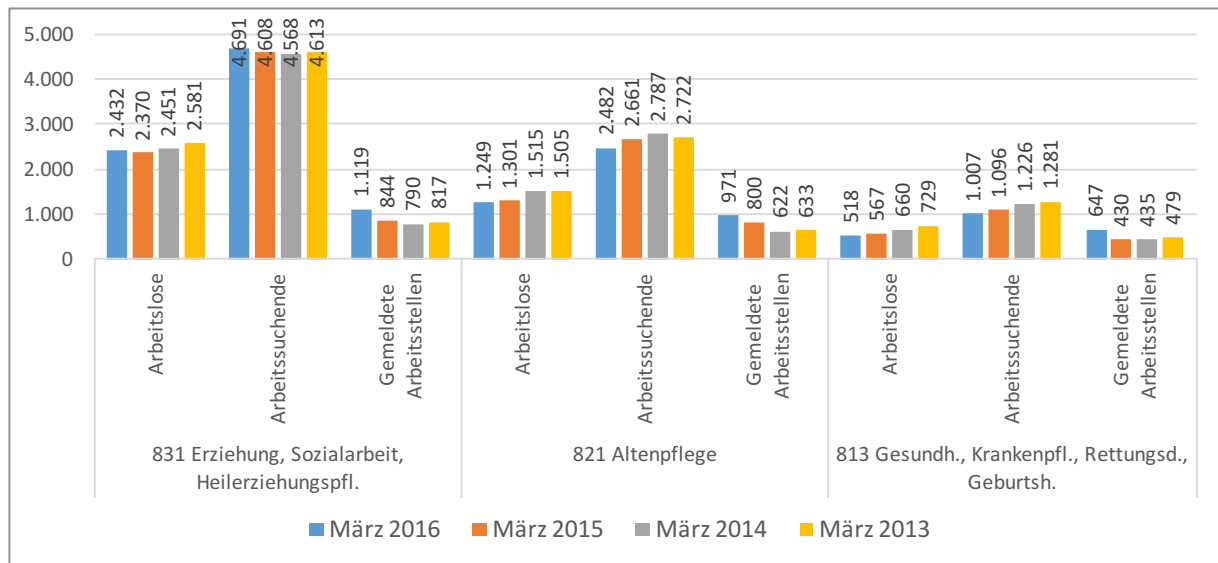


Stand: 30.06.2015, Wirtschaftszweige nach WZ 2008

Quelle Bundesagentur für Arbeit: Beschäftigungsstatistik, eigene Auswertung

## Anhang 5: Ausgewählte Arbeitsmarktdaten nach Zielberufen

Arbeitslose, Arbeitsuchende\* und gemeldete Arbeitsstellen (Klassifikation der Berufe, KldB 2010) sozialwirtschaftlich relevante Berufe, Schleswig-Holstein



\* Arbeitsuchende sind arbeitslose Arbeitsuchende und nicht-arbeitslose Arbeitsuchende.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarkt nach Berufen

## Anhang 6: Elternbefragung

Landes-Arbeitsgemeinschaft der  
freien Wohlfahrtsverbände Schleswig-Holstein e.V.



### Elternbefragung an Kindertageseinrichtungen in Schleswig-Holstein

**Worum geht es?**

- Die Landes-Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände Schleswig-Holstein möchte in einer Studie die Wirksamkeit von Kindertageseinrichtungen analysieren. Ein Aspekt ist dabei die Frage, inwiefern die Kindertageseinrichtungen Eltern helfen, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Dazu möchten wir Ihnen einige wenig Fragen stellen.

**Wie läuft die Befragung ab?**

- Es wurde eine Stichprobe an Kindertageseinrichtungen ausgewählt. Wir bitten Sie, die folgenden Fragen zu beantworten und den Fragebogen im beiliegenden Rückumschlag an die xit GmbH zu senden oder in Ihrer Kindertagesstätte abzugeben. Die xit GmbH ist ein Forschungsunternehmen mit Sitz in Nürnberg/Berlin und übernimmt die Auswertung.
- Die Befragung ist freiwillig, wobei wir uns natürlich eine hohe Beteiligung erhoffen. Die Befragung ist anonym. Es werden keine Merkmale zu Ihrer Kindertageseinrichtung oder zu Ihnen als Person erfragt, die eine persönliche Zuordnung der Ergebnisse möglich machen.
- Bitte beantworten Sie pro Familie einen Fragebogen!
- Für Rückfragen steht Ihnen Frau Plescher vom Diakonischen Werk Schleswig-Holstein als Projektleiterin zur Verfügung (plescher@diakonie-sh.de, Tel.: 04331-593154).

**1. Wie viele Kinder leben in Ihrem Haushalt?**

\_\_\_ Kinder (bitte Zahl Ihrer Kinder eintragen).

**2. Wie alt sind die Kinder, die in Ihrem Haushalt leben?**

Kind 1: \_\_\_ Jahre      Kind 3: \_\_\_ Jahre      Kind 5: \_\_\_ Jahre  
 Kind 2: \_\_\_ Jahre      Kind 4: \_\_\_ Jahre      Kind 6: \_\_\_ Jahre

**3. Wie viele Ihrer Kinder Ihres Haushalts werden in einer (dieser oder auch einer anderen) Kindertagesstätte betreut?** Bitte kreuzen Sie an, in welcher Einrichtung Ihr jeweiliges Kind betreut wird.

	Kinderkrippe	Kindergarten	Hort	Geht noch nicht in Kita	Geht nicht mehr in Kita
Kind 1 →	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kind 2 →	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kind 3 →	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kind 4 →	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kind 5 →	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kind 6 →	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

**4. Wie viele Stunden pro Woche werden Ihre Kinder betreut?**

Bitte geben Sie an, wie viele Stunden pro Woche Ihr jeweiliges Kind betreut wird. Falls ein Kind noch nicht/nicht mehr in eine Kindertagesstätte geht, so machen Sie für dieses Kind einfach kein Kreuz.

Kind 1: \_\_\_ Stunden pro Woche      Kind 3: \_\_\_ Stunden pro Woche      Kind 5: \_\_\_ Stunden pro Woche  
 Kind 2: \_\_\_ Stunden pro Woche      Kind 4: \_\_\_ Stunden pro Woche      Kind 6: \_\_\_ Stunden pro Woche

*Bitte beachten Sie die Rückseite!*



**5. Sind Sie momentan erwerbstätig?**

Elternteil 1

- nein
- ja, als Angestellte/r
- ja, in selbständiger Erwerbstätigkeit
- ja, als Beamtin/Beamter
- Sonstiges, und zwar: \_\_\_\_\_

Elternteil 2

- nein
- ja, als Angestellte/r
- ja, in selbständiger Erwerbstätigkeit
- ja, als Beamtin/Beamter
- Sonstiges, und zwar: \_\_\_\_\_

**6. Wie viele Stunden pro Woche arbeiten Sie momentan?**

Elternteil 1: \_\_\_\_\_ Stunden/Woche

Elternteil 2: \_\_\_\_\_ Stunden/Woche

**7. Wie viele Stunden pro Woche würden Sie voraussichtlich arbeiten, wenn eine Betreuung durch die Kindertageseinrichtung(en), in denen Ihr Kind/Ihre Kinder betreut werden, nicht möglich wäre?**

Elternteil 1: \_\_\_\_\_ Stunden/Woche

Elternteil 2: \_\_\_\_\_ Stunden/Woche

**8. Wie würden Sie die Kinderbetreuung voraussichtlich organisieren, wenn eine Betreuung durch die Kindertageseinrichtung(en), in denen Ihr Kind/Ihre Kinder betreut werden, nicht möglich wäre?**

(1 = sehr wahrscheinlich; 2 = eher wahrscheinlich; 3 = eher unwahrscheinlich; 4 = auf keinen Fall)	1	2	3	4	Weiß nicht
Ein Partner betreut das Kind und ist dann nicht oder deutlich weniger erwerbstätig.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beide Partner betreuen das Kind und sind dann deutlich weniger erwerbstätig.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Betreuung durch Großeltern	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Betreuung durch weitere Verwandte	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Betreuung durch Tagesmutter	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Betreuung durch Elterninitiative	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Durch sonstige Lösung, und zwar (bitte schreiben Sie Ihre Antwort kurz auf):

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

**9. Wie hoch ist Ihr aktuelles monatliches Netto-Einkommen aus Erwerbstätigkeit/selbständiger Tätigkeit?**

Wir sind uns bewusst, dass Fragen zum Einkommen sehr sensibel sind. Umso wichtiger ist uns die Zusicherung der Anonymität. Niemand kann und wird Ihre Angaben Ihnen als Person zuordnen können. Das sichern wir Ihnen zu! Ihre Angaben sind wichtig, um die Forschungsfrage beantworten zu können. Deshalb bitten wir Sie, auch diese Fragen zu beantworten! Es reichen ungefähre Angaben, die Sie auf Hunderterbeträge runden können (z. B. „2.500 Euro“ statt „2.473,26 Euro“). Bitte geben Sie Nettobeträge an, also den Betrag, den Sie – abzüglich Steuern und Sozialabgaben – tatsächlich monatlich erhalten.

Elternteil 1: \_\_\_\_\_ Euro pro Monat

Elternteil 2: \_\_\_\_\_ Euro pro Monat

**Vielen Dank für Ihre Hilfe!**

Bitte legen Sie nun den Fragebogen in den Rückumschlag und senden Sie ihn an:  
xit GmbH, Frauentorgraben 73, 90443 Nürnberg  
Alternativ geben Sie den Fragebogen in Ihrer Kindertagesstätte ab.